



Bundesministerium  
der Finanzen

F a c h b l i c k

Das Ministerium

# Monatsbericht des BMF 2005

Januar

Februar

März

April

Mai

Juni

Juli

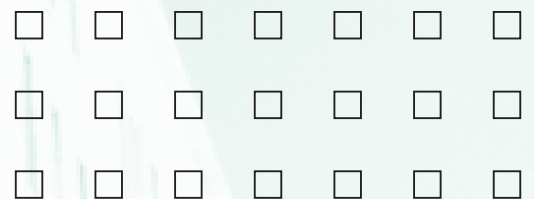
August

September

Oktober

**November**

Dezember





# Monatsbericht des BMF November 2005



# Inhaltsverzeichnis

Editorial	7
Übersichten und Termine	9
Finanzwirtschaftliche Lage	11
Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes	19
Konjunkturentwicklung aus finanzwirtschaftlicher Sicht	22
Entwicklung der Länderhaushalte bis September 2005	27
Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik	29
Termine	32
Analysen und Berichte	35
Die Entwicklung des Bundeshaushalts bis zum 3. Quartal 2005	37
Ergebnisse der Steuerschätzung vom 2. bis 3. November 2005	49
Die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder im 1. bis 3. Quartal 2005	53
Wirtschaftslage und -entwicklung in den neuen Mitgliedstaaten der EU und in den Beitrittsländern Mitte 2005	57
Treffen der G 20-Finanzminister und Notenbankgouverneure am 15./16. Oktober 2005 in China	63
Bundesfinanzministerium übernimmt Führung bei Basel II	65
Statistiken und Dokumentationen	69
Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung	72
Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte	92
Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	96

Die Mitarbeiter der Redaktion des Monats-  
berichts sind für Anregungen und Kritik dankbar.  
Bundesministerium der Finanzen  
Redaktion Monatsbericht  
Wilhelmstraße 97  
10117 Berlin  
<http://www.bundesfinanzministerium.de> oder  
<http://www.bmf.bund.de>  
[Redaktion.Monatsbericht@bmf.bund.de](mailto:Redaktion.Monatsbericht@bmf.bund.de)

## Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

die deutsche Wirtschaft ist im 3. Quartal erfreulich gewachsen: 0,6 % zum Vorquartal. Dabei wurde das Wirtschaftswachstum wesentlich durch außenwirtschaftliche Impulse bestimmt. Allerdings belegen die deutlich angestiegenen Investitionen, dass der Aufschwung auch auf das Inland übergreift. Der private Konsum neigt jedoch weiterhin zur Schwäche.

In der neuen Legislaturperiode wird die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte eine zentrale Aufgabe der Finanzpolitik sein. Dazu zwingt die schwierige Haushaltssituation aller staatlichen Ebenen in Deutschland. Die laufenden Ausgaben liegen dabei zum Teil erheblich über den regelmäßig fließenden Einnahmen. Ohne entschlossene Konsolidierungspolitik und Strukturreformen würde sich die zukünftige Schulden- und Zinslast noch erhöhen und damit Handlungsspielräume für eine gestaltende Politik weiter einschränken. Dabei gilt es zu beachten, dass nur durch mehr Wachstum eine nachhaltige Gesundung der Staatsfinanzen gelingen wird.

Deshalb brauchen wir eine aufeinander abgestimmte wirtschafts- und finanzpolitische Strategie. Die notwendigen Reformen und Konsolidierungsanstrengungen erfordern hierbei die Mitarbeit aller gesellschaftlichen Ebenen. Die Leistungsanforderungen an den Staat müssen kritisch geprüft werden. Die Aufgaben- und Ausgabendynamik der letzten Jahrzehnte müssen wir stoppen.

Zunächst gilt es, die noch vorhandenen Einsparpotenziale auf der Ausgabenseite anzugehen. So sind im Koalitionsvertrag z. B. Korrek-



turen bei der Grundsicherung für Arbeitsuchende verabredet. Die öffentliche Verwaltung wird ebenfalls ihren Beitrag zur Reduzierung der Ausgaben leisten müssen.

Der Erfolg der Konsolidierungspolitik ist allerdings nicht ohne eine Stabilisierung auch der Einnahmen zu leisten. Dies kann zu einem wichtigen Teil durch die Abschaffung steuerlicher Gestaltungsmöglichkeiten erreicht werden. Von den im Koalitionsvertrag zwischen CDU/CSU und SPD vereinbarten Maßnahmen erwartet allein der Bund für das Jahr 2007 rd. 4 Mrd. € Mehreinnahmen, 2008 rd. 6 Mrd. € und 2009 rd. 7 Mrd. €. Die Einnahmen aus der vereinbarten Anhebung der Umsatzsteuer um drei Prozentpunkte zum 1. Januar 2007 werden sowohl zur Konsolidierung der Haushalte als auch zur Finanzierung der Senkung der Lohnnebenkosten genutzt. Der ermäßigte Steuersatz von 7 % soll zur Wahrung der sozialen Balance beibehalten werden.

Die Erfahrung der vergangenen Jahre hat gezeigt, dass niedriges Wachstum und hohe Arbeitslosigkeit enorme Probleme für die öffentlichen Haushalte mit sich bringen. Eine auf Dauer erfolgreiche Konsolidierung der Haushalte erfordert auch ein höheres Wirtschaftswachstum.

Wir brauchen beides: Wachstum und Konsolidierung, um einen handlungsfähigen Staat auch für die Zukunft gewährleisten zu können. Entscheidungen, die wir heute treffen, müssen auch den Interessen künftiger Generationen gerecht werden. Die absehbare demografische Entwicklung wird zunehmend spürbaren Einfluss auf die öffentlichen Haushalte und auf das wirtschaftliche Wachstum in

Deutschland haben. Nur durch konsequente Reformen schaffen wir es, dem rechtzeitig entgegenzusteuern.

A handwritten signature in black ink, reading "Volker Halsch". The signature is written in a cursive, slightly stylized font.

Volker Halsch

Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen





## Übersichten und Termine

Finanzwirtschaftliche Lage	11
Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes	19
Konjunkturentwicklung aus finanzwirtschaftlicher Sicht	22
Entwicklung der Länderhaushalte bis September 2005	27
Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik	29
Termine	32



# Finanzwirtschaftliche Lage

Die Ausgaben des Bundes von Januar bis Oktober summierten sich auf 224,0 Mrd. €. Gegenüber dem entsprechenden Vorjahresergebnis stiegen diese absolut um 8,5 Mrd. € oder 3,9 %. Die Ausgabensteigerung ist auf deutlich hö-

here Aufwendungen für den Bereich Arbeitsmarkt zurückzuführen.

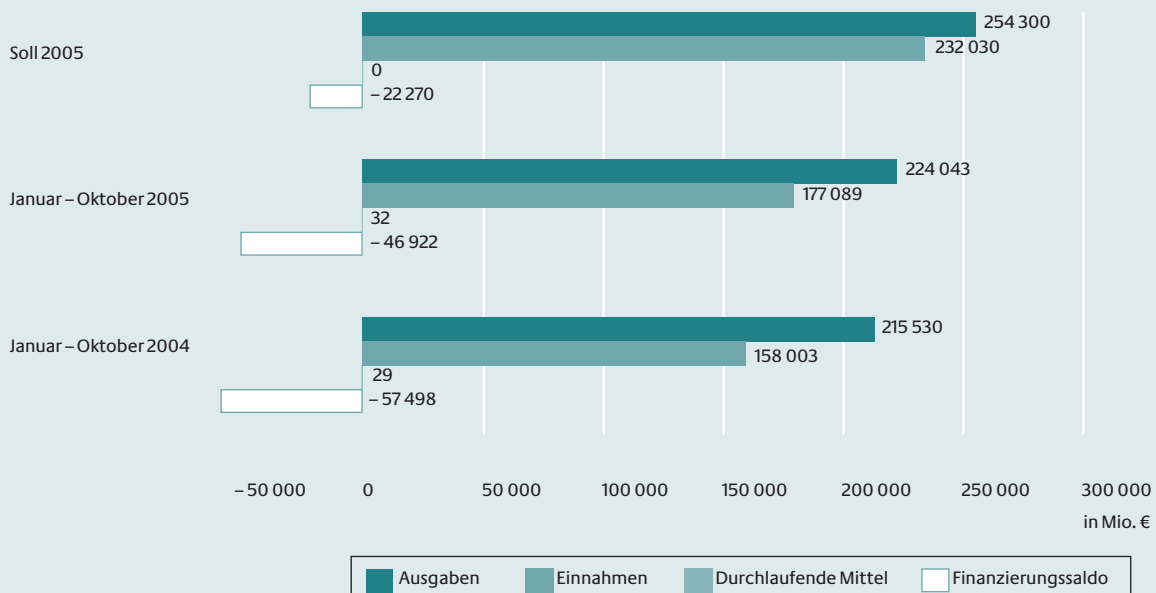
Die Einnahmen des Bundes addierten sich bis einschließlich Oktober auf 177,1 Mrd. € und lagen somit um 19,1 Mrd. € oder 12,1 % über dem

## Entwicklung des Bundeshaushalts

	Soll 2005	Ist-Entwicklung <sup>1</sup> Januar bis Oktober 2005
Ausgaben (Mrd. €)	254,3	224,0
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	1,1	3,9
Einnahmen (Mrd. €)	232,0	177,1
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	9,5	12,1
Steuereinnahmen (Mrd. €)	190,8	144,0
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	2,0	2,3
Finanzierungssaldo (Mrd. €)	- 22,3	- 46,9
Kassenmäßiger Fehlbetrag (Mrd. €)	-	- 23,6
Bereinigung um Münzeinnahmen (Mrd. €)	- 0,3	- 0,1
Nettokreditaufnahme/aktueller Finanzmarktsaldo (Mrd. €)	- 22,0	- 23,2

<sup>1</sup> Buchungsergebnisse.

## Zusammensetzung des Finanzierungssaldos



Vorjahresergebnis. Die Steuereinnahmen des Bundes hatten mit 144,0 Mrd. € hieran den Hauptanteil und lagen mit 3,3 Mrd. € oder 2,3 % über dem Vorjahresergebnis. Die Steuerschätzung von Anfang des Monats November geht für

den Bund bezogen auf das Gesamtjahr von einer Steigerung von 0,8 % gegenüber dem Vorjahr aus. Die Verwaltungseinnahmen des Bundes lagen bis einschließlich Oktober mit 33,0 Mrd. € um 15,8 Mrd. € oder 92,0 % über dem Vorjahreser-

### Entwicklung der Bundesaussgaben nach Aufgabenbereichen

	Soll 2005	Ist 2005		Ist 2004		Veränderung ggü. Vorjahr in %
	Mio. €	Mio. €	Anteil in %	Mio. €	Anteil in %	
<b>Allgemeine Dienste</b>	47 932	37 645	16,8	37 682	17,5	– 0,1
Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	3 802	3 351	1,5	3 038	1,4	10,3
Verteidigung	27 871	21 754	9,7	22 080	10,2	– 1,5
Politische Führung, zentrale Verwaltung	7 991	6 495	2,9	6 347	2,9	2,3
Finanzverwaltung	3 192	2 312	1,0	2 508	1,2	– 7,8
<b>Bildung, Wissenschaft, Forschung, Kulturelle Angelegenheiten</b>	11 714	9 030	4,0	8 399	3,9	7,5
Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau	925	635	0,3	673	0,3	– 5,6
BAföG	1 026	949	0,4	866	0,4	9,6
Forschung und Entwicklung	6 816	5 217	2,3	4 970	2,3	5,0
<b>Soziale Sicherung, Soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachungen</b>	128 064	120 109	53,6	108 987	50,6	10,2
Sozialversicherung	75 182	69 030	30,8	67 583	31,4	2,1
Arbeitslosenversicherung	4 000	4 343	1,9	7 480	3,5	– 41,9
Grundsicherung für Arbeitsuchende	27 650	28 869	12,9	–	–	–
darunter: Arbeitslosengeld II	14 600	21 106	9,4	–	–	–
Arbeitslosengeld II, Leistungen des Bundes für Unterkunft und Heizung	3 200	2 878	1,3	–	–	–
Wohngeld	850	996	0,4	2 565	1,2	– 61,2
Erziehungsgeld	2 740	2 395	1,1	2 565	1,2	– 6,6
Kriegsopferversorgung und -fürsorge	3 011	2 699	1,2	3 000	1,4	– 10,0
<b>Gesundheit, Umwelt, Sport, Erholung</b>	923	651	0,3	673	0,3	– 3,3
<b>Wohnungswesen, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste</b>	1 794	1 388	0,6	1 393	0,6	– 0,4
Wohnungswesen	1 232	1 082	0,5	1 066	0,5	1,5
<b>Ernährung, Landwirtschaft und Forsten sowie Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen</b>	6 291	4 645	2,1	5 011	2,3	– 7,3
Regionale Förderungsmaßnahmen	902	784	0,3	893	0,4	– 12,2
Kohlenbergbau	1 645	1 644	0,7	2 101	1,0	– 21,8
Gewährleistungen	1 500	746	0,3	700	0,3	6,6
<b>Verkehrs- und Nachrichtenwesen</b>	10 522	7 742	3,5	7 213	3,3	7,3
Straßen (ohne GVFG)	5 603	4 231	1,9	4 157	1,9	1,8
<b>Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen</b>	9 487	6 295	2,8	9 474	4,4	– 33,6
Bundeseisenbahnvermögen	5 250	4 194	1,9	4 276	2,0	– 1,9
Eisenbahnen des Bundes/Deutsche Bahn AG	3 736	1 712	0,8	1 812	0,8	– 5,5
<b>Allgemeine Finanzwirtschaft</b>	37 574	36 538	16,3	36 698	17,0	– 0,4
Zinsausgaben	38 875	35 906	16,0	34 251	15,9	4,8
<b>Ausgaben zusammen</b>	<b>254 300</b>	<b>224 043</b>	<b>100,0</b>	<b>215 530</b>	<b>100,0</b>	<b>3,9</b>

gebnis. Dabei ist die Entwicklung der Verwaltungseinnahmen im Jahresverlauf im Wesentlichen von Einmaleffekten geprägt.

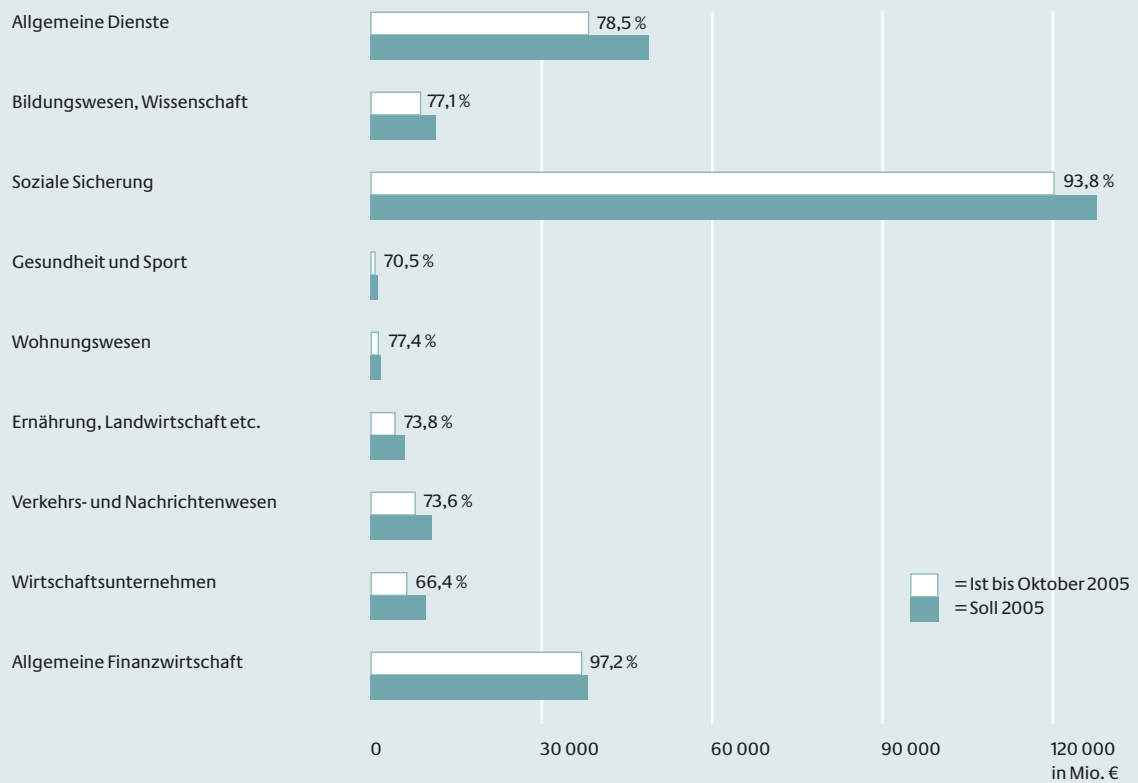
Aus der bisherigen Entwicklung von Ausgaben und Einnahmen ergibt sich ein Finanzierungssaldo von – 46,9 Mrd. €. Bei Bewertung des Finanzierungssaldos ist zu berücksichtigen, dass im Jahresverlauf die Einnahmen- und Ausgaben-

entwicklung nicht proportional nach Jahreszwölfteln verläuft. Sowohl auf der Einnahmen- als auch auf der Ausgabenseite gibt es – beispielsweise aufgrund von gesetzlichen Zahlungszeitpunkten oder besonderen Ereignissen – Monate mit einem höheren oder niedrigeren Zahlungsvolumen. In der Regel steigt der Finanzierungssaldo im Jahresverlauf bis November an, um

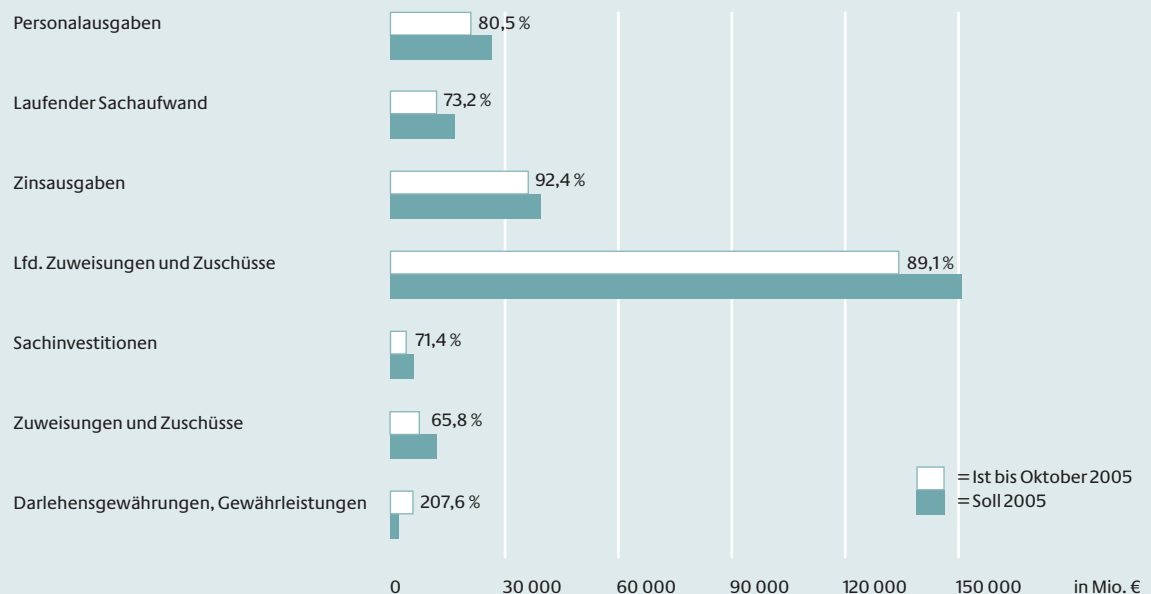
### Die Ausgaben des Bundes nach ökonomischen Arten

	Soll 2005	Ist 2005		Ist 2004		Veränderung
	Mio. €	Mio. €	Anteil in %	Mio. €	Anteil in %	ggü. Vorjahr in %
<b>Konsumtive Ausgaben</b>	<b>233 713</b>	<b>204 392</b>	<b>91,2</b>	<b>192 950</b>	<b>89,5</b>	<b>5,9</b>
Personalausgaben	26 865	21 631	9,7	22 184	10,3	– 2,5
Aktivbezüge	20 147	16 066	7,2	16 686	7,7	– 3,7
Versorgung	6 718	5 566	2,5	5 498	2,6	1,2
Laufender Sachaufwand	17 354	12 702	5,7	12 273	5,7	3,5
Sächliche Verwaltungsaufgaben	1 478	1 074	0,5	1 063	0,5	1,0
Militärische Beschaffungen	8 122	5 422	2,4	5 755	2,7	– 5,8
Sonstiger laufender Sachaufwand	7 754	6 206	2,8	5 455	2,5	13,8
Zinsausgaben	38 875	35 906	16,0	34 251	15,9	4,8
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	150 225	133 826	59,7	123 918	57,5	8,0
an Verwaltungen	13 015	11 313	5,0	11 994	5,6	– 5,7
an andere Bereiche	137 210	122 544	54,7	111 929	51,9	9,5
darunter:						
Unternehmen	16 516	10 581	4,7	11 336	5,3	– 6,7
Renten, Unterstützungen u.a.	22 223	27 996	12,5	21 336	9,9	31,2
Sozialversicherungen	94 560	80 777	36,1	76 347	35,4	5,8
Sonstige Vermögensübertragungen	395	326	0,1	323	0,1	0,9
<b>Investive Ausgaben</b>	<b>22 745</b>	<b>19 651</b>	<b>8,8</b>	<b>22 580</b>	<b>10,5</b>	<b>– 13,0</b>
Finanzierungshilfen	16 011	14 842	6,6	17 903	8,3	– 17,1
Zuweisungen und Zuschüsse	12 545	8 253	3,7	8 312	3,9	– 0,7
Darlehensgewährungen, Gewährleistungen	2 907	6 034	2,7	9 052	4,2	– 33,3
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	559	555	0,2	539	0,3	3,0
Sachinvestitionen	6 734	4 809	2,1	4 676	2,2	2,8
Baumaßnahmen	5 372	3 891	1,7	3 764	1,7	3,4
Erwerb von beweglichen Sachen	917	585	0,3	554	0,3	5,6
Grunderwerb	445	333	0,1	359	0,2	– 7,2
<b>Globalansätze</b>	<b>– 2 158</b>	<b>0</b>		<b>0</b>		
<b>Ausgaben insgesamt</b>	<b>254 300</b>	<b>224 043</b>	<b>100,0</b>	<b>215 530</b>	<b>100,0</b>	<b>3,9</b>

## Die Ausgaben des Bundes nach Aufgabenbereichen/Hauptfunktionen Januar bis Oktober 2005



## Die Ausgaben des Bundes nach ausgewählten ökonomischen Arten Januar bis Oktober 2005



dann mit den erfahrungsgemäß höheren Steuereinnahmen im Dezember eine erhebliche Reduzierung zu erfahren. Nach derzeitiger Einschätzung zeichnet sich ab, dass die im Haushaltsplan 2005 vorgesehene Nettokreditaufnahme von 22 Mrd. € deutlich überschritten wird. Der Umfang der Überschreitung ist

wesentlich abhängig vom weiteren, derzeit noch nicht endgültig prognostizierbaren Verlauf der Arbeitsmarktausgaben und Steuereinnahmen. Die sich abzeichnenden Mehrbelastungen können unter teilweiser Nutzung von bisher gesperrten Kreditermächtigungen aufgefangen werden.

## Entwicklung der Einnahmen des Bundes

Einnahmeart

	Soll 2005	Ist 2005		Ist 2004		Veränderung
	Mio. €	Januar bis Oktober Mio. €	Anteil in %	Januar bis Oktober Mio. €	Anteil in %	ggü. Vorjahr in %
<b>I. Steuern</b>	<b>190 786</b>	<b>144 047</b>	<b>81,3</b>	<b>140 791</b>	<b>89,1</b>	<b>2,3</b>
Bundesanteile an Gemeinschaftsteuern:	146 941	114 078	64,4	109 954	69,6	3,8
Einkommen- und Körperschaftsteuer (einschließlich Zinsabschlag)	71 031	52 059	29,4	51 487	32,6	1,1
davon:						
Lohnsteuer	51 840	38 417	21,7	39 996	25,3	- 3,9
veranlagte Einkommensteuer	2 447	1 275	0,7	- 257	- 0,2	-596,1
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	4 880	4 548	2,6	4 772	3,0	- 4,7
Zinsabschlag	3 234	2 600	1,5	2 561	1,6	1,5
Körperschaftsteuer	8 630	5 219	2,9	4 415	2,8	18,2
Steuern vom Umsatz	74 565	61 049	34,5	57 569	36,4	6,0
Gewerbesteuerumlage	1 345	969	0,5	897	0,6	8,0
Mineralölsteuer	41 500	27 545	15,6	28 501	18,0	- 3,4
Tabaksteuer	14 750	11 348	6,4	10 581	6,7	7,2
Solidaritätszuschlag	10 286	7 966	4,5	7 898	5,0	0,9
Versicherungsteuer	8 900	7 572	4,3	7 580	4,8	- 0,1
Stromsteuer	6 600	5 280	3,0	5 480	3,5	- 3,6
Branntweinabgaben	2 162	1 595	0,9	1 619	1,0	- 1,5
Kaffeesteuer	1 040	782	0,4	821	0,5	- 4,8
Ergänzungszuweisungen an Länder	- 14 535	- 10 939	- 6,2	-11 401	- 7,2	- 4,1
BNE-Eigenmittel der EU	- 16 750	- 12 785	- 7,2	-12 079	- 7,6	5,8
Mehrwertsteuer-Eigenmittel der EU	- 3 500	- 2 836	- 1,6	- 2 834	- 1,8	0,1
Zuweisungen an Länder für ÖPNV	- 7 053	- 5 878	- 3,3	- 5 675	- 3,6	3,6
<b>II. Sonstige Einnahmen</b>	<b>41 244</b>	<b>33 042</b>	<b>18,7</b>	<b>17 212</b>	<b>10,9</b>	<b>92,0</b>
Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	2 696	859	0,5	837	0,5	2,6
Zinseinnahmen	326	364	0,2	875	0,6	- 58,4
Darlehensrückflüsse, Beteiligungen, Privatisierungserlöse	21 460	18 713	10,6	8 316	5,3	125,0
<b>Einnahmen zusammen</b>	<b>232 030</b>	<b>177 089</b>	<b>100,0</b>	<b>158 003</b>	<b>100,0</b>	<b>12,1</b>

## Steuereinnahmen im Oktober 2005

Die Steuereinnahmen insgesamt (ohne Gemeindesteuern) stiegen im Oktober 2005 um + 4,1 %. Dabei nahmen die gemeinschaftlichen Steuern um + 4,7 %, die Bundessteuern um + 0,3 % und die Ländersteuern um + 9,5 % zu. Die kumulierte Veränderungsrate der Steuereinnahmen von Januar bis Oktober 2005 im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum beträgt + 1,3 %.

Die Steuereinnahmen des Bundes (nach Bundesergänzungszuweisungen) verbesserten sich im Oktober mit + 8,2 % deutlich gegenüber dem Vorjahr. Dieser Anstieg ist zwar in erster Linie auf höhere Steuereinnahmen des Bundes zurückzuführen, einen Beitrag dazu haben aber auch die im Vergleich mit dem Vorjahresmonat deutlich geringeren EU-Abführungen geleistet. Für den Zeitraum Januar bis Oktober 2005 ergibt sich damit ein Zuwachs von + 2,4 %.

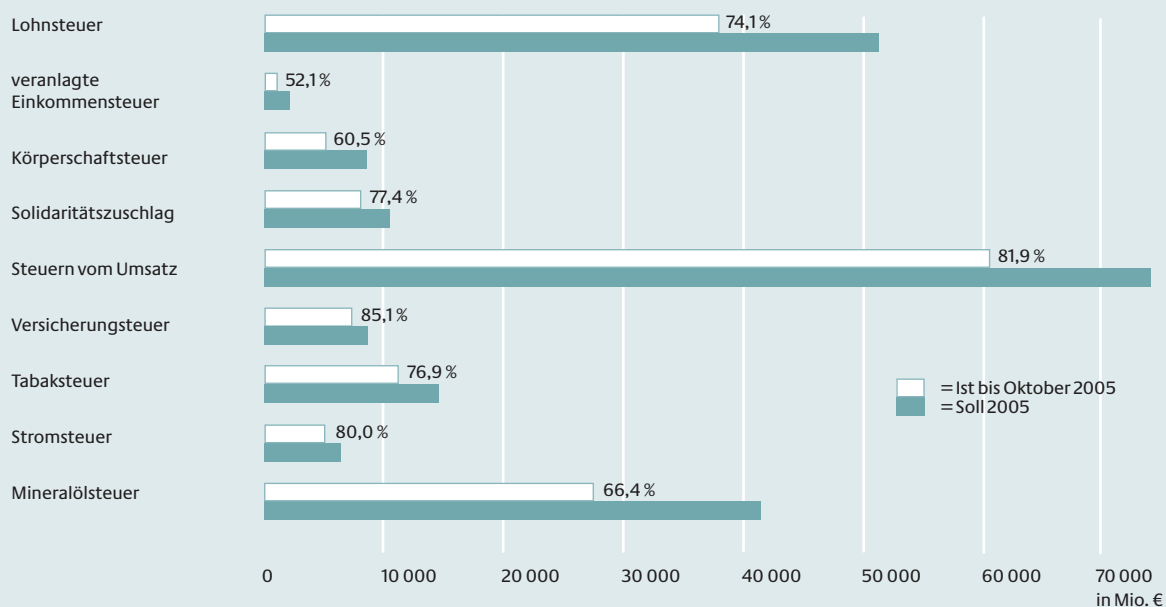
Nach starken Rückgängen des Lohnsteueraufkommens im Juli und August (verminderte

Urlaubsgeldzahlungen) und dem mit – 1,9 % überraschend geringen Verlust im September liegt das Oktoberergebnis mit einem durch die Tarifsenkung bedingten Rückgang von – 2,8 % im Rahmen der Erwartungen.

Das Aufkommen der veranlagten Einkommensteuer lag im Oktober um + 265 Mio. € über dem Wert des Vorjahres. Zu dieser Entwicklung trug in erster Linie ein wiederum starker Rückgang der Arbeitnehmererstattungen (– 207 Mio. €) bei. Dies deutet darauf hin, dass der Veranlagungsstau in den Finanzämtern einen geringeren Umfang hat als bisher angenommen, da größere Nachholeffekte mit der Folge höherer Erstattungen bislang ausgeblieben sind.

Bei den nicht veranlagten Steuern vom Ertrag setzte sich die uneinheitliche Entwicklung im Verlauf des aktuellen Jahres fort. Nach dem Anstieg der Septembereinnahmen um + 33,8 % ergab sich im Oktober wieder ein Rückgang von – 16,6 %, allerdings auf einer starken Vorjahresbasis.

### Die Steuereinnahmen des Bundes (nach ausgewählten Arten) Januar bis Oktober 2005





Der Aufwärtstrend beim Zinsabschlag setzt sich weiter fort. Im Vergleich zum Vorjahresmonat zeigte sich ein Zuwachs von + 9,4%.

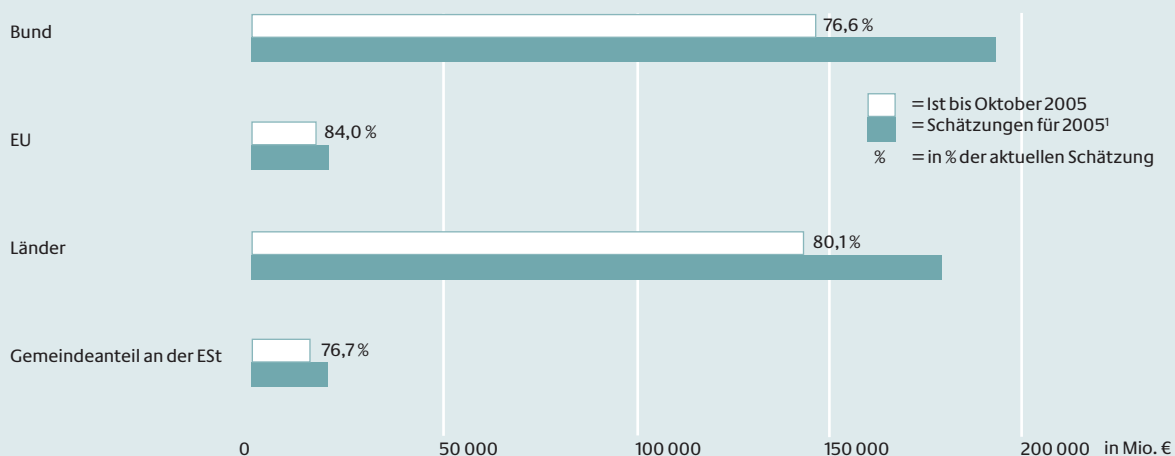
Die Einnahmen aus der Körperschaftsteuer lagen im Oktober um + 80 Mio. € über dem Vorjahreswert. Das kumulierte Ergebnis für die Monate Januar bis Oktober 2005 (+ 18,3%) bewegt sich damit im Rahmen des Ansatzes der Steuerschätzung November 2005 für das Gesamtjahr (+ 17,3%). Der Ansatz der Steuerschätzung im Mai (+ 26,3%) musste damit nach unten korrigiert werden. Zu einer abschließenden Wertung bleibt aber das Resultat des aufkommensstarken Vorauszahlungsmonats Dezember abzuwarten.

Ein erfreuliches Bild zeigt sich beim Aufkommen der Steuern vom Umsatz, das um + 7,7% zunahm. Zu diesem Ergebnis trug sowohl die Steuer auf Umsätze im Inland bei, die einen Zuwachs von + 6,3% zeigte, als auch in noch stärkerem Maße die Einfuhrumsatzsteuer, die kräftig um + 12,3% wuchs. Dieses Ergebnis steht für einen starken Anstieg der Importe aus Nicht-EU-Staaten. Schwache Daten zur Verbrauchskonjunktur lassen einen weiteren kräftigen Anstieg der Steuern vom Umsatz in den Folgemonaten aber unwahrscheinlich erscheinen.

Die reinen Bundessteuern stagnierten nahezu bei einem Zuwachs von + 0,3%. Die Aufwärtsentwicklung bei der Mineralölsteuer (+ 3,5%) ist ausschließlich auf starke Zuwächse bei den Mineralölsteuern auf Heizöl und Erdgas zurückzuführen. Auch die Tabaksteuer entwickelte sich positiv (+ 3,7%), was zum einen den Effekt der Tarifierhöhung widerspiegelt und zum anderen beim Verbrauch das Ergebnis einer Substitution von Fertigzigaretten durch Feinschnittprodukte ist. Es muss aber abgewartet werden, wie sich das Konsumverhalten in den Folgemonaten entwickeln wird. Starke Rückgänge im zweistelligen Bereich zeigten sich bei der Branntweinsteuer (- 13,0%) und der Stromsteuer (- 19,6%).

Bei den reinen Ländersteuern ergab sich im Oktober ein kräftiger Zuwachs von + 9,5%. Getragen wurde diese Entwicklung in erster Linie vom positiven Aufkommensergebnis bei der Kraftfahrzeugsteuer (+ 16,1%), das vor allem aus dem Auslaufen von Steuerbegünstigungen zum Jahresbeginn resultiert. Ein deutliches Plus ergab sich auch bei der Erbschaftsteuer (+ 5,0%) und der Grunderwerbsteuer (+ 9,5%).

### Steueraufkommen ohne Gemeindesteuern Januar bis Oktober 2005



<sup>1</sup> Ergebnis AK „Steuerschätzungen“ (November 2005).

## Entwicklung der Steuereinnahmen des Öffentlichen Gesamthaushalts im laufenden Jahr ohne Gemeindesteuern (Vorläufige Ergebnisse)<sup>1</sup>

2005	Oktober	Veränderung ggü. Vorjahr	Januar bis Oktober	Veränderung ggü. Vorjahr	Schätzungen für 2005	Veränderung ggü. Vorjahr
	in Mio. €	in %	in Mio. €	in %	in Mio. € <sup>4</sup>	in %
<b>Gemeinschaftliche Steuern</b>						
Lohnsteuer <sup>2</sup>	8 612	– 2,8	93 681	– 3,7	119 300	– 3,7
veranlagte Einkommensteuer	– 748	.	3 000	.	8 930	65,6
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	340	– 16,6	9 096	– 4,6	9 440	– 4,8
Zinsabschlag	392	9,4	5 909	1,5	6 880	1,6
Körperschaftsteuer	– 489	.	10 439	18,3	15 400	17,3
Steuern vom Umsatz	11 835	7,7	115 030	1,9	139 600	1,6
Gewerbesteuerumlage	552	0,1	2 448	7,3	3 533	5,3
erhöhte Gewerbesteuerumlage	473	9,7	1 827	15,1	2 630	14,1
<b>Gemeinschaftliche Steuern insgesamt</b>	<b>20 967</b>	<b>4,7</b>	<b>241 431</b>	<b>1,6</b>	<b>305 713</b>	<b>1,2</b>
<b>Bundessteuern</b>						
Mineralölsteuer	3 447	3,5	27 545	– 3,4	39 900	– 4,5
Tabaksteuer	1 288	3,7	11 348	7,3	14 200	4,2
Branntweinsteuer inkl. Alkopopsteuer	178	– 13,0	1 587	– 2,0	2 180	– 0,7
Versicherungsteuer	382	1,8	7 572	– 0,1	8 730	– 0,2
Stromsteuer	481	– 19,6	5 280	– 3,7	6 500	– 1,5
Solidaritätszuschlag	529	2,1	7 966	0,9	10 181	0,7
sonstige Bundessteuern	104	– 12,2	1 109	– 4,9	1 437	– 4,3
<b>Bundessteuern insgesamt</b>	<b>6 409</b>	<b>0,3</b>	<b>62 406</b>	<b>– 0,7</b>	<b>83 128</b>	<b>– 1,7</b>
<b>Ländersteuern</b>						
Erbschaftsteuer	267	5,0	3 435	– 5,4	3 985	– 7,0
Grunderwerbsteuer	405	9,5	3 856	– 0,3	4 580	– 1,4
Kraftfahrzeugsteuer	664	16,1	7 262	9,7	8 500	9,8
Rennwett- und Lotteriesteuer	139	– 3,7	1 512	– 1,5	1 857	– 1,5
Biersteuer	68	1,6	659	– 1,6	775	– 1,6
sonstige Ländersteuern	15	– 0,4	380	0,1	423	– 2,2
<b>Ländersteuern insgesamt</b>	<b>1 558</b>	<b>9,5</b>	<b>17 103</b>	<b>2,4</b>	<b>20 120</b>	<b>1,7</b>
<b>EU-Eigenmittel</b>						
Zölle	332	23,8	2 755	9,5	3 270	6,9
Mehrwertsteuer-Eigenmittel	307	40,9	2 836	0,1	3 400	13,9
BNE-Eigenmittel	475	– 45,7	12 785	5,8	15 200	11,8
<b>EU-Eigenmittel insgesamt</b>	<b>1 114</b>	<b>– 18,1</b>	<b>18 375</b>	<b>5,4</b>	<b>21 870</b>	<b>11,4</b>
<b>Bund<sup>3</sup></b>	<b>13 773</b>	<b>8,2</b>	<b>144 327</b>	<b>2,4</b>	<b>188 469</b>	<b>0,8</b>
<b>Länder<sup>3</sup></b>	<b>12 906</b>	<b>2,7</b>	<b>143 394</b>	<b>– 0,2</b>	<b>178 934</b>	<b>– 0,5</b>
<b>EU</b>	<b>1 114</b>	<b>– 18,1</b>	<b>18 375</b>	<b>5,4</b>	<b>21 870</b>	<b>11,4</b>
<b>Gemeindeanteil an der Einkommen- und Umsatzsteuer</b>	<b>1 472</b>	<b>1,6</b>	<b>17 600</b>	<b>0,3</b>	<b>22 958</b>	<b>– 0,4</b>
<b>Steueraufkommen insgesamt (ohne Gemeindesteuern)</b>	<b>29 266</b>	<b>4,1</b>	<b>323 696</b>	<b>1,3</b>	<b>412 231</b>	<b>0,7</b>

<sup>1</sup> Methodik: Kassenmäßige Verbuchung der Einzelsteuer insgesamt und Aufteilung auf die Ebenen entsprechend den gesetzlich festgelegten Anteilen. Aus kassentechnischen Gründen können die tatsächlich von den einzelnen Gebietskörperschaften im laufenden Monat vereinnahmten Steuerbeträge von den Sollgrößen abweichen.

<sup>2</sup> Nach Abzug der Kindergelderstattung durch das Bundesamt für Finanzen.

<sup>3</sup> Nach Ergänzungszuweisungen; Abweichung zu Tabelle „Einnahmen des Bundes“ ist methodisch bedingt (vgl. Fn. 1).

<sup>4</sup> Ergebnis AK „Steuerschätzungen“ vom November 2005.

# Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes

## Europäische Finanzmärkte

Die Renditen der europäischen Staatsanleihen sind im Oktober gestiegen. Die Rendite der zehnjährigen Bundesanleihe, die Ende September bei 3,12 % lag, notierte Ende Oktober bei 3,38 %. Die Zinsen im Dreimonatsbereich – gemessen am EURIBOR – sind ebenfalls gestiegen; sie lagen Ende Oktober bei 2,26 % (Ende September: 2,18 %). Die Europäische Zentralbank hatte zuletzt am 5. Juni 2003 die Leitzinsen um 0,5 % gesenkt. Der Mindestbietungssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte liegt seitdem bei 2,0 %, der Zinssatz für die Einlagefazilität bei

1,0 % und für die Spitzenrefinanzierungsfazilität bei 3,0 %.

Die europäischen Aktienmärkte gingen im Oktober zurück; der Deutsche Aktienindex fiel von 5 044 auf 4 929 Punkte, der 50 Spitzenwerte der EU umfassende Euro Stoxx 50 von 3 429 auf 3 320 Punkte (Monatsendstände).

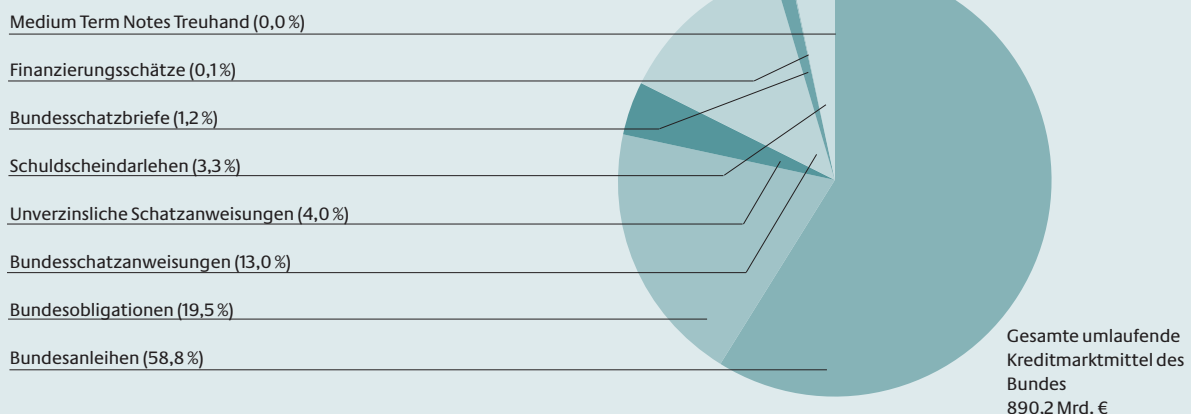
## Monetäre Entwicklung

Die Jahreswachstumsrate der Geldmenge M3 im Euro-Währungsgebiet erhöhte sich von 8,2 % im August auf 8,5 % im September 2005. Der Dreimonatsdurchschnitt der Jahresraten von M3 für

## Kreditaufnahme des Bundes bis Oktober 2005 in Mio. €



## Umlaufende Kreditmarktmittel des Bundes per 31. Oktober 2005



den Zeitraum Juli bis September 2005 stieg auf 8,2 %, verglichen mit 7,9 % in der Zeit von Juni bis August 2005 (Referenzwert: 4,5 %). Das jährliche Wachstum der Kreditgewährung an den privaten Sektor erhöhte sich im Euroraum im September auf 8,9 % nach 8,6 % im Vormonat. Die seit Mitte 2004 zu beobachtende Beschleunigung des Geldmengenwachstums hat sich unter dem Einfluss des niedrigen Zinsniveaus auch in diesem Monat weiter verstärkt.

In Deutschland lag die vorgenannte Kreditwachstumsrate mit 2,5 % im September 2005 erneut über dem Vormonatswert (2,2 %); sie liegt damit aber immer noch weit unter der Wachstumsrate des Euroraums.

## Kreditaufnahme und Emissionskalender des Bundes

Die Bruttokreditaufnahme des Bundes betrug im Zeitraum 1. Januar bis 31. Oktober 2005 189,9 Mrd. €.

Gegenüber dem Stand per 1. Januar 2005<sup>1</sup> haben sich die umlaufenden Kreditmarktmittel des Bundes einschließlich der Bestände an eigenen Wertpapieren bis zum 31. Oktober 2005 um 3,9 % auf 890,2 Mrd. € erhöht.

Der Bund beabsichtigt, im 4. Quartal 2005 zur Finanzierung des Bundeshaushalts die in der Tabelle „Emissionsvorhaben des Bundes im 4. Quartal 2005“ dargestellten Emissionen im Gesamtbetrag von ca. 50 Mrd. € zu begeben.

<sup>1</sup> Nach Eingliederung des Fonds Deutsche Einheit.

### Tilgungen und Zinszahlungen des Bundes<sup>1</sup> und seiner Sondervermögen im 4. Quartal 2005 (in Mrd. €)

#### Tilgungen

Kreditart	Oktober	November	Dezember	Gesamtsumme 4. Quartal
Anleihen (Bund und Sondervermögen)	10,3	–	–	10,3
Bundesobligationen	–	–	–	–
Bundesschatzanweisungen	–	–	12,0	12,0
U-Schätze des Bundes	5,9	5,9	5,9	17,8
Bundesschatzbriefe	0,0	0,2	0,0	0,3
Finanzierungsschätze	0,1	0,1	0,1	0,2
Fundierungsschuldverschreibungen	0,0	–	–	0,0
Ausgleichsfonds Währungsumstellung	–	–	–	–
Schuldscheindarlehen (Bund und Sondervermögen)	2,1	2,6	0,7	5,4
MTN Treuhand	–	0,1	–	0,1
<b>Gesamtes Tilgungsvolumen Bund und Sondervermögen</b>	<b>18,4</b>	<b>8,9</b>	<b>18,7</b>	<b>46,1</b>

#### Zinszahlungen

	Oktober	November	Dezember	Gesamtsumme 4. Quartal
Zinszahlungen	2,4	0,4	0,9	3,8

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

<sup>1</sup> Einschl. der seit 1999 in die Bundesschuld eingegliederten ehemaligen Sondervermögen Erblastentilgungsfonds, Bundeseisenbahnvermögen und Ausgleichsfonds zur Sicherung des Steinkohleneinsatzes, einschl. Ausgleichsfonds Währungsumstellung sowie einschl. des ab 2005 eingegliederten Fonds Deutsche Einheit.

Änderungen des Emissionskalenders können sich je nach Liquiditätslage des Bundes oder der Kapitalmarktsituation ergeben.

Der detaillierte Emissionskalender für das 1. Quartal 2006 wird in der 3. Dekade im Dezember 2005 veröffentlicht.

Die Tilgungen des Bundes und seiner Sondervermögen Entschädigungsfonds und ERP belaufen sich im 4. Quartal 2005 auf rund 46,1 Mrd. €. Die Zinszahlungen des Bundes und seiner Sondervermögen Entschädigungsfonds und ERP belaufen sich im 4. Quartal 2005 auf rund 3,8 Mrd. €.

## Emissionsvorhaben des Bundes im 4. Quartal 2005

### Kapitalmarktinstrumente

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen <sup>1</sup>
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137115 WKN 113 711	Aufstockung	12. Oktober 2005	2 Jahre fällig 14. September 2007 Zinslaufbeginn: 14. September 2005 Erster Zinstermin: 14. September 2006	7 Mrd. €
Bundesobligation ISIN DE0001141471 WKN 114 147	Aufstockung	26. Oktober 2005	5 Jahre fällig 8. Oktober 2010 Zinslaufbeginn: 23. September 2005 Erster Zinstermin: 8. Oktober 2006	5 Mrd. €
Bundesanleihe ISIN DE0001135291 WKN 113529	Neuemission	23. November 2005	10 Jahre fällig 4. Januar 2016 Zinslaufbeginn: 25. November 2005 Erster Zinstermin: 4. Januar 2007	ca. 8 Mrd. €
Bundesobligation ISIN DE0001141471 WKN 114 147	Aufstockung	30. November 2005	5 Jahre fällig 8. Oktober 2010 Zinslaufbeginn: 23. September 2005 Erster Zinstermin: 8. Oktober 2006	ca. 5 Mrd. €
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137123 WKN 113 712	Neuemission	14. Dezember 2005	2 Jahre fällig 14. Dezember 2007 Zinslaufbeginn: 14. Dezember 2005 Erster Zinstermin: 14. Dezember 2006	ca. 7 Mrd. €
<b>4. Quartal 2005 insgesamt</b>				<b>ca. 32 Mrd. €</b>

<sup>1</sup> Volumen einschließlich Marktpflegequote.

### Geldmarktinstrumente

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen <sup>1</sup>
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001114841 WKN 111 484	Neuemission	17. Oktober 2005	6 Monate fällig 12. April 2006	6 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001114858 WKN 111 485	Neuemission	14. November 2005	6 Monate fällig 17. Mai 2006	ca. 6 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001114866 WKN 111 486	Neuemission	5. Dezember 2005	6 Monate fällig 14. Juni 2006	ca. 6 Mrd. €
<b>4. Quartal 2005 insgesamt</b>				<b>ca. 18 Mrd. €</b>

<sup>1</sup> Volumen einschließlich Marktpflegequote.

## Konjunkturentwicklung aus finanzwirtschaftlicher Sicht

Die schwierige Situation der öffentlichen Haushalte auf allen Ebenen – bei Gebietskörperschaften und Sozialversicherungen – steht mit der lang andauernden binnenwirtschaftlichen Schwächephase im Zusammenhang, die mit konjunkturell bedingten Mindereinnahmen bei Steuern und Sozialabgaben sowie Mehrausgaben für den Arbeitsmarkt einherging.

Wesentliche Voraussetzung für eine durchgreifende Lageverbesserung der öffentlichen Finanzen ist daher ein Wiedererstarken der Binnenkonjunktur. Einzelne Indikatoren und auch die jüngste Schnellmeldung des Statistischen Bundesamtes zum Bruttoinlandsprodukt im 3. Quartal scheinen hierauf hinzudeuten.

Danach hat die deutsche Wirtschaft nach einer vorübergehenden Schwächephase im 2. Quartal dieses Jahres ihren Erholungskurs wieder aufgenommen. Das Bruttoinlandsprodukt stieg im 3. Quartal 2005 in kalender- und saisonbereinigter Rechnung gegenüber dem Vorzeitraum um real 0,6 % an. Detaillierergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen lagen zwar bei Redaktionsschluss noch nicht vor. Allerdings lassen die Konjunkturindikatoren gewisse Rückschlüsse auf einzelne Verwendungsaggregate des Bruttoinlandsprodukts zu. Das Wirtschaftswachstum wurde danach wesentlich durch außenwirtschaftliche Impulse bestimmt, die allmählich auch auf die Binnenwirtschaft überzugreifen scheinen. So zeigen die Indikatoren, dass sich die Entwicklung der Ausrüstungsinvestitionen deutlich beschleunigt haben dürfte.

Dagegen neigte der private Konsum weiter zur Schwäche; er stellt die Achillesferse der Konjunkturerholung dar. Hierfür sind die ernste Lage auf dem Arbeitsmarkt, die mit einer immer noch rückläufigen Entwicklung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung einhergeht,

sowie die außerordentlich moderate Lohnentwicklung verantwortlich. Dies dämpft die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte. Hinzu kommen die Belastungen im Zusammenhang mit der Energieverteuerung, die bis weit in das nächste Jahr hineinreichen werden. Mit einer geringfügigen Verbesserung des privaten Konsums ist daher voraussichtlich erst im späteren Verlaufe des nächsten Jahres zu rechnen.

Die konjunkturelle Erholung in Deutschland bleibt daher – trotz der Belebung der Investitionstätigkeit, die erst mit zeitlicher Verzögerung nach und nach den Arbeitsmarkt entlasten wird – auf weltwirtschaftliche Impulse angewiesen. Diese werden auf absehbare Zeit – so auch die Erwartung nationaler und internationaler Institutionen – stark bleiben. Die Weltkonjunktur zeigte sich im 3. Quartal sehr robust, obgleich der Ölpreis der Sorte Brent in diesem Zeitraum nochmals deutlich zugelegt hatte (+ 24,3 % gegenüber dem 2. Quartal 2005). Die dynamische Entwicklung der weltwirtschaftlichen Aktivitäten sowie die verbesserte internationale preisliche Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen haben der Exporttätigkeit einen kräftigen Schub verliehen. So beschleunigte sich der Zuwachs der nominalen Warenexporte (Spezialhandel) im Jahresverlauf, was in den Ergebnissen der einzelnen Quartale 2005 deutlich wird: 1. Quartal saisonbereinigt + 1,9 %, 2. Quartal + 2,3 %, 3. Quartal + 4,6 %. Von Januar bis September stieg der Wert der Warenausfuhr gemessen am vergleichbaren Vorjahreszeitraum um 7,1 %. Gegliedert nach Ländergruppen verlief der Export in Drittländer dynamischer (+ 7,6 %) als in die EU-Länder (+ 6,7 %). Dies könnte zum einen mit der schwachen Konjunkturentwicklung in der EU zusammenhängen und zum anderen ein Hinweis darauf sein, dass die Erdöl exportierenden Länder den ölpreisbedingten

## Finanzwirtschaftlich wichtige Wirtschaftsdaten

Gesamtwirtschaft/ Einkommen	2004		Veränderung in % gegenüber					
	Mrd. €	ggü. Vorj. %	Vorperiode saisonbereinigt			Vorjahresperiode		
			1.Q.05	2.Q.05	3.Q.05	1.Q.05	2.Q.05	3.Q.05
<b>Bruttoinlandsprodukt</b>								
real <sup>1</sup>	2 119	+ 1,6	+ 0,6	+ 0,2	+ 0,6	- 0,5	+ 1,6	+ 1,3
nominal <sup>2</sup>	2 216	+ 2,4	+ 0,9	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,5	+ 1,9	-
<b>Einkommen<sup>3</sup></b>								
Volkseinkommen	1 658	+ 3,6	+ 1,2	+ 1,9	-	+ 1,3	+ 2,6	-
Arbeitnehmerentgelt	1 134	+ 0,3	+ 0,4	- 0,0	-	- 0,2	- 0,3	-
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	524	+ 11,7	+ 3,1	+ 6,0	-	+ 4,3	+ 8,7	-
Verfügbare Einkommen der privaten Haushalte	1 447	+ 2,1	- 1,3	+ 1,2	-	+ 0,8	+ 1,7	-
Bruttolöhne und -gehälter	912	+ 0,5	+ 0,4	- 0,1	-	- 0,1	- 0,3	-
Sparen der privaten Haushalte	154	+ 4,0	- 1,8	+ 0,7	-	+ 3,7	+ 3,8	-

Umsätze/ Auftragseingänge/ Außenhandel	2004		Veränderung in % gegenüber					
	Mrd. € bzw. Index	ggü. Vorj. %	Vorperiode saisonbereinigt			Vorjahresperiode		
			3-Monats-durchschnitt			3-Monats-durchschnitt		
Preisindizes 2000 = 100 (nominal)			Aug 05	Sep 05		Aug 05	Sep 05	
<b>Umsätze</b>								
Industrie <sup>4</sup>	105,2	+ 4,5	- 1,3	+ 2,7	+ 2,6	+ 4,1	+ 6,3	+ 4,8
Inland <sup>4</sup>	99,4	+ 2,5	- 2,5	+ 2,7	+ 1,9	+ 1,1	+ 3,3	+ 2,3
Ausland <sup>4</sup>	114,5	+ 7,4	+ 0,2	+ 2,9	+ 3,6	+ 8,2	+ 10,5	+ 8,3
Bauhauptgewerbe (Mrd. €)	79	- 5,2	- 2,2	-	+ 8,6	- 3,8	-	- 5,3
Einzelhandel (mit Kfz. und Tankstellen)	100,6	+ 0,6	- 0,2	- 0,5	- 0,6	+ 3,4	+ 1,6	+ 0,8
Großhandel (ohne Kfz.)	105,9	+ 5,9	+ 0,9	+ 0,0	+ 1,8	+ 9,0	+ 4,4	+ 5,4
<b>Auftragseingang</b>								
Industrie	105,6	+ 7,1	- 3,9	+ 2,9	+ 4,6	+ 8,8	+ 8,3	+ 7,4
Inland	99,0	+ 5,0	- 1,5	+ 0,4	+ 1,9	+ 6,7	+ 5,4	+ 4,3
Ausland	113,8	+ 9,5	- 6,4	+ 5,5	+ 7,3	+ 11,1	+ 11,6	+ 10,7
Bauhauptgewerbe	74,6	- 5,7	+ 5,3	-	+ 6,0	+ 8,4	-	+ 2,8
<b>Außenhandel (Mrd. €)</b>								
Waren-Exporte	732	+ 10,1	+ 2,4	+ 2,5	+ 4,6	+ 13,2	+ 12,8	+ 9,8
Waren-Importe	575	+ 7,7	+ 5,8	- 1,2	+ 5,3	+ 14,9	+ 9,7	+ 9,0

Arbeitsmarkt	2004		Veränderung in Tsd. gegenüber					
	Personen Mio.	ggü. Vorj. %	Vorperiode saisonbereinigt			Vorjahresperiode		
			Aug 05	Sep 05	Okt 05	Aug 05	Sep 05	Okt 05
Erwerbstätige, Inland	38,86	+ 0,4	+ 41	+ 31	-	- 16	- 3	-
Arbeitslose (nationale Abgrenzung nach BA)	4,38	+ 0,1	- 10	+ 38	- 36	+ 382	+ 393	+ 349

Preisindizes	2004		Veränderung in % gegenüber					
	Index	ggü. Vorj. %	Vorperiode			Vorjahresperiode		
			Aug 05	Sep 05	Okt 05	Aug 05	Sep 05	Okt 05
2000 = 100								
Importpreise	97,2	+ 1,0	+ 0,9	+ 0,5	-	+ 4,7	+ 5,1	-
Erzeugerpreise gewerbl. Produkte	105,8	+ 1,6	+ 0,3	+ 0,4	-	+ 4,6	+ 4,9	-
Verbraucherpreise	106,2	+ 1,6	+ 0,1	+ 0,4	+ 0,0	+ 1,9	+ 2,5	+ 2,3

ifo-Geschäftsklima Verarbeitendes Gewerbe Deutschland (ohne Nahrungs- und Genussmittelindustrie)								
saisonbereinigte Salden								
	Mrz 05	Apr 05	Mai 05	Jun 05	Jul 05	Aug 05	Sep 05	Okt 05
Klima	- 0,8	- 3,8	- 4,9	- 4,7	+ 0,3	- 0,1	+ 2,1	+ 7,6
Geschäftslage	- 3,4	- 5,3	- 4,8	- 4,1	- 1,8	- 5,2	+ 1,3	+ 6,3
Geschäftserwartungen	+ 1,8	- 2,3	- 5,0	- 5,4	+ 2,5	+ 5,1	+ 3,0	+ 8,9

<sup>1</sup> Rechenstand: 15. November 2005.<sup>2</sup> Rechenstand: saisonbereinigte Veränderungsraten 15. November 2005, Ursprungswerte August 2005.<sup>3</sup> Rechenstand: August 2005.<sup>4</sup> Veränderungen gegenüber Vorjahr aus saisonbereinigten Zahlen berechnet.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, ifo-Institut.



Einkommenszuwachs verstärkt zur Nachfrageentfaltung in Deutschland verwenden. So stieg von Januar bis August (für September liegen noch keine Daten vor) die Warenausfuhr in die OPEC-Länder um 17 % gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum. Innerhalb der EU-Länder nahm die Ausfuhr in den Euroraum (+ 7,3 %) stärker zu als in die EU-Mitgliedstaaten außerhalb des Euroraums (+ 5,6 %). Auch die nominalen Warenimporte (Spezialhandel) zeigen im Verlauf eine deutlich aufwärts gerichtete Entwicklungstendenz: 1. Quartal saisonbereinigt + 0,1 %, 2. Quartal + 3,2 %, 3. Quartal + 5,3 %. Die Zunahme der Warenimporte dürfte insbesondere durch die ölpreisbedingte Verteuerung von Einfuhren geprägt sein, was in einem weniger starken Anstieg der preisbereinigten Importe deutlich wird. Aber auch Mengeneffekte durch steigende Einfuhren von Vorleistungs- und Investitionsgütern dürften wohl zu der dynamischen Entwicklung der Importe beigetragen haben. Da der Anstieg der Einfuhren im 3. Quartal stärker ausfiel als derjenige der Exporte, war auch der Handelsbilanzüberschuss nur leicht höher als im Vorquartal (saisonbereinigt + 0,8 Mrd. €). Die Zunahme der Einfuhren dürfte damit rein rechnerisch die Wachstumsimpulse aus dem Außenbeitrag merklich gedämpft haben.

Die aufwärts gerichtete Entwicklungstendenz der Auslandsnachfrage nach industriellen Erzeugnissen und die deutliche Verbesserung der seit längerem positiven ifo-Exporterwartungen deuten auf einen weiterhin dynamischen Export in den nächsten Monaten hin. So verzeichnete der Wert der Auftragseingänge aus dem Ausland im 3. Quartal insbesondere für Investitionsgüter einen kräftigen Zuwachs (saisonbereinigt + 7,3 % und + 9,5 %). Dabei gingen über den gesamten Zeitraum überdurchschnittlich viele Großaufträge ein. Die außenwirtschaftliche Entwicklung wirkte auch belebend auf die Industrieproduktion. Damit setzte sich ihr aufwärts gerichteter Trend im 3. Quartal fort (saisonbereinigt + 1,2 % gegenüber dem Vorquartal), vor allem

im Bereich der Vorleistungs- und Konsumgüter (+ 1,8 % und + 1,5 %). Der Zuwachs der Produktion von Investitionsgütern fiel mit 0,5 % etwas schwächer aus. Die erzeugten Produkte in der Industrie insgesamt wurden vorwiegend im Ausland abgesetzt, was sich in einem Anstieg der Auslandsumsätze zeigt (nominal und saisonbereinigt + 3,6 %). Dabei hat der Auslandsumsatz mit Investitionsgütern am rasantesten zugelegt (+ 4,4 %), aber auch Vorleistungs- und Konsumgüterhersteller verzeichneten deutliche Umsatzzuwächse. Der Absatz von Produkten auf dem inländischen Markt nahm ebenfalls zu (+ 1,9 %), und auch hier waren alle drei Gütergruppen betroffen. Die größte Verbesserung gab es ebenfalls bei den Investitionsgütern (+ 2,5 %). Da die Umsatzsteigerungen oberhalb der Produktionszuwächse lagen, könnte es im 3. Quartal in diesem Bereich zu einem Abbau von Lagerkapazitäten in den entsprechenden Industriezweigen gekommen sein. Die Nachfrage nach Industriegütern zeigte im 3. Quartal eine außerordentlich kräftige Zunahme (+ 4,6 %). Dabei legten die Bestellungen aus dem Ausland (+ 7,3 %) wesentlich stärker zu als die Inlandsorder (+ 1,9 %). Im Inland gab es die spürbarsten Verbesserungen bei den Vorleistungsgüterproduzenten (+ 2,9 %), während die Order für Investitionsgüter etwas schwächer anstiegen (+ 1,6 %) und für Konsumgüter nahezu stagnierten (– 0,1 %). Auch die Stimmung in den Unternehmen hat sich spürbar aufgehellt. So erwärmte sich das ifo-Geschäftsklima im Verarbeitenden Gewerbe zum zweiten Mal in Folge, wobei sich zuletzt sowohl die Geschäftslage als auch die Geschäftserwartungen deutlich verbesserten. Insgesamt ist dieser Indikator seit Juni des laufenden Jahres trendmäßig aufwärts gerichtet. Auch der Einkaufsmanagerindex deutet zum zweiten Mal in Folge auf einen weiteren Anstieg von Produktion und Auftragseingängen hin. Somit signalisieren die Stimmungsindikatoren zusammen mit den Auftragseingängen einen guten Start ins 4. Quartal.

Die Bauproduktion stieg im 3. Quartal um saisonbereinigt 1,8 % nach + 3,4 % im 2. Vierteljahr



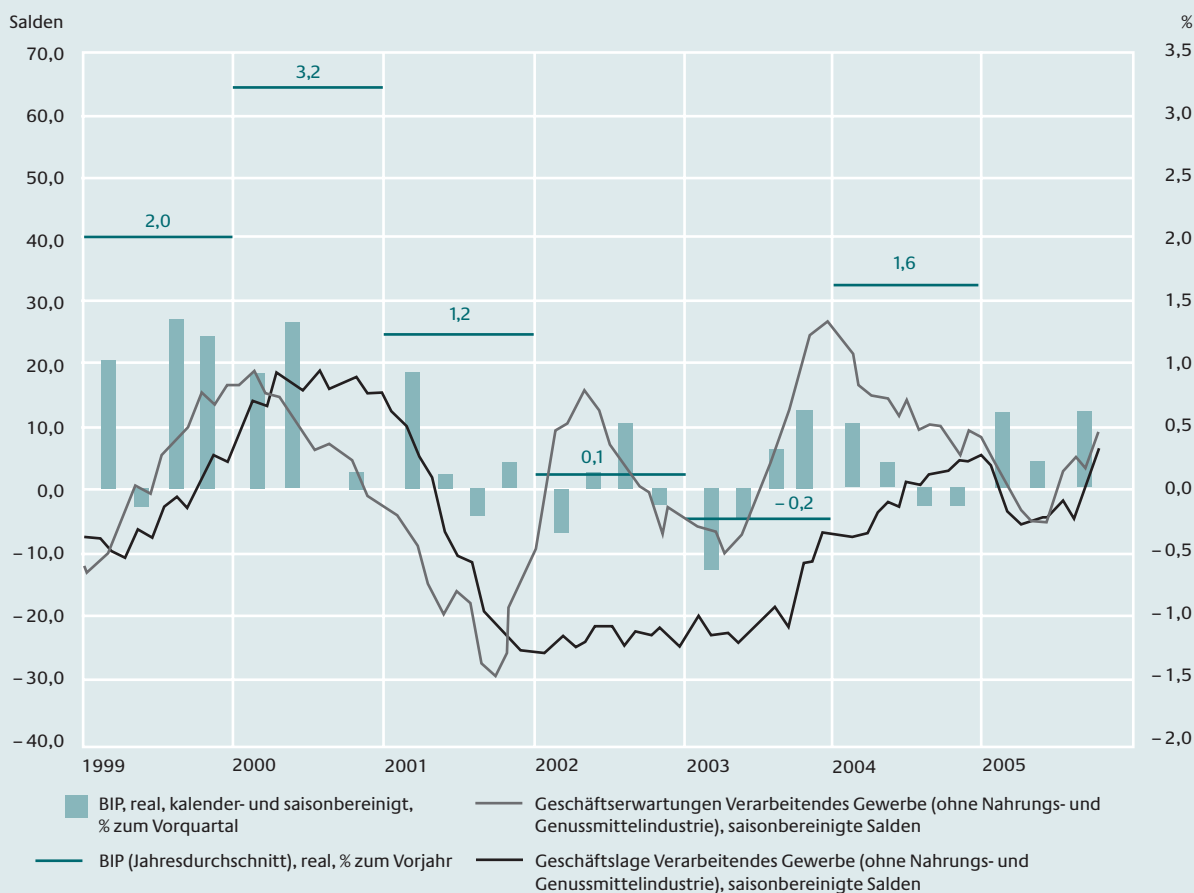
an. Dabei konnte der vor allem witterungsbedingte Produktionsrückgang im 1. Vierteljahr jedoch immer noch nicht aufgeholt werden. Das Vorjahresniveau wurde um 4,1% unterschritten. Allerdings haben sich die negativen Vorjahresabstände deutlich verringert: 1. Quartal – 12,1% und 2. Quartal – 6,6%. Dennoch ist mit einer Trendwende zum Besseren in diesem Bereich in nächster Zeit kaum zu rechnen.

Die guten Ergebnisse der Inlandsumsätze der Investitionsgüterhersteller weisen auf einen spürbaren Anstieg der Ausrüstungsinvestitionen hin. Das mit etwa 60% des Bruttoinlandsprodukts bei weitem größte Nachfrageaggregat – der private Konsum – war voraussichtlich auch im 3. Quartal rückläufig. Darauf deuten die Einzelhandelsumsätze hin, die etwa ein Drittel der Privaten Konsumausgaben ausmachen. Seit Mitte

des laufenden Jahres sind die Umsätze im Einzelhandel in nominaler Rechnung deutlich abwärts gerichtet. So gab es im 3. Quartal Umsatzeinbußen von saisonbereinigt 0,6% nach einem Anstieg um 0,6% im 2. Vierteljahr. Zwar zeigt das GfK-Konsumklima eine leichte Stimmungsaufhellung bei den Verbrauchern an, und das ifo-Geschäftsklima für den Einzelhandel war zuletzt sichtlich weniger ungünstig. Allerdings tragen die hohen Energiepreise, die sehr moderate Lohnentwicklung sowie die rückläufige sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zu der bislang sichtbaren Kaufzurückhaltung im Einzelhandel bei.

Ein weiterer Grund für die Konsumschwäche ist die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit, wenngleich sich im Oktober die leicht rückläufige Tendenz fortgesetzt hat. Die Zahl der Erwerbstätigen mit Arbeitsort in Deutschland

## BIP-Wachstum und ifo-Geschäftsklima



erhöhte sich saisonbereinigt im September gegenüber dem Vormonat um 31 000 Personen, nach monatsdurchschnittlich + 29 000 in den vier Monaten zuvor. Gegenüber dem Vorjahr hat sich die Zahl der erwerbstätigen Personen kaum verändert (– 3 000): Während Arbeitsgelegenheiten und Ich-AGs erneut ausgeweitet wurden, verringerte sich die Zahl der ausschließlichen Minijobs. Allerdings lag die voll sozialversicherungspflichtige Beschäftigung weiterhin deutlich unter dem Niveau des Vorjahres (nach erster vorläufiger Hochrechnung im August – 372 000). Zu diesem Rückgang haben insbesondere der abnehmende Einsatz von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen sowie das Auslaufen der Strukturanpassungsmaßnahmen und des Sonderprogramms „Arbeit für Langzeitarbeitslose“ beigetragen (im August – 107 000 gegenüber dem Vorjahr). Die saisonbereinigte Arbeitslosenzahl ist im Oktober um 36 000 im Vergleich zum Vormonat zurückgegangen. Monatsdurchschnittlich nahm die Arbeitslosenzahl in den vier Monaten zuvor um 25 000 ab (unter Herausrechnung des Sondereffekts im September aufgrund Einbeziehung der Arbeitslosen in den Optionskommunen). Ein Grund für die Abnahmen war, dass sich deutlich weniger Personen aus Erwerbstätigkeit arbeitslos gemeldet haben als vor einem Jahr. Außerdem haben mehr Arbeitslose eine Beschäftigung in Arbeitsgelegenheiten, aber auch in Stellen auf dem ersten Arbeitsmarkt aufgenommen. So sank die saisonbereinigte Arbeitslosenquote um 0,1 Prozentpunkte auf 11,6 %. Nach Ursprungszahlen waren im Oktober 4,56 Mio. Personen arbeitslos gemeldet, 349 000 mehr als vor einem Jahr. Der quantifizierbare Hartz-IV-Effekt lag im Berichtsmonat bei etwa 350 000 Personen. Damit kann der Vorjahresabstand der Arbeitslosenzahl mittlerweile allein mit den Sondereffekten infolge der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe erklärt werden. Die Arbeitslosenquote stieg gegenüber dem Vorjahr um 0,9 Prozentpunkte auf 11,0 % (West 9,4 %, Ost 17,0 %). Die gemäß ILO-

Kriterien ermittelte international vergleichbare Erwerbslosenquote, die Angaben liegen stets einen Monat verzögert vor, ist im September saisonbereinigt um 0,8 Prozentpunkte auf 8,4 % zurückgegangen. Es könnte sich hierbei möglicherweise um einen statistischen Ausreißer der noch relativ neuen Reihe handeln. Zum Vergleich: Arbeitslosenquote nach BA-Definition wäre im September mit statistischem Effekt durch Hinzurechnung der Optionskommunen saisonbereinigt um 0,1 Prozentpunkte auf 11,7 % angestiegen. Insgesamt haben sich die Aussichten auf eine Besserung der Situation am Arbeitsmarkt etwas aufgehellt. Darauf deutet auch der Einkaufsmanagerindex hin, dessen Beschäftigungskomponente im Oktober erstmals seit September 2004 einen Beschäftigungsaufbau nachwies. Allerdings wird am Anfang des kommenden Jahres statistisch bedingt (Auslaufen der vorruhestandsähnlichen Regelung des § 428 SGB III) mit einem erneuten Anstieg der Arbeitslosigkeit gerechnet. Eine Trendwende am Arbeitsmarkt ist damit noch nicht erkennbar; dafür bedarf es einer nachhaltigen konjunkturellen Erholung.

Die Preisentwicklung verläuft trotz des hohen Niveaus der Rohölpreise im Vormonatsvergleich in moderaten Bahnen. Der kräftige Anstieg der Jahresteuersraten zeigt jedoch, dass sich die Energiepreiserhöhung auf allen Preisstufen deutlich niedergeschlagen hat. So stieg der Importpreisindex im September gegenüber dem Vorjahresstand um 5,1 %. Dies war die höchste Jahresteuersrate seit Januar 2001 (+ 5,2 %). Der Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte übertraf im September 2005 den Vorjahresstand um 4,9 %. Dies war die höchste Jahresteuersrate seit April 2001 (+ 4,9 %). Verantwortlich dafür war der anhaltende Preisanstieg für Energieprodukte. Auch auf der Verbraucherstufe ist der anhaltend hohe Ölpreis deutlich zu spüren. Mit 2,3 % im Oktober nach 2,5 % im Vormonat lag die Jahresteuersrate des Verbraucherpreisindex zum zweiten Mal in Folge über der 2 %-Marke, die

die Europäische Zentralbank als Preisstabilität definiert. Allerdings hat sich der Preisauftrieb etwas abgeschwächt. Die Zunahme des Verbraucherpreisindex im Vergleich zum Vorjahr wurde hauptsächlich durch Preissteigerungen bei Mineralölprodukten und Haushaltsenergie beein-

flusst. Diese dürften auch im nächsten Jahr zu einer Dämpfung der Kaufkraft beitragen, da die privaten Haushalte für den Energieverbrauch im Jahr 2005 mit deutlichen Nachzahlungen rechnen müssen. Ohne Heizöl und Kraftstoffe hätte die Teuerungsrate bei 1,8% gelegen.

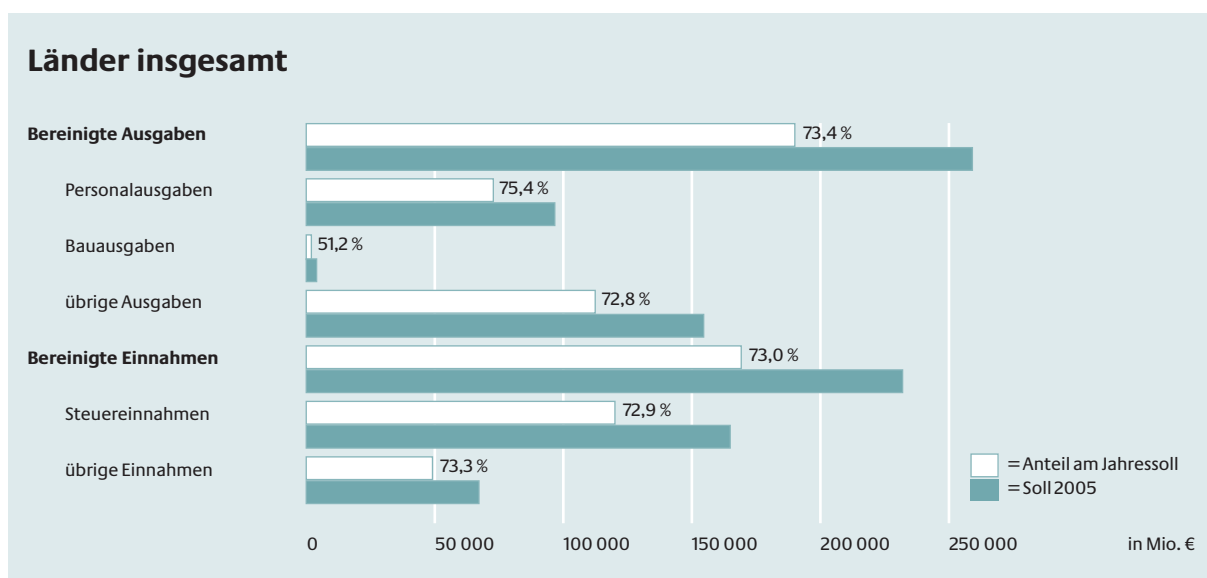
## Entwicklung der Länderhaushalte bis September 2005

Das Bundesministerium der Finanzen legt eine Zusammenfassung über die Haushaltsentwicklung der Länder für Januar bis einschließlich September 2005 vor.

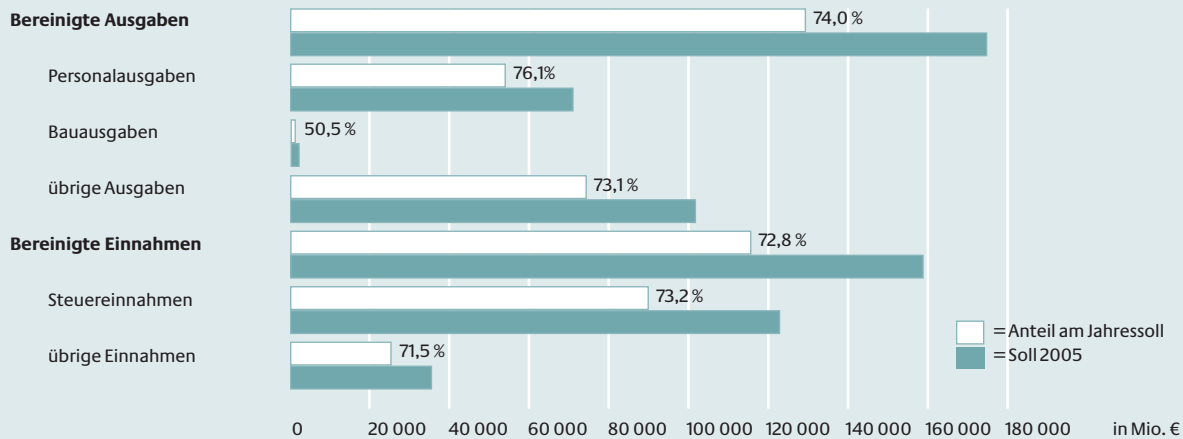
Bei den Ländern insgesamt stiegen die bereinigten Ausgaben im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum um 0,4% auf rd. 190,5 Mrd. €, während die bereinigten Einnahmen um 1,8% auf rd. 169,8 Mrd. € zunahmen. Die Steuereinnahmen der Ländergesamtheit fielen um – 0,4% geringer aus als im Vorjahreszeitraum

und erreichen mit rd. 119,2 Mrd. € 72,9 % der Haushaltsansätze. Bei den Flächenländern West erhöhten sich die Steuereinnahmen um +0,3%, während bei den ostdeutschen Flächenländern ein Rückgang um – 4,1% und bei den Stadtstaaten ein Rückgang um – 0,9% zu verzeichnen war.

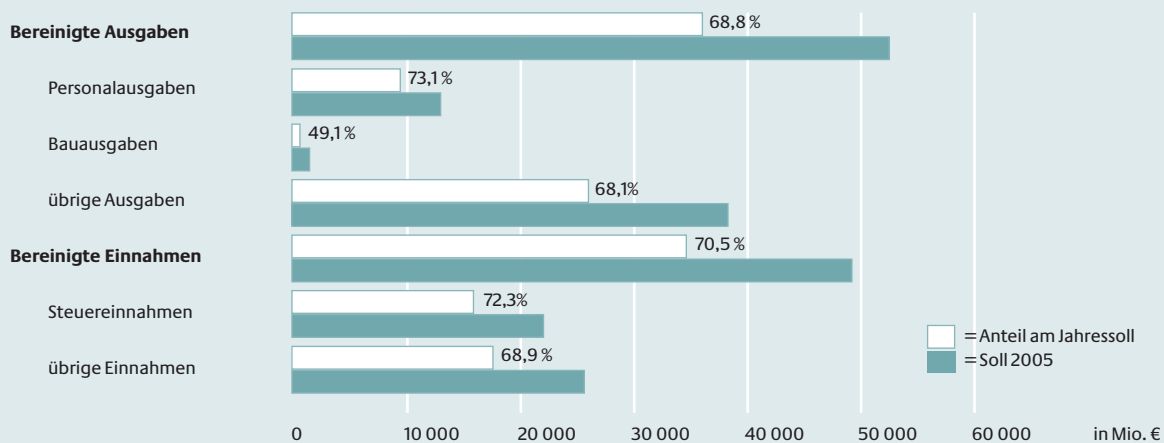
Das Finanzierungsdefizit der Länder insgesamt belief sich am Ende des 3. Quartals 2005 auf rd. – 20,7 Mrd. € und lag damit um 2,3 Mrd. € unter dem Vorjahreswert. Das Haushaltssoll von – 27,0 Mrd. € wird um 6,3 Mrd. € unterschritten.



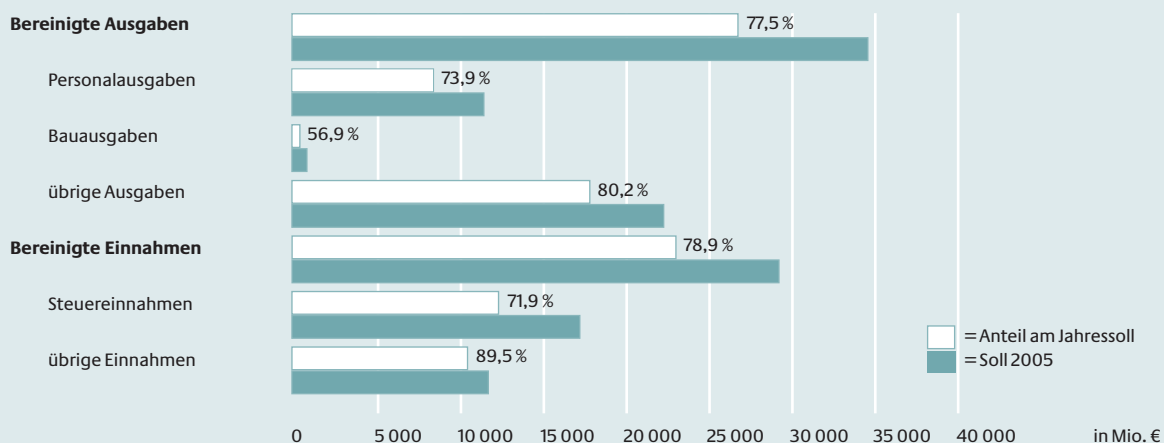
## Flächenländer West



## Flächenländer Ost



## Stadtstaaten



# Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik

## Rückblick auf den ECOFIN-Rat am 8. November 2005 in Brüssel

### EU-Haushalt: Fahrplan zu einem integrierten Kontrollrahmen

Der ECOFIN-Rat nahm Schlussfolgerungen zu dem im Juni 2005 von der Kommission vorgelegten „Fahrplan zu Schaffung eines integrierten internen Kontrollrahmens“ an, durch den der Europäische Rechnungshof in die Lage versetzt werden soll, eine positive Zuverlässigkeitserklärung im Haushaltsentlastungsverfahren abzugeben. Im April 2005 hatte das Europäische Parlament auf Empfehlung des ECOFIN-Rates die Kommission für den Haushalt 2003 entlastet. Der Europäische Rechnungshof hatte jedoch – wie auch in den letzten zehn Jahren – seine Zuverlässigkeitserklärung nicht erteilt.

Der Fahrplan zur Schaffung eines integrierten internen Kontrollrahmens sieht vor, die „Wirksamkeit, Wirtschaftlichkeit und Effizienz der gegenwärtigen Kontrollsysteme“ u. a. durch die Vereinfachung und Harmonisierung der Kontrollsysteme, die Einführung des Single-Audit-Prinzips im Rahmen der internen Kontrolle und die Einbeziehung einer Kosten-Nutzen-Analyse der Kontrollsysteme zu verbessern. Der ECOFIN-Rat wird die Umsetzung der Maßnahmen 2006 überprüfen.

Eine Ablehnung der umstrittenen Zuverlässigkeitserklärung der Finanzminister über die Funktionsfähigkeit der nationalen Verwaltungs- und Kontrollsysteme wurde nicht in die Schlussfolgerungen aufgenommen. Bestehende Erklärungen auf operativer Ebene sollen verstärkt als Grundlage für die im Haushaltsentlastungsverfahren erforderlichen Maßnahmen herangezogen werden.

Minister Eichel stimmte dem Text als Kompromisslösung zu. Deutschland lehne dabei eine

Verschiebung der Verantwortung von der Kommission auf die Mitgliedstaaten durch die Einführung einer zusätzlichen Zuverlässigkeitserklärung auch weiterhin ab.

### Bessere Rechtsetzung: Messung administrativer Lasten

Der ECOFIN-Rat nahm Schlussfolgerungen über die Einführung einer gemeinsamen Methode zur Messung administrativer Lasten für Unternehmen durch EU-Gesetzgebung an. Die Kommission wurde damit beauftragt, die Messmethode ab Januar 2006 versuchsweise zu implementieren und nach zwölf Monaten einer ersten Überprüfung zu unterziehen. Die Kommission wies darauf hin, dass sie die Messmethode nur in enger Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten anwenden könne.

Der Bürokratieabbau („Bessere Rechtsetzung“) ist Schwerpunktthema der sechs Präsidenschaften Irland, Niederlande, Luxemburg, Großbritannien, Österreich und Finnland. Die Arbeiten hierzu finden in zwei Ratsformationen, dem Wettbewerbsfähigkeitsrat und dem ECOFIN-Rat, statt. Der Europäische Rat hatte Kommission und ECOFIN-Rat im März dazu aufgefordert, bis Ende 2005 eine Einigung über eine gemeinsame Methode zur Messung administrativer Lasten für Unternehmen zu erzielen.

Minister Eichel betonte die wachstums-mindernde Wirkung von Belastungen aus bürokratischen Prozessen. Seiner Einschätzung nach sei eine Methode zur Messung administrativer Lasten nur dann sinnvoll, wenn die Methode selbst keine unnötigen zusätzlichen Bürokratiekosten in den Unternehmen und Verwaltungen der Mitgliedstaaten verursacht.

## EU-Statistik

Der ECOFIN-Rat nahm Schlussfolgerungen zu einem umfassenden Statistikpaket zur Verbesserung von Aussagefähigkeit und Zuverlässigkeit des europäischen Statistikwesens an. Am Fall Griechenlands war deutlich geworden, dass die Datenbasis für die haushaltspolitische Überwachung in der EU verbessert werden muss.

Das Statistikpaket umfasst den Statusbericht des Wirtschafts- und Finanzausschusses über den Informationsbedarf in der WWU 2005 sowie Vorgaben für die zukünftige Gestaltung des europäischen Statistikwesens (u. a. Unabhängigkeit, Integrität und Rechenschaftspflicht von Eurostat und des Europäischen Statistischen Systems; Entwurf zur Änderungsverordnung der Maastricht-Meldeverordnung 3605/93 sowie Überprüfung der Prioritäten hinsichtlich der Anforderungen an Statistiken).

Strittig war der Umfang von Zuständigkeiten eines neu zu schaffenden Beratungsgremiums für Eurostat. Die Ratsschlussfolgerungen begrenzen den Fokus des vom Beratungsgremium vorzulegenden Jahresberichts explizit auf Eurostat.

## Stabilitäts- und Wachstumspakt: Defizitverfahren Ungarn

Der ECOFIN-Rat nahm im Defizitverfahren Ungarns auf Empfehlung der Kommission den Beschluss zur Verschärfung des Verfahrens nach 104.8 EG-Vertrag (EGV) sowie entsprechende Schlussfolgerungen an. Ungarn hatte nach Ansicht des Rates keine wirksamen Maßnahmen zur Rückführung des übermäßigen Defizits entsprechend den Empfehlungen nach 104.7 EGV vom 8. März 2005 ergriffen. Die Maastricht-Meldung Ungarns vom 20. September weist statt der im Konvergenzprogramm anvisierten 3,6 % (2,9 %) in 2005 (2006) ein Defizit von 6,1 % (5,2 %) des BIP aus. Neben der Gefährdung des Anpassungspfades zur Rückführung des übermäßigen Defizits

sieht der Rat in der Verschlechterung der ungarischen Haushaltslage auch eine Gefährdung des allgemeinen makroökonomischen Gleichgewichts Ungarns. Die Kommission wird eine Empfehlung für das weitere Vorgehen vorlegen.



## Mehrwertsteuer

Zur Vereinfachung der Mehrwertsteuerpflichten für Unternehmen legte die Kommission am 29. Oktober 2004 u. a. einen Vorschlag zur Einführung des Systems der einzigen Anlaufstelle (one-stop-shop) vor: Erklärungspflicht aller EU-Umsätze von EU-Unternehmen im jeweiligen Sitzstaat (bzw. von Nicht-EU-Unternehmen im Identifizierungsmitgliedstaat), der diese an die betroffenen Verbrauchsmitgliedstaaten weiterleitet. Die Minister führten eine kurze Debatte. Schlussfolgerungen sind unter österreichischer Präsidentschaft vorgesehen.

Der ECOFIN-Rat setzte seine zuletzt im Juni 2005 geführte Debatte zur Frage ermäßigter Mehrwertsteuersätze fort. Die Minister konnten keine Einigung auf einen von der britischen Präsidentschaft vorgelegten Kompromissvorschlag erzielen. Der Kompromissvorschlag sieht u. a. vor, den Anwendungsbereich der territorialen Sondersätze, des so genannten Parkingsatzes sowie der Null- und stark ermäßigten Mehrwertsteuersätze unverändert beizubehalten, den Anwendungsbereich der ermäßigten Mehrwertsteuersätze auszudehnen sowie das zum 31. Dezember 2005 auslaufende Experiment „Arbeitsintensive Dienstleistungen“ fortzusetzen.

Minister Eichel unterstrich erneut die deutsche Position. Deutschland setze sich grundsätzlich für einen Subventionsabbau ein – reduzierte Mehrwertsteuersätze für einzelne Sektoren wirkten dagegen wie Subventionen. Die Verhandlungen wurden auf den Dezember-ECOFIN vertagt.

### **Finanzdienstleistungen: grenzüberschreitende Konsolidierung in der EU**

Der ECOFIN-Rat setzte seine Debatte vom 11. September 2004 zu den Hindernissen grenzüberschreitender Zusammenschlüsse im Finanzdienstleistungssektor fort. Kommissar McCreevy nannte als wesentliche Hindernisse Unterschiede der Finanzaufsicht, der Rechtsstruktur der Kreditinstitute und der fehlenden Rechtsharmonisierung im Retail-Markt. Im Einzelnen hob er Art. 16 der Bankenrechtskoordinierungs-Richtlinie von 2000 hervor, zu dem die Kommission ebenso wie für den Versicherungs- und Wertpapierbereich in 2006 beabsichtigt, förmliche Vorschläge zur Revision vorzulegen.

Die vorbereiteten Ratsschlussfolgerungen konnten aufgrund der ablehnenden Haltung Polens lediglich als Schlussfolgerungen der Präsidentschaft angenommen werden. Die Schlussfolgerungen heben allgemein die Bedeutung von Transparenz und Konvergenz der Finanzmarktaufsicht sowie die Notwendigkeit weiterer Untersuchung hervor. Auf dem Dezember-ECOFIN sollen nach Möglichkeit die Schlussfolgerungen vom Rat einstimmig angenommen werden.

### **Reform der EU-Zuckermarktordnung**

Auf deutschen Wunsch wurden die finanziellen Auswirkungen der Reform der Zuckermarktordnung erörtert. Unter Einbeziehung aller haushaltswirksamen Elemente (Höhe der Direktzahlungen, Umstrukturierungsfonds, AKP-Aktionsplan) ist die Neufassung voraussichtlich kostenintensiver als die bestehende Regelung.

Minister Eichel begrüßte die Behandlung des Themas im ECOFIN-Rat. Wegen der großen finanziellen Auswirkungen der Reform sei es wichtig, dass sich auch die Finanzminister mit der Reform befassen. Deutschland unterstütze die Reform, habe aber stets deutlich gemacht, dass die Reform nicht zu einer Umgehung des Agrarkompromisses und einer zusätzlichen Belastung des EU-Haushalts führen dürfe. Der Kommissionsvorschlag drohe aber, den EU-Haushalt wegen der Kosten für den Aktionsplan für AKP-Staaten (Afrika, Karibik, Pazifik) und des Absinkens der Produktionsabgaben zu belasten. Minister Eichel forderte Kommission und Mitgliedstaaten auf, die Haushaltsneutralität der Reform sicherzustellen. Er wies ferner darauf hin, dass der AKP-Aktionsplan eine unmittelbare Folge der Zuckermarktreform sei und daher aus dem Agrarhaushalt zu finanzieren sei. Anderenfalls drohe eine Umgehung des Kompromisses zu den Agrarausgaben.

Die Präsidentschaft kündigte an, den Vorsitz des Rats für Allgemeine Angelegenheiten und des Agrarministerrats über die Debatte im ECOFIN-Rat zu informieren.

# Termine

## Finanz- und wirtschaftspolitische Termine

- 2./3. Dezember 2005 – G 7-Finanzministertreffen in London
- 5./6. Dezember 2005 – Eurogruppe und ECOFIN in Brüssel
- 15./16. Dezember 2005 – Europäischer Rat in Brüssel
- 23./24. Januar 2006 – Eurogruppe und ECOFIN in Brüssel

## Hinweis auf Veröffentlichungen

Das Bundesministerium der Finanzen hat folgende Publikation neu herausgegeben:

**Unterrichtsmaterialien Finanzen & Steuern, Ausgabe 2005** (als Mitherausgeber)

Diese und andere Publikationen können kostenfrei bestellt werden beim

Bundesministerium der Finanzen  
– Referat Bürgerangelegenheiten –  
Wilhelmstraße 97  
10117 Berlin

telefonisch: 0 18 88 / 80 80 800 (0,12 €/Min.)  
per Telefax: 0 18 88 / 10 80 80 800 (0,12 €/Min.)

Internet: <http://www.bundesfinanzministerium.de> oder  
<http://www.bmf.bund.de>



## Veröffentlichungskalender der Monatsberichte inklusive der finanzwirtschaftlichen Daten (nach IWF-Standard SDDS)

Monatsbericht Ausgabe		Berichtszeitraum	Veröffentlichungszeitpunkt
2005	Dezember	November 2005	22. Dezember 2005
2006	Januar	Dezember 2005	27. Januar 2006
	Februar	Januar 2006	22. Februar 2006
	März	Februar 2006	22. März 2006
	April	März 2006	21. April 2006
	Mai	April 2006	22. Mai 2006
	Juni	Mai 2006	21. Juni 2006
	Juli	Juni 2006	20. Juli 2006
	August	Juli 2006	21. August 2006
	September	August 2006	21. September 2006
	Oktober	September 2006	20. Oktober 2006
	November	Oktober 2006	20. November 2006
	Dezember	November 2006	21. Dezember 2006





## Analysen und Berichte

Die Entwicklung des Bundeshaushalts bis zum 3. Quartal 2005	37
Ergebnisse der Steuerschätzung vom 2. bis 3. November 2005	49
Die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder im 1. bis 3. Quartal 2005	53
Wirtschaftslage und -entwicklung in den neuen Mitgliedstaaten der EU und in den Beitrittsländern Mitte 2005	57
Treffen der G 20-Finanzminister und Notenbankgouverneure am 15./16. Oktober 2005 in China	63
Bundesfinanzministerium übernimmt Führung bei Basel II	65



# Die Entwicklung des Bundeshaushalts bis zum 3. Quartal 2005

1	Die Eckwerte des Bundeshaushalts 2005 .....	37
2	Erläuterung wesentlicher Ausgabepositionen .....	42
3	Die Entwicklung der Einnahmen .....	46

## 1 Die Eckwerte des Bundeshaushalts 2005

Der Entwurf des Bundeshaushaltsplans 2005 wurde in erster Lesung vom 7. bis 10. September 2004 und in dritter Lesung am 26. November 2004 nach eingehenden parlamentarischen Beratungen vom Deutschen Bundestag verabschiedet. Nach der Zurückweisung des Einspruchs des Bundesrates im Deutschen Bundestag am 18. Februar 2005 ist das Haushaltsgesetz 2005 am 8. März 2005 im BGBl. I S. 467 verkündet worden und rückwirkend zum 1. Januar 2005 in Kraft getreten.

**Ausgaben.** Die Ausgaben des Bundes summierten sich in den ersten neun Monaten

des Jahres 2005 auf 203,8 Mrd. €. Im Vergleich zum Vorjahreswert von 196,6 Mrd. € stiegen die Ausgaben des Bundes um 7,2 Mrd. € oder 3,7 %. Auch gegenüber der Soll-Veranschlagung 2005 muss für das Gesamtjahr mit einer höheren Ausgabenentwicklung gerechnet werden. Die Ausgabensteigerung ist auf deutlich höhere Aufwendungen für den Bereich Arbeitsmarkt zurückzuführen.

Die investiven Ausgaben des Bundes einschließlich des zur Verfügung gestellten Betriebsmitteldarlehens an die Bundesagentur für Arbeit (BA) beliefen sich bis zum 3. Quartal 2005 auf 18,4 Mrd. €. Die sich aus der Tabelle 1 ergebende Verringerung der Investitionen gegenüber dem Vorjahr ist dabei im Wesentlichen auf

**Tabelle 1: Gesamtübersicht**

Aufgabenbereich	Soll 2005	Januar bis September 2005 in Mrd. € <sup>1</sup>	Januar bis September 2004	Veränderung ggü. dem Vorjahr	
				in Mrd. € <sup>1</sup>	in %
<b>Die Ermittlung des Finanzierungssaldos:</b>					
<b>1. Ausgaben</b>	<b>254,3</b>	<b>203,8</b>	<b>196,6</b>	<b>+ 7,2</b>	<b>+ 3,7</b>
<b>2. Einnahmen</b>	<b>232,0</b>	<b>160,0</b>	<b>142,9</b>	<b>+ 17,0</b>	<b>+ 11,9</b>
– Steuereinnahmen	190,8	129,1	126,9	+ 2,2	+ 1,8
– Verwaltungseinnahmen	41,2	30,8	16,0	+ 14,8	+ 92,2
<b>Einnahmen ./. Ausgaben = Finanzierungssaldo</b>	<b>– 22,3</b>	<b>– 43,8</b>	<b>– 53,7</b>	<b>+ 9,8</b>	<b>– 18,3</b>
<b>Die Deckung des Finanzierungssaldos:</b>					
Nettokreditaufnahme/aktueller Kapitalmarktsaldo einschließlich Kassenmittel	22,0	43,7	53,5	– 9,8	– 18,3
Münzeinnahmen	0,3	0,1	0,2	– 0,03	– 17,7
<b>nachrichtlich:</b>					
Investitionen (inklusive Darlehen)	22,7	18,4	20,6	– 2,2	– 10,8

<sup>1</sup> Differenzen durch Rundung der Zahlen möglich.

einen geringeren Abruf beim Betriebsmitteldarlehen an die BA zurückzuführen; hierbei spielt auch ein gegenüber dem Vorjahr geändertes Abrufverfahren eine Rolle.

**Einnahmen.** Die Einnahmen des Bundes (ohne Münzeinnahmen) summierten sich in den ersten neun Monaten des Jahres 2005 auf 160,0 Mrd. €. Gegenüber dem Vorjahr mit Einnahmen in Höhe von 142,9 Mrd. € entspricht dies einer Einnahmensteigerung von 17 Mrd. € oder 11,9 %. Dabei ist der überwiegende Teil des Anstiegs auf deutlich höhere Verwaltungseinnahmen zurückzuführen, die sich in den ersten neun Monaten des Jahres 2005 um 14,8 Mrd. € oder 92,2 % auf 30,8 Mrd. € erhöhten und damit bereits Ende September deutlich über dem Ist des gesamten Haushaltsjahres 2005 (24,8 Mrd. €) lagen. Wesentliche Faktoren sind dabei die erstmalige Abführung von Teilbeträgen des Aussteuerungsbetrages der Bundesagentur für Arbeit nach dem SGB II an den Bund, die erstmalige Vereinnahmung der streckenbezogenen Lkw-Maut, zusätzliche Einnahmen im Bereich Gewährleistungen aus der vorzeitigen Schuldentilgung von anderen Staaten sowie erhöhte Einnahmen aus der Veräußerung von Beteiligungen und aus sonstigem Kapitalvermögen des Bundes.

Die Steuereinnahmen bilden generell den größten Anteil an den Einnahmen des Bundes und beliefen sich bis Ende September auf 129,1 Mrd. €. Gegenüber dem Vorjahresvergleichswert in Höhe von 126,9 Mrd. € stiegen diese um 2,2 Mrd. € oder 1,8 %, lagen im Ergebnis damit aber unter der veranschlagten Steigerungsrate im Soll des Bundeshaushalts 2005 (+2,0 %).

**Defizit.** Der Finanzierungssaldo des Bundes betrug in den ersten drei Quartalen des laufenden Jahres 43,8 Mrd. €. Gegenüber dem Vorjahr verringerte sich dieser um 9,8 Mrd. € oder 18,3 %. Bei der Bewertung des unterjährigen Finanzierungssaldos ist generell zu berücksichtigen, dass im Jahresverlauf die Haushaltsentwicklung nicht gleichmäßig verläuft und dabei oftmals wesentlich von Einmaleffekten wie z. B. der

Realisierung von Privatisierungserlösen geprägt wird. In der Regel steigt der Finanzierungssaldo im Jahresverlauf bis November an, bevor dann mit den erfahrungsgemäß höheren Steuereinnahmen im Dezember eine erhebliche Reduzierung des Saldos erfolgt.

Es zeichnet sich ab, dass die im Haushalts-soll 2005 vorgesehene Nettokreditaufnahme deutlich überschritten wird. Der Umfang der Überschreitung ist wesentlich abhängig vom weiteren Verlauf der Arbeitsmarktausgaben und Steuereinnahmen. Die sich abzeichnenden Mehrbelastungen können unter teilweiser Nutzung von bisher gesperrten Kreditermächtigungen aufgefangen werden.

In der Tabelle 2 (s. S. 39) werden die wesentlichen Differenzen zwischen dem Ergebnis der ersten drei Quartale 2005 und dem entsprechenden Ist-Ergebnis 2004 dargestellt.

### **Erläuterungen zu den wesentlichen Einnahme- und Ausgabenänderungen**

Grundsätzlich ist anzumerken, dass unterjährige Einnahme- bzw. Ausgabenänderungen oftmals buchungstechnischer Art sind. Gründe hierfür sind ein späterer oder früherer Eingang der Buchungsbelege oder eine Verschiebung von Fälligkeitszeitpunkten.

Bei den Ausgaben für Arbeitsmarktpolitik zeigen sich aufgrund der Einführung der Grund-sicherung für Arbeitsuchende ab 1. Januar 2005 (Hartz IV) erhebliche Veränderungen. Vor diesem Hintergrund sind in diesem Bereich Vergleiche mit dem Vorjahr oder auch im weiteren Jahresverlauf unterjährige Vergleiche von Quartalsdaten nur von sehr geringer Aussagekraft.

Jedoch zeigt sich beim Arbeitslosengeld II gegenüber dem Sollansatz 2005 ein deutlicher Mehrbedarf. Daher hat das BMF Anfang Juli 2005 in eine überplanmäßige Ausgabe in Höhe von 8 Mrd. € eingewilligt, nachdem der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages am 29. Juni 2005 hiervon Kenntnis genommen

**Tabelle 2: Wesentliche Veränderungen der Ausgabenentwicklung im Vergleich zum Vorjahresergebnis**

Aufgabenbereich	Soll 2005	Januar bis September 2005 in Mrd. € <sup>1</sup>	Januar bis September 2004	Veränderung ggü. dem Vorjahr	
				in Mrd. € <sup>1</sup>	in %
<b>Mehrausgaben ggü. Vorjahr</b>					
Arbeitsmarktpolitik	33,6	33,3	22,4	+ 11,0	+ 49,0
Zinsen	38,9	33,5	32,5	+ 1,0	+ 3,0
Pauschale Abgeltung der Aufwendungen der Krankenkassen für versicherungsfremde Leistungen	2,5	1,3	0,5	+ 0,8	+ 150,0
<b>Minderausgaben ggü. Vorjahr</b>					
Wohngeld	0,9	1,0	2,3	- 1,4	- 59,1
Förderung des Kohlenbergbaus	1,8	1,7	2,2	- 0,5	- 20,9
Verteidigung (ohne Versorgung)	23,7	16,4	16,7	- 0,3	- 1,8
Nachrichtlich Einnahmeänderungen:					
Aussteuerungsbetrag der Bundesagentur für Arbeit	6,7	3,8	-	+ 3,8	.
Abführung Bundesbank	2,0	0,7	0,2	+ 0,4	+ 172,3

<sup>1</sup> Differenzen durch Rundung der Zahlen möglich.

hatte. Ende Oktober hat das BMF eine weitere überplanmäßige Ausgabe in Höhe von 3,0 Mrd. € bewilligt, so dass der verfügbare Sollansatz nun 25,6 Mrd. € beträgt.

Dem Mehrbedarf beim Arbeitslosengeld II stehen beträchtliche Minderausgaben bei den Eingliederungsleistungen und Verwaltungskosten im Rahmen der Grundsicherung für Arbeitssuchende gegenüber (Größenordnung: 3 Mrd. €).

Außerdem weisen die vom Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit im Rahmen des in den parlamentarischen Prozess eingebrachten Gesetzentwurfs zur Revision der Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft vorgenommenen Überprüfungen darauf hin, dass die Kommunen auch ohne eine Bundesbeteiligung um die angestrebten 2,5 Mrd. € entlastet werden. Der Abschluss des eingeleiteten Revisionsverfahrens bleibt abzuwarten.

Die Bundesagentur für Arbeit wird den veranschlagten Bundeszuschuss von 4 Mrd. € nur zum Teil benötigen. Eine Ursache ist, dass der Aussteuerungsbetrag, den die BA an den Bund zahlt, niedriger als im Soll liegen wird.

**Wohngeld.** Auch hier wirkt sich die Einführung der Grundsicherung für Arbeitssuchende

(Hartz IV) erheblich aus. Daher sind auch hier Vergleiche mit dem Vorjahr oder auch im weiteren Jahresverlauf unterjährige Vergleiche von Quartalsdaten nur von sehr geringer Aussagekraft.

Der bisherige Ausgabenverlauf lässt gegenüber dem Sollansatz 2005 von 850 Mio. € einen Mehrbedarf in einer Größenordnung von bis zu 350 Mio. € erwarten. Vor diesem Hintergrund hat das BMF Anfang Juli 2005 in eine entsprechende überplanmäßige Ausgabe eingewilligt, nachdem der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages hiervon am 29. Juni 2005 Kenntnis genommen hatte.

**Förderung des Kohlenbergbaus.** Der Kohlekompromiss 1997 läuft im Jahr 2005 aus. Minderausgaben gegenüber dem Vorjahr beruhen einerseits auf der degressiven Entwicklung der zugesagten Kohlehilfen, andererseits auf Zahlungsverzögerungen ins Folgejahr. In 2006 wird die aufgelaufene „Bugwelle“ aus Zahlungsverpflichtungen des Kohlekompromisses 1997 beglichen. Die Anschlussregelung zum Kohlekompromiss sieht vor, die Kohlehilfen ab 2006 nachschüssig im Folgejahr auszus zahlen. Ob es zu Rückzahlungen infolge gestiegener Weltmarktpreise kommen wird, ist frühestens 2006 absehbar.

**Zinsen.** Zinszahlungen sind unabhängig von der Entwicklung des Bundeshaushalts zu betrachten, da sich die Zinszahlungstermine unterjährig nicht gleichmäßig auf bestimmte Monate oder Quartale verteilen. Aus diesem Grund kann durch einen Vergleich einzelner Quartalswerte kein Rückschluss auf die laufende Entwicklung der Zinsausgaben gezogen werden. Die Ausgabensteigerung in den ersten drei Quartalen ergibt sich im Wesentlichen durch frühe Zinsfälligkeitstermine im Januar dieses Jahres. Auf Grund der bisherigen Ausgabenentwicklung und des derzeitigen Zinsniveaus kann gleichwohl davon ausgegangen werden, dass gegenüber dem Sollansatz 2005 Minderausgaben anfallen werden.

**Verteidigung (ohne Versorgung).** Der Mittelabfluss im Bereich Verteidigung entwickelt sich unterjährig nicht gleichmäßig. Abweichungen gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres entstehen überwiegend durch unterschiedliche Zahlungsfälligkeiten bei Vorhaben im Bereich der militärischen Beschaffung/Forschung und Entwicklung.

**Abführung Bundesbank.** Gemäß § 27 Nr. 2 Bundesbankgesetz hat die Deutsche Bundesbank den Jahresüberschuss an den Bund abzuführen. Im Soll des Haushalts 2005 wurde von einem Jahresüberschuss für das Geschäftsjahr 2004 in Höhe von 2 Mrd. € ausgegangen. Tatsächlich beläuft sich der Jahresüberschuss nach Feststellung der Deutschen Bundesbank vom 15. März 2005 jedoch auf lediglich rd. 676 Mio. €. Das bedeutet für den Bundeshaushalt einen Einnahmeausfall von rd. 1,3 Mrd. €.

**Pauschale Abgeltung der Aufwendungen der Krankenkassen für versicherungsfremde Leistungen.** Ein wesentliches Element des Gesetzes zur Modernisierung des Gesundheitssystems ist die pauschale Abgeltung der Aufwendungen der Krankenkassen für versicherungsfremde Leistungen. Zur Gegenfinanzierung wurde in den Jahren 2004 bis 2005 die Tabaksteuer angehoben. Die pauschale Abgel-

tung wird über das Bundesversicherungsamt an die Krankenkassen gezahlt. Die Spitzenverbände der Krankenkassen bestimmen gemeinsam und einheitlich eine Krankenkasse oder einen Verband als zentrale Stelle für die Abrechnung mit dem Bundesversicherungsamt, welches die pauschale Abgeltung an die zentrale Stelle zur Weiterleitung an die berechtigten Krankenkassen zahlt. Die pauschale Abgeltung wird in zwei gleichen Abschlägen jeweils am 1. Mai und am 1. November gezahlt.



### **Wichtige Entscheidungen mit Wirkung auf den Haushalt 2005**

**Arbeitsmarktreformen.** Die Bundesregierung hat im Rahmen ihrer Agenda 2010 mit verschiedenen Arbeitsmarktreformgesetzen – insbesondere den so genannten Hartz-Gesetzen – notwendige grundlegende Weichenstellungen auf dem Arbeitsmarkt für eine Reduzierung der Arbeitslosigkeit vorgenommen. Mit dem zum 1. Januar 2005 in Kraft getretenen Hartz-IV-Gesetz wurden die bisherige Arbeitslosenhilfe und die Sozialhilfe für Erwerbsfähige zu einer neuen Leistung – der Grundsicherung für Arbeitssuchende – zusammengeführt und damit das bisherige Nebeneinander von zwei staatlichen Fürsorgeleistungen beendet. Die Betreuung erwerbsfähiger Hilfebedürftiger erfolgt jetzt ganzheitlich durch eine Stelle, entweder in einer aus Arbeitsagentur und Kommune errichteten Arbeitsgemeinschaft oder von einem der bundesweit 69 zugelassenen kommunalen Träger. Damit werden die Betreuungs- und Integrationsmöglichkeiten gegenüber dem bisherigen System deutlich verbessert.



**Kinderzuschlag für gering verdienende Eltern.** Mit dem Hartz-IV- Gesetz wurde der Kinderzuschlag – eine gezielte Förderung gering verdienender Familien – eingeführt. Der Kinderzuschlag ist eine neue familienpolitische Leistung in Höhe von monatlich bis zu 140 € je Kind. Er wird an Eltern gezahlt, die zwar mit ihren Einkünften ihren eigenen Unterhalt bestreiten können, nicht aber den ihrer Kinder. Sie wären ohne Kinderzuschlag auf Arbeitslosengeld II angewiesen, mit Kinderzuschlag kann die Familie von den eigenen Einkünften leben.

**Neuregelung des Wohngeldes.** Auch diese Neuregelung steht im direkten Zusammenhang mit der Einführung des Arbeitslosengeldes II. Ab 2005 wird das Wohngeld auf die Personengruppen konzentriert, die nicht Empfänger von Transferleistungen sind. Wohngeldberechtigt sind damit zukünftig hauptsächlich Personen mit geringen eigenen Einkünften. An der Höhe des Wohngeldes ändert sich nichts. Für die Empfänger von staatlichen Transferleistungen einschließlich ihrer Bedarfsgemeinschaften (z. B. Ehegatten) werden die angemessenen Kosten der Unterkunft zukünftig ausschließlich im Rahmen der jeweiligen Transferleistung berücksichtigt. Transferleistungen sind z. B. das Arbeitslosengeld II, die Sozialhilfe und die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung. Diese Vereinfachung bewirkt auf Grund des Wegfalls der aufwändigen Erstattungs- und Verrechnungsverfahren zwischen den verschiedenen Trägern der Unterkunftskosten einen erheblichen Bürokratieabbau.

**Nachhaltige Finanzierung der Gesetzlichen Rentenversicherung.** Die Gesetzliche Rentenversicherung ist und bleibt die wichtigste Säule der Alterssicherung in Deutschland. Mit dem Rentenversicherungs-Nachhaltigkeitsgesetz wurden die Weichen gestellt, um die Gesetzliche Rentenversicherung langfristig finanzierbar zu halten.

Als wichtige Maßnahme wurde ein so genannter Nachhaltigkeitsfaktor in die Renten-

passungsformel eingeführt. Er berücksichtigt bei der jährlichen Anpassung der Renten die zahlenmäßige Entwicklung des Verhältnisses von Beitragszahlern zu Rentnern. Das bedeutet, dass weniger Beitragszahler zu geringeren Rentenerhöhungen, ein Anstieg der Beitragszahler hingegen zu höheren Renten führt. Der Nachhaltigkeitsfaktor bezieht damit die Auswirkungen einer längeren Lebenserwartung, die Entwicklung der Geburten und der Erwerbstätigkeit in die Renten Anpassung ein. Dies stellt sicher, dass die Funktionsfähigkeit unseres Rentenversicherungssystems auch in Zukunft erhalten bleibt. Der Nachhaltigkeitsfaktor wirkt sich seit seiner Einführung zum 1. Juli 2005 aus.

**Dritte Stufe der Steuerreform.** Zum 1. Januar 2005 trat die dritte und letzte Stufe der Steuerreform 2000 in Kraft. Die Bürgerinnen und Bürger werden durch sie jährlich um weitere rund 6,5 Mrd. € entlastet. Der Eingangssteuersatz ist durch die Steuerreform seit 1998 von ehemals 25,9 % auf 15 % und der Spitzensteuersatz von ehemals 53 % auf 42 % gesenkt worden. Die Einkommensteuersätze befinden sich damit auf einem historischen Tiefstand. Der Grundfreibetrag ist von 1998 bis 2004 von 6 322 € auf 7 664 € gestiegen. Für Verheiratete bleiben jetzt 15 328 € steuerfrei.

Die Steuerreform führt zusammen mit den Maßnahmen der Familienförderung und der neuen Besteuerung der Alterseinkünfte ab 2005 zu einer jährlichen Steuerentlastung von mehr als 59 Mrd. €. Allein für die Privathaushalte sind das mehr als 47 Mrd. € weniger Steuern jährlich.

Besonders Arbeitnehmer mit niedrigem und mittlerem Einkommen sowie Familien mit Kindern werden durch die Steuerreform besser gestellt. Die steuerlichen Entlastungen z. B. für eine Arbeitnehmerfamilie mit zwei Kindern (Jahresarbeitslohn 30 000 €) sind seit 1998 erheblich: Allein durch die Erhöhung des Kindergeldes stieg hier das Einkommen um 996 €. Zusammen mit dem erhöhten steuerlichen Grundfreibetrag und den niedrigeren Steuersätzen steigert sich

das verfügbare Einkommen dieser Familie 2005 gegenüber 1998 um 2392 €.

**Subventionsabbau in der Landwirtschaft.** Beim Agrardiesel wurde zum 1. Januar 2005 die bisherige Steuerermäßigung verringert. Landwirte konnten bisher ihren Dieselmotorkraftstoff billiger tanken. Für sie galt ein ermäßigter Steuersatz von 25,56 Cent/Liter. Diese Steuersubvention wird um 56 % gekürzt. Seit dem 1. Januar 2005 müssen Landwirte 40 Cent Mineralölsteuer je Liter Agrardiesel zahlen. Das ist immer noch weniger, als alle anderen Pkw- und Lkw-Fahrer zahlen. Diese zahlen 47,04 Cent Mineralölsteuer pro Liter. Außerdem: Den ermäßigten Steuersatz gibt es seit dem 1. Januar 2005 nur noch für maximal 10 000 Liter Agrardiesel pro Jahr. Weiterhin gilt ein Selbstbehalt von 350 €. Das entlastet den Bundeshaushalt ab dem Jahr 2006 um 287 Mio. € jährlich.

Gleichzeitig wird der Bundeszuschuss zur Krankenversicherung der Landwirte gekürzt. Dieser Zuschuss war 2004 mit rund 1 Mrd. € im Bundeshaushalt veranschlagt. Ab 2005 wird er um 82 Mio. €, bis 2008 ansteigend um 91 Mio. € jährlich reduziert. Die Mehrbelastung der Landwirte in der landwirtschaftlichen Krankenversicherung ist gemessen an der Belastung der aktiven Mitglieder in der allgemeinen Krankenversicherung sozialpolitisch gerechtfertigt.

**Postbeamtenversorgungskasse.** Die Postbeamtenversorgungskasse hat die von den Post-Aktiengesellschaften zu leistenden Beitragszahlungen zur Mitfinanzierung der Postpensionsforderungen kapitalisiert. Infolgedessen entfällt der Zuschuss des Bundes an die Postbeamtenversorgungskasse.

**Zuschuss an den Fonds Deutsche Einheit.** Ab dem Jahr 2005 werden die Zinszahlungen für den Fonds Deutsche Einheit direkt aus dem Bundeshaushalt gezahlt. Aus diesem Grund entfallen die Zuschüsse an das Sondervermögen Fonds Deutsche Einheit in der bisherigen Form.

**Gesetz zur Förderung der Steuerehrlichkeit.** Mit einer zeitlich befristeten „Brücke in die

Steuerehrlichkeit“ wurde bislang steuerunehrlichen Bürgern die Möglichkeit gegeben, durch Abgabe einer Erklärung bis spätestens 31. März 2005 und Entrichtung einer pauschalen Abgabe Befreiung von Geldbußen oder Strafen zu erlangen. Nach Auslaufen dieser Regelung ist zum 1. April 2005 die Kontenabfragemöglichkeit in Kraft getreten. Diese dient unter anderem zur Ermittlung von Daten über bestehende Konten und Depots, nicht aber zur Ermittlung von Kontenständen.

**Aussteuerungsbetrag der Bundesagentur für Arbeit.** Mit dem neuen SGB II („Hartz-IV-Gesetz“) sind ab 1. Januar 2005 Leistungen zur Eingliederung von Langzeitarbeitslosen in den Arbeitsmarkt vom Haushalt der Bundesagentur für Arbeit in den Bundeshaushalt verlagert worden. Im Gegenzug hat die Bundesagentur für Arbeit einen Aussteuerungsbetrag an den Bundeshaushalt zu entrichten. Die Höhe des Betrags richtet sich nach der Anzahl der Personen, die im Laufe eines Jahres vom Bezug des Arbeitslosengeldes nach dem SGB III (Haushalt der BA) in den Bezug des Arbeitslosengeldes II nach dem SGB II (Bundeshaushalt) überwechseln, und den jahresdurchschnittlichen Aufwendungen pro Bedarfsgemeinschaft. Im Haushalt 2005 sind dazu 6,7 Mrd. € veranschlagt. Der Aussteuerungsbetrag schafft einen Anreiz für die BA, Arbeitslosigkeit noch während des Bezugs von Arbeitslosengeld nach dem SGB III zu beenden.

## 2 Erläuterung wesentlicher Ausgabenpositionen

### Soziale Sicherung

Die Tabelle 3 (s. S. 43) zeigt die wesentlichen Ausgaben des Bundes für die soziale Sicherung. Unter sozialer Sicherung werden alle sozialpolitischen Leistungen verstanden, die bestimmte wirtschaftliche und soziale Existenzrisiken absichern. Hierunter fallen Risiken wie Alter, Krankheit, Unfall, Invalidität oder Arbeitslosigkeit. Die Ausgaben des Bundes für soziale Sicherung wur-

den im Soll 2005 auf 128,1 Mrd. € veranschlagt. Dies entspricht einem Anteil von 50,4 % an den Gesamtausgaben.

### Allgemeine Dienste

Die Tabelle 4 (s. S. 44) zeigt die wesentlichen Ausgaben des Bundes für so genannte „Allgemeine Dienste“. Hierbei handelt es sich um zentrale staatliche Aufgaben wie Verteidigung, wirtschaft-

liche Zusammenarbeit und Ausgaben zur Sicherung der öffentlichen Ordnung. Die Ausgaben für Allgemeine Dienste wurden im Soll 2005 auf 47,9 Mrd. € veranschlagt. Dies entspricht einem Anteil von 18,8 % an den Gesamtausgaben.

### Verkehrs- und Nachrichtenwesen

Die Tabelle 5 (s. S. 44) zeigt die wesentlichen Ausgaben des Bundes für das Verkehrs- und

**Tabelle 3: Ausgaben des Bundes für soziale Sicherung**

Aufgabenbereich	Soll 2005	Januar bis September 2005 in Mrd. € <sup>1</sup>	Januar bis September 2004	Veränderung ggü. dem Vorjahr	
				in Mrd. € <sup>1</sup>	in %
<b>Leistungen an die Rentenversicherung (RV)</b>	<b>77,9</b>	<b>64,0</b>	<b>63,4</b>	<b>+ 0,7</b>	<b>+ 1,1</b>
– Bundeszuschuss an die RV der Arbeiter u. Angestellten	37,5	31,8	30,9	+ 0,9	+ 3,0
– zusätzlicher Zuschuss	17,3	14,4	14,4	+ 0,05	+ 0,3
– Beiträge für Kindererziehungszeiten	11,7	8,8	8,9	– 0,1	– 1,1
– Erstattung von einigungsbedingten Leistungen	0,6	0,5	0,5	– 0,04	– 8,3
– Bundeszuschuss an die knappschaftliche Rentenversicherung	7,0	5,6	5,8	– 0,2	– 3,6
– Überführung der Zusatzversorgungssysteme in die Rentenversicherung	2,7	2,0	2,0	+ 0,004	+ 0,2
nachrichtlich:					
– Überführung der Sondereversorgungssysteme in die Rentenversicherung	1,5	1,3	1,3	– 0,01	– 1,0
<b>Pauschale Abgeltung der Aufwendungen der Krankenkassen für versicherungsfremde Leistungen</b>	<b>2,5</b>	<b>1,3</b>	<b>0,5</b>	<b>+ 0,8</b>	<b>+ 150,0</b>
<b>Landwirtschaftliche Sozialpolitik</b>	<b>3,7</b>	<b>2,9</b>	<b>2,9</b>	<b>– 0,01</b>	<b>– 0,2</b>
darunter:					
– Alterssicherung	2,3	1,8	1,8	+ 0,01	+ 0,3
– Krankenversicherung	1,1	0,9	0,9	+ 0,04	+ 4,3
– Unfallversicherung	0,2	0,2	0,2	– 0,01	– 7,7
<b>Arbeitsmarktpolitik</b>	<b>33,6</b>	<b>33,3</b>	<b>22,4</b>	<b>+ 11,0</b>	<b>+ 49,0</b>
darunter:					
– Bundesagentur für Arbeit (BA)	4,0	5,3 <sup>2</sup>	7,4 <sup>2</sup>	– 2,1	– 28,0
– Arbeitslosenhilfe	1,5	1,6	14,0	– 12,5	– 88,9
– Anpassungsmaßnahmen, produktive Arbeits- förderung	0,2	0,6	0,7	– 0,1	– 7,5
– Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsu- chende	27,7	25,8	0,03	+ 25,7	.
<b>Erziehungsgeld</b>	<b>2,7</b>	<b>2,2</b>	<b>2,3</b>	<b>– 0,2</b>	<b>– 6,9</b>
<b>Kinderzuschlag nach § 6 a BKGG</b>	<b>0,2</b>	<b>0,1</b>	<b>–</b>	<b>+ 0,1</b>	<b>–</b>
<b>Wohngeld</b>	<b>0,9</b>	<b>1,0</b>	<b>2,3</b>	<b>– 1,4</b>	<b>– 59,1</b>
<b>Wohnungsbau-Prämiengesetz</b>	<b>0,5</b>	<b>0,4</b>	<b>0,4</b>	<b>– 0,1</b>	<b>– 11,5</b>
<b>Kriegsopferversorgung und -fürsorge</b>	<b>3,0</b>	<b>2,5</b>	<b>2,8</b>	<b>– 0,3</b>	<b>– 10,6</b>

<sup>1</sup> Differenzen durch Rundung der Zahlen möglich.

<sup>2</sup> Unterjährig gewährte und im Haushaltsverfahren des Bundes gebuchte Betriebsmitteldarlehen an die BA; Rückschluss auf Zuschussbedarf der BA nicht möglich.

Nachrichtenwesen. Wesentliche Aufgabenbereiche sind der Bau und Betrieb der Bundesstraßen, Bundesautobahnen und Bundeswasserstraßen sowie der Aus- und Umbau der

Schienenwege. Die Ausgaben für das Verkehrs- und Nachrichtenwesen wurden im Soll 2005 auf 10,5 Mrd. € veranschlagt. Dies entspricht einem Anteil von 4,1% an den Gesamtausgaben.

**Tabelle 4: Allgemeine Dienste**

Aufgabenbereich	Soll 2005	Januar bis September 2005 in Mrd. € <sup>1</sup>	Januar bis September 2004	Veränderung ggü. dem Vorjahr	
				in Mrd. € <sup>1</sup>	in %
<b>Versorgung</b>	<b>6,7</b>	<b>5,1</b>	<b>5,0</b>	<b>+ 0,1</b>	<b>+ 1,7</b>
– Ziviler Bereich	2,5	1,8	1,8	– 0,01	– 0,6
– Verteidigung, einschließlich militärischer Bereich	4,2	3,2	3,1	+ 0,1	+ 3,0
<b>Verteidigung (Oberfunktion 03 ohne Versorgung)</b>	<b>23,7</b>	<b>16,4</b>	<b>16,7</b>	<b>– 0,3</b>	<b>– 1,8</b>
– Militärische Beschaffungen, Forschung und Entwicklung, Materialerhaltung	8,1	4,8	5,2	– 0,3	– 6,6
<b>Wirtschaftliche Zusammenarbeit</b>	<b>3,8</b>	<b>3,1</b>	<b>2,8</b>	<b>+ 0,3</b>	<b>+ 10,7</b>
– Bilaterale finanzielle und technische Zusammenarbeit	1,6	1,1	1,1	+ 0,04	+ 3,3
– Beteiligung an der Internationalen Entwicklungsorganisation	0,4	0,4	0,3	+ 0,03	+ 9,4
– Europäischer Entwicklungsfonds	0,5	0,6	0,5	+ 0,1	+ 24,1
<b>Politische Führung und zentrale Verwaltung</b>	<b>4,3</b>	<b>2,9</b>	<b>2,9</b>	<b>+ 0,01</b>	<b>+ 0,5</b>
– Zivildienst	0,7	0,4	0,5	– 0,1	– 12,1
<b>Finanzverwaltung</b>	<b>2,4</b>	<b>1,5</b>	<b>1,7</b>	<b>– 0,2</b>	<b>– 11,4</b>
<b>Öffentliche Sicherheit und Ordnung</b>	<b>2,7</b>	<b>2,0</b>	<b>1,8</b>	<b>+ 0,1</b>	<b>+ 6,2</b>

<sup>1</sup> Differenzen durch Rundung der Zahlen möglich.

**Tabelle 5: Verkehrs- und Nachrichtenwesen**

Aufgabenbereich	Soll 2005	Januar bis September 2005 in Mrd. € <sup>1</sup>	Januar bis September 2004	Veränderung ggü. dem Vorjahr	
				in Mrd. € <sup>1</sup>	in %
<b>Straßen (ohne Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz)</b>	<b>5,6</b>	<b>3,5</b>	<b>3,6</b>	<b>– 0,02</b>	<b>– 0,7</b>
– Bundesautobahnen	3,7	2,6	2,4	+ 0,1	+ 5,9
– Bundesstraßen	1,8	0,9	1,1	– 0,2	– 15,4
<b>Wasserstraßen und Häfen</b>	<b>1,3</b>	<b>0,8</b>	<b>0,8</b>	<b>– 0,01</b>	<b>– 0,8</b>
<b>Finanzhilfen nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz</b>	<b>1,7</b>	<b>0,8</b>	<b>0,9</b>	<b>– 0,1</b>	<b>– 10,0</b>
nachrichtlich: Beteiligungen des Bundes an Wirtschaftsunternehmen im Verkehrsbereich aus Hauptfunktion 8	–	–	–	–	–
– Eisenbahnen des Bundes – Deutsche Bahn AG	3,7	1,4	1,6	– 0,2	– 10,5
– Bundeseisenbahnvermögen	5,2	3,8	3,9	– 0,1	– 2,2

<sup>1</sup> Differenzen durch Rundung der Zahlen möglich.

## Wirtschaftsförderung

Die Tabelle 6 zeigt die wesentlichen Aufwendungen des Bundes für Wirtschaftsförderung in den Bereichen Landwirtschaft, Energie- und Wasserwirtschaft sowie für Gewerbe und Dienstleistungen. Die Ausgaben für Wirtschaftsförderung wurden im Soll 2005 auf 6,3 Mrd. € veranschlagt.

Dies entspricht einem Anteil von 2,5 % an den Gesamtausgaben.

## Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung und Kultur

Die Tabelle 7 zeigt die wesentlichen Aufwendungen des Bundes für den Bereich Bildungswesen,

**Tabelle 6: Wirtschaftsförderung**

Aufgabenbereich	Soll 2005	Januar bis September 2005 in Mrd. € <sup>1</sup>	Januar bis September 2004	Veränderung ggü. dem Vorjahr	
				in Mrd. € <sup>1</sup>	in %
<b>Regionale Förderungsmaßnahmen</b>	<b>0,9<sup>2</sup></b>	<b>0,6</b>	<b>0,8</b>	<b>- 0,1</b>	<b>- 16,0</b>
– Gemeinschaftsaufgabe „Regionale Wirtschaftsstruktur“ (Ist einschließlich EFRE-Mittel)	0,7	0,5	0,6	- 0,1	- 11,8
<b>Förderung des Kohlenbergbaus</b>	<b>1,8</b>	<b>1,7</b>	<b>2,2</b>	<b>- 0,5</b>	<b>- 20,9</b>
<b>Mittelstandsförderung</b>	<b>0,9</b>	<b>0,6</b>	<b>0,5</b>	<b>+ 0,1</b>	<b>+ 14,6</b>
<b>Förderung erneuerbarer Energien</b>	<b>0,4</b>	<b>0,2</b>	<b>0,2</b>	<b>+ 0,002</b>	<b>+ 1,1</b>
<b>Gewährleistungen</b>	<b>1,5</b>	<b>0,7</b>	<b>0,7</b>	<b>+ 0,03</b>	<b>+ 4,1</b>
<b>Landwirtschaft</b>	<b>1,1</b>	<b>0,4</b>	<b>0,4</b>	<b>+ 0,02</b>	<b>+ 5,1</b>
– Gemeinschaftsaufgabe „Agrarstruktur und Küstenschutz“	0,7	0,2	0,2	- 0,01	- 2,8

<sup>1</sup> Differenzen durch Rundung der Zahlen möglich.  
<sup>2</sup> Soll ohne EFRE-Mittel.

**Tabelle 7: Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung und Kultur**

Aufgabenbereich	Soll 2005	Januar bis September 2005 in Mrd. € <sup>1</sup>	Januar bis September 2004	Veränderung ggü. dem Vorjahr	
				in Mrd. € <sup>1</sup>	in %
<b>Investitionsprogramm Ganztagschulen</b>	<b>0,7</b>	<b>0,4</b>	<b>0,1</b>	<b>+ 0,3</b>	<b>+ 229,5</b>
<b>Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen</b>	<b>6,8</b>	<b>4,5</b>	<b>4,5</b>	<b>+ 0,03</b>	<b>+ 0,8</b>
– gemeinsame Forschungsförderung von Bund und Ländern	2,6	1,6	1,5	+ 0,1	+ 3,5
– Max-Planck-Gesellschaft, Fraunhofer-Gesellschaft	0,9	0,5	0,4	+ 0,1	+ 29,7
– Forschungszentren der Helmholtz-Gemeinschaft	1,4	0,9	0,9	- 0,05	- 5,0
– Weltraumforschung	0,7	0,6	0,5	+ 0,02	+ 3,0
<b>Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG)</b>	<b>1,0</b>	<b>0,8</b>	<b>0,8</b>	<b>+ 0,1</b>	<b>+ 6,9</b>
<b>Hochschulen</b>	<b>1,9</b>	<b>1,2</b>	<b>1,2</b>	<b>- 0,01</b>	<b>- 0,8</b>
– Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau	0,9	0,6	0,6	- 0,02	- 3,8
– Deutsche Forschungsgemeinschaft e. V. Bonn	0,8	0,5	0,5	+ 0,02	+ 3,4
<b>Berufliche Weiterbildung</b>	<b>0,2</b>	<b>0,1</b>	<b>0,1</b>	<b>+ 0,03</b>	<b>+ 33,1</b>
<b>Kunst- und Kulturpflege</b>	<b>1,5</b>	<b>1,2</b>	<b>1,2</b>	<b>- 0,03</b>	<b>- 2,2</b>

<sup>1</sup> Differenzen durch Rundung der Zahlen möglich.

**Tabelle 8: Übrige Ausgaben**

Aufgabenbereich	Soll 2005	Januar bis September 2005 in Mrd. € <sup>1</sup>	Januar bis September 2004	Veränderung ggü. dem Vorjahr	
				in Mrd. € <sup>1</sup>	in %
<b>Zinsen</b>	<b>38,9</b>	<b>33,5</b>	<b>32,5</b>	<b>+ 1,0</b>	<b>+ 3,0</b>
<b>Wohnungswesen</b>	<b>1,2</b>	<b>1,0</b>	<b>1,0</b>	<b>+ 0,01</b>	<b>+ 1,1</b>
– Soziale Wohnraumförderung	0,3	0,2	0,3	– 0,1	– 22,1
– Wohnraummodernisierungsprogramme	0,7	0,6	0,6	+ 0,005	+ 0,9
<b>Städtebauförderung</b>	<b>0,5</b>	<b>0,2</b>	<b>0,2</b>	<b>– 0,01</b>	<b>– 5,9</b>
<b>Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung</b>	<b>0,9</b>	<b>0,6</b>	<b>0,6</b>	<b>– 0,02</b>	<b>– 2,8</b>
<b>Nachfolgeeinrichtungen der Treuhandaanstalt</b>	<b>0,4</b>	<b>0,2</b>	<b>0,2</b>	<b>– 0,01</b>	<b>– 5,5</b>

<sup>1</sup> Differenzen durch Rundung der Zahlen möglich.

Wissenschaft, Forschung und Kultur. Im Soll 2005 wurden hierfür 11,7 Mrd. € veranschlagt. Dies entspricht einem Anteil von 4,6 % an den Gesamtausgaben.

### Übrige Ausgaben

Die Tabelle 8 gibt einen Überblick über die übrigen Ausgaben des Bundes. Im Wesentlichen handelt es sich um Aufwendungen des Bundes in den Aufgabenbereichen Gesundheit und Sport, Wohnungswesen, Wirtschaftsunternehmen und allgemeine Finanzwirtschaft einschließlich der Zinszahlungen.

## 3 Die Entwicklung der Einnahmen

Die Tabelle 9 (s. S. 47) gibt einen Überblick über die Entwicklung der Einnahmen des Bundes. Die Steuereinnahmen haben mit 190,8 Mrd. € oder 75,0 % auf der Einnahmenseite den weitaus größten Anteil am Gesamtsoll des Bundeshaushalts mit 254,3 Mrd. €. Die Verwaltungseinnahmen bilden mit 41,2 Mrd. € oder 16,2 % die zweitwichtigste Einnahmequelle. Die Nettokreditaufnahme und die Münzeinnahmen vervollständigen mit 22,3 Mrd. € oder 8,8 % das zur Finanzierung der Ausgaben veranschlagte Einnahmenvolumen.

**Tabelle 9: Entwicklung der Einnahmen**

Aufgabenbereich	Soll 2005	Januar bis September 2005 in Mrd. € <sup>1</sup>	Januar bis September 2004	Veränderung ggü. dem Vorjahr	
				in Mrd. € <sup>1</sup>	in %
<b>Einnahmen</b>	<b>232,0</b>	<b>160,0</b>	<b>142,9</b>	<b>+ 17,0</b>	<b>+ 11,9</b>
darunter:					
<b>Steuern</b>	<b>190,8</b>	<b>129,1</b>	<b>126,9</b>	<b>+ 2,2</b>	<b>+ 1,8</b>
<b>Bundesanteile an Gemeinschaftsteuern und Gewerbesteuerumlage</b>	<b>146,9</b>	<b>104,2</b>	<b>100,8</b>	<b>+ 3,4</b>	<b>+ 3,4</b>
– Lohnsteuer	51,8	34,8	36,2	– 1,5	– 4,1
– Veranlagte Einkommensteuer	2,4	1,6	0,2	+ 1,4	.
– Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	4,9	4,4	4,6	– 0,2	– 4,2
– Zinsabschlag	3,2	2,4	2,4	+ 0,02	+ 1,0
– Körperschaftsteuer	8,6	5,5	4,7	+ 0,8	+ 16,3
– Steuern vom Umsatz	74,6	54,8	52,0	+ 2,8	+ 5,4
– Gewerbesteuerumlage	1,3	0,8	0,8	+ 0,1	+ 8,5
<b>Bundessteuern</b>	<b>85,7</b>	<b>56,0</b>	<b>56,4</b>	<b>– 0,4</b>	<b>– 0,8</b>
– Mineralölsteuer	41,5	24,1	25,2	– 1,1	– 4,3
– Tabaksteuer	14,8	10,1	9,3	+ 0,7	+ 7,7
– Solidaritätszuschlag	10,3	7,4	7,4	+ 0,1	+ 0,8
– Versicherungsteuer	8,9	7,2	7,2	– 0,02	– 0,2
– Stromsteuer	6,6	4,8	4,9	– 0,1	– 1,7
– Branntweinsteuer	2,2	1,4	1,4	+ 0,001	+ 0,1
– Kaffeesteuer	1,0	0,7	0,7	– 0,03	– 4,5
– Schaumweinsteuer	0,4	0,3	0,3	– 0,01	– 3,8
– Sonstige Bundessteuern	0,0	0,0	0,0	– 0,004	– 88,0
<b>Abzugsbeträge</b>	<b>– 41,8</b>	<b>– 31,1</b>	<b>– 30,3</b>	<b>– 0,7</b>	<b>+ 2,4</b>
– Ergänzungszuweisungen an Länder	– 14,5	– 10,9	– 11,4	+ 0,5	– 4,0
– Zuweisungen an Länder gemäß Gesetz zur Regionalisierung des ÖPNV aus dem Mineral- ölssteueraufkommen	– 7,1	– 5,3	– 5,1	– 0,2	+ 3,6
– Mehrwertsteuer-Eigenmittel der EU	– 3,5	– 2,5	– 2,6	+ 0,1	– 3,3
– Zuweisungen an die EU nach BNE-Schlüssel	– 16,8	– 12,3	– 11,2	– 1,1	+ 9,9
<b>Sonstige Einnahmen</b>	<b>41,2</b>	<b>30,8</b>	<b>16,0</b>	<b>+ 14,8</b>	<b>+ 92,2</b>
darunter:					
– Abführung Bundesbank	2,0	0,7	0,2	+ 0,4	+ 172,3
– Darlehensrückflüsse (Beteiligungen)	21,5	17,4	8,0	+ 9,4	+ 117,1
– Aussteuerungsbetrag der Bundesagentur für Arbeit	6,7	3,8	–	+ 3,8	.

<sup>1</sup> Differenzen durch Rundung der Zahlen möglich.





# Ergebnisse der Steuerschätzung vom 2. bis 3. November 2005

1	Vorbemerkungen.....	49
2	Schätzergebnisse des Arbeitskreises „Steuerschätzungen“ .....	49
2.1	Ergebnis insgesamt .....	49
2.2	Abweichungen von der Mai-Schätzung .....	50
2.3	Entwicklung wichtiger Einzelsteuern .....	50
3	Fazit.....	51

## 1 Vorbemerkungen

Die 126. Sitzung des Arbeitskreises „Steuerschätzungen“ fand vom 2. bis 3. November 2005 in Rostock-Warnemünde statt. Gegenstand der Schätzung waren die Steuereinnahmen der Jahre 2005 und 2006. Geschätzt wurde wie üblich auf der Grundlage des geltenden Steuerrechts. Gegenüber der letzten Steuerschätzung vom Mai 2005 war lediglich eine Steuerrechtsänderung neu zu berücksichtigen: das Siebte Gesetz zur Änderung des Versicherungsaufsichtsgesetzes.

## 2 Schätzergebnisse des Arbeitskreises „Steuerschätzungen“

### 2.1 Ergebnis insgesamt

Der Arbeitskreis „Steuerschätzungen“ bestätigte im Wesentlichen seine Schätzung vom Mai 2005. Erstmals seit dem Jahr 2000 erfolgte sogar wieder eine leichte Aufwärtskorrektur der Schätzung: Gegenüber der Mai-Steuerschätzung rechnet der Arbeitskreis für 2005 mit um 2,9 Mrd. € höheren Steuereinnahmen, für 2006 wird ein Zuwachs von 0,9 Mrd. € erwartet. Dies ist insofern beachtlich, als die gesamtwirtschaftlichen Grundannahmen erneut leicht nach unten korrigiert werden mussten. So wurde für 2005 ein Zuwachs des nominalen Bruttoinlandsproduktes von + 1,3 % (Mai: + 1,6 %) und für 2006 von + 1,8 %

(Mai: + 2,4 %) angenommen. Auch die für die Steuerschätzung relevanten gesamtwirtschaftlichen Aggregate Bruttolohn- und -gehaltssumme, Unternehmens- und Vermögenseinkommen und modifizierte letzte inländische Verwendung wurden etwas abgesenkt.

Für das Jahr 2005 werden Steuereinnahmen von insgesamt 447,9 Mrd. € erwartet. Das sind 5,1 Mrd. € bzw. 1,1 % mehr als im Vorjahr. Im Jahre 2006 werden die Steuereinnahmen voraussichtlich ein Niveau von 457,4 Mrd. € erreichen (+ 9,5 Mrd. € bzw. + 2,1 %).

Da sich Steuereinnahmen und nominales Bruttoinlandsprodukt in den Jahren 2005 und 2006 nahezu parallel entwickeln, wird die Steuerquote auf dem Niveau von 20 % verharren. Sie wird 2005 marginal auf 19,97 % zurückgehen (2004: 19,99 %) und 2006 geringfügig auf 20,02 % ansteigen.

Im Vorjahresvergleich werden vor allem die Steuereinnahmen der Kommunen zunehmen: Für 2005 wird hier ein Zuwachs von 4,0 % und für 2006 von 3,4 % geschätzt. Im Ergebnis verfügen die Gemeinden damit – im Gegensatz zu Bund und Ländern – ab dem Jahr 2005 wieder über höhere Steuereinnahmen als im Jahr 2000. Gegenüber dem jeweiligen Vorjahr verzeichnet aber auch der Bund steigende Einnahmen (2005: + 0,8 %, 2006: + 1,2 %). Bei den Ländern ist 2005 zunächst noch ein kleiner Rückgang um 0,5 % zu verzeichnen. Dafür fällt der Zuwachs 2006 mit 2,0 % stärker aus als beim Bund.

## 2.2 Abweichungen von der Mai-Schätzung

Bund, Länder und Gemeinden können im Jahr 2005 mit höheren Steuereinnahmen rechnen als im Mai geschätzt. Der Zuwachs von 1,3 Mrd. € beim Bund resultiert dabei jedoch ausschließlich aus einer Verringerung der Abführungen von BNE- und Mehrwertsteuer-Eigenmitteln an die Europäische Union (– 1,5 Mrd. €). Negativ schlägt für den Bund die schwache Entwicklung bei der Mineralölsteuer zu Buche, die gegenüber Mai um 1,1 Mrd. € niedriger ausfällt. Ursache ist der massive Preisanstieg und der daraus resultierende Verbrauchsrückgang bei Mineralölprodukten im Sommer 2005, der im Mai nicht vorhersehbar war.

Die von diesem Sonderproblem nicht belasteten Länder erhalten dank nach oben korrigierter Schätzungen für die Gemeinschaftssteuern in diesem Jahr voraussichtlich um 1,2 Mrd. € höhere Steuereinnahmen. Die Kommunen profitieren von den unvermindert kräftig sprudelnden Gewerbesteuereinnahmen und erzielen Steuereinnahmen, die um 1,8 Mrd. € höher ausfallen dürften als noch im Mai 2005 angenommen.

Auch im Jahr 2006 können die Kommunen mit deutlich höheren Steuereinnahmen rechnen als im Mai 2005 geschätzt (+ 1,4 Mrd. €). Die Länder verzeichnen ebenfalls einen Zuwachs, der jedoch mit 0,5 Mrd. € nur noch knapp halb so groß ausfällt wie 2005. Da der entlastende Effekt geringerer EU-Abführungen im Jahr 2006 mit 0,4 Mrd. € deutlich geringer ist als in diesem Jahr, muss der Bund voraussichtlich mit 0,8 Mrd. € weniger auskommen als im Mai prognostiziert.

## 2.3 Entwicklung wichtiger Einzelsteuern

Hauptursache für die Aufwärtskorrektur der Steuerschätzung ist die positive Gewinnentwick-

lung in diesem und im vergangenen Jahr. Infolge gestiegener Vorauszahlungen und hoher Nachzahlungen für vergangene Jahre entwickelten sich die veranlagte Einkommensteuer und die Gewerbesteuer dynamischer als erwartet. Während die Gewerbesteuer nun gegenüber der Mai-Schätzung für 2005 um 1,8 Mrd. € und für 2006 um 1,5 Mrd. € höher angesetzt wird, ergeben sich bei der veranlagten Einkommensteuer Zuwächse von 2,3 Mrd. € für 2005 und 1,3 Mrd. € für 2006. Hier macht sich auch bemerkbar, dass die Erstattungen an veranlagte Arbeitnehmer deutlich niedriger ausfallen als erwartet.

Auch die Entwicklung des Körperschaftsteueraufkommens ist stark aufwärts gerichtet, doch wird der Zuwachs nicht so hoch ausfallen wie im Mai erwartet. Die Schätzung wurde für 2005 um 1,2 Mrd. € und für 2006 um 1,5 Mrd. € nach unten revidiert.

Bei den nicht veranlagten Steuern vom Ertrag wird das im Mai gesteckte Ziel wohl ebenfalls nicht erreicht werden. Die November-Schätzung beinhaltet eine Korrektur nach unten um 0,5 Mrd. € für 2005 und 0,6 Mrd. € für 2006. Offenbar haben sich die Kapitalgesellschaften bei der Ausschüttung von Dividenden in diesem Jahr stärker zurückgehalten als erwartet.

Positiver als gedacht entwickeln sich Lohnsteuer und Steuern vom Umsatz. Die Lohnsteuereinnahmen werden in diesem Jahr um 0,8 Mrd. € und im kommenden Jahr um 0,6 Mrd. € höher eingeschätzt. Ursache könnte sein, dass die aufkommensmindernde Wirkung der Tarifsenkung zu Jahresbeginn überschätzt wurde. Die Schätzung für die Steuern vom Umsatz liegt für beide Jahre um 0,6 Mrd. € über dem Mai-Ansatz. Angesichts nach wie vor schwacher Verbrauchskonjunktur überrascht dieses Ergebnis, das sich für 2005 aber schon auf die Ist-Zahlen für die Monate bis einschließlich Oktober stützen kann. Ob sich hier die positiven Auswirkungen der Maßnahmen zur Umsatzsteuerbetrugsbekämpfung zeigen, bleibt abzuwarten.

Bei den Bundes-, Länder- und Gemeindesteuern wurden die Schätzansätze vom Mai weitgehend gehalten. Eine Ausnahme bildet lediglich die bereits angesprochene Mineralölsteuer, deren Aufkommen für dieses Jahr um 1,1 Mrd. € und im kommenden Jahr um 1,2 Mrd. € niedriger eingeschätzt wird.

### 3 Fazit

Wie schon im vergangenen Jahr wird das Ergebnis der Mai-Schätzung durch die November-Schätzung

nur geringfügig modifiziert. Brachte die Steuerschätzung vom November 2004 eine negative Schätzabweichung von 0,3% bzw. 0,4% für die Jahre 2004 und 2005, so ergibt sich aus der November-Schätzung 2005 eine positive Schätzabweichung von 0,7% bzw. 0,3% für die Jahre 2005 und 2006.

„Gewinner“ der Steuerschätzung vom November 2005 sind die Gemeinden, deren Steuereinnahmen überproportional zunehmen, „Verlierer“ ist der Bund, der im kommenden Jahr voraussichtlich knapp 1 Mrd. € weniger einnehmen wird als im Mai erwartet.

**Tabelle 1: Schätzergebnisse des Arbeitskreises „Steuerschätzungen“  
2. bis 3. November 2005**

	Ist 2004	2005	Schätzung 2006
<b>1. Bund (in Mrd. €)</b>	<b>187,0</b>	<b>188,5</b>	<b>190,7</b>
Veränderung gegenüber Vorjahr (in %)	– 2,6	0,8	1,2
<b>2. Länder (in Mrd. €)</b>	<b>179,9</b>	<b>178,9</b>	<b>182,6</b>
Veränderung gegenüber Vorjahr (in %)	1,3	– 0,5	2,0
<b>3. Gemeinden (in Mrd. €)</b>	<b>56,4</b>	<b>58,6</b>	<b>60,7</b>
Veränderung gegenüber Vorjahr (in %)	8,8	4,0	3,4
<b>4. EU (in Mrd. €)</b>	<b>19,6</b>	<b>21,9</b>	<b>23,5</b>
Veränderung gegenüber Vorjahr (in %)	– 6,1	11,4	7,3
<b>5. Steuereinnahmen insgesamt (Mrd. €)</b>	<b>442,8</b>	<b>447,9</b>	<b>457,4</b>
Veränderung gegenüber Vorjahr (in %)	0,1	1,1	2,1

Abweichungen in den Summen durch Rundung der Zahlen.

Bund und Länder nach Ergänzungszuweisungen, Umsatzsteuerverteilung und Finanzausgleich; Länder ohne Gemeindesteuereinnahmen, Gemeinden mit Gemeindesteuereinnahmen der Stadtstaaten; Angaben in Mrd. € gerundet; Veränderungsdaten aus Angaben in Mio. € errechnet.

**Tabelle 2: Abweichungen des Ergebnisses des Arbeitskreises November 2005 vom Ergebnis des Arbeitskreises Mai 2005 (Beträge in Mrd. €)**

2005	Ergebnis Mai 2005	Abweichung insgesamt	Abweichungen			Ergebnis Nov. 2005
			Steuerrechts- änderungen <sup>1</sup>	davon: Änderung EU-Abführung	Schätzab- weichung <sup>2</sup>	
Bund <sup>3</sup>	187,2	1,3	–	1,5	– 0,2	188,5
Länder <sup>3</sup>	177,7	1,2	–	–	1,2	178,9
Gemeinden <sup>3</sup>	56,9	1,8	–	–	1,8	58,6
EU	23,2	– 1,3	–	– 1,5	0,1	21,9
Steuereinnahmen insg.	445,0	2,9	–	0,0	2,9	447,9

2006	Ergebnis Mai 2005	Abweichung insgesamt	Abweichungen			Ergebnis Nov. 2005
			Steuerrechts- änderungen <sup>1</sup>	davon: Änderung EU-Abführung	Schätzab- weichung <sup>2</sup>	
Bund <sup>3</sup>	191,5	– 0,8	– 0,1	0,4	– 1,1	190,7
Länder <sup>3</sup>	182,1	0,5	– 0,1	–	0,6	182,6
Gemeinden <sup>3</sup>	59,3	1,4	– 0,1	–	1,5	60,7
EU	23,7	– 0,2	0,0	– 0,4	0,2	23,5
Steuereinnahmen insg.	456,6	0,9	– 0,3	0,0	1,2	457,4

Abweichungen in den Summen durch Rundung der Zahlen.

<sup>1</sup> 2006: Siebtes Gesetz zur Änderung des Versicherungsaufsichtsgesetzes.

<sup>2</sup> Aus gesamtwirtschaftlichen Gründen und infolge unvorhergesehener Verhaltensänderungen der Wirtschaftssubjekte.

<sup>3</sup> Nach Ergänzungszuweisungen, Umsatzsteuerverteilung und Finanzausgleich.

# Die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder im 1. bis 3. Quartal 2005

1	Entwicklung der Steuereinnahmen (ohne reine Gemeindesteuern) im 1. bis 3. Quartal 2005 .....	53
2	Entwicklung der Steuereinnahmen in den einzelnen Monaten des 3. Quartals 2005 .....	55
3	Verteilung der Steuereinnahmen auf die Ebenen .....	55

## 1 Entwicklung der Steuereinnahmen (ohne reine Gemeindesteuern)<sup>1</sup> im 1. bis 3. Quartal 2005

Die bei Bund und Ländern eingegangenen Steuereinnahmen betrugen im 1. bis 3. Quartal 2005 nach endgültigen Ergebnissen 294 429 Mio. €, das sind + 2 870 Mio. € bzw. + 1,0 % mehr als im 1. bis 3. Quartal 2004.

Die Steuereinnahmen im 1. bis 3. Quartal 2005 und die Veränderungen gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum stellen sich im Einzelnen wie in der Tabelle 1 aufgeführt dar.

Die **gemeinschaftlichen Steuern** nahmen im 1. bis 3. Quartal 2005 im Vorjahresvergleich um + 1,3 % zu. Nachdem sich das Aufkommen aus diesen Steuern im 2. Quartal mit – 2,2 % schwach entwickelt hatte, konnte es im 3. Quartal mit + 2,9 % dank starker Steigerungen bei den gewinnabhängigen Steuern wieder an das positive Ergebnis des 1. Quartals (+ 3,6 %) anknüpfen.

Bei der **Lohnsteuer** machte sich im 3. Quartal 2005 die Kürzung des Urlaubsgeldes in verschiedenen Wirtschaftsbereichen bemerkbar. Der Rückgang des Aufkommens war daher mit – 4,1 % wieder deutlich höher als im 2. Quartal 2005 (– 1,8 %). Insgesamt ist die Lohnsteuer im 1. bis 3. Quartal 2005 um – 3,8 % zurückgegangen.

**Tabelle 1: Entwicklung der Steuereinnahmen im 1. bis 3. Quartal 2005**

Steuereinnahmen nach Ertragshoheit	1. bis 3. Quartal in Mio. €		Veränderung gegenüber Vorjahr	
	2005	2004	in Mio. €	in %
Gemeinschaftliche Steuern	220 464	217 598	2 866	1,3
Reine Bundessteuern	55 997	56 437	– 440	– 0,8
Reine Ländersteuern	15 545	15 278	267	1,8
Zölle	2 422	2 247	175	7,8
Steuereinnahmen insgesamt (ohne reine Gemeindesteuern)	294 429	291 559	2 870	1,0

<sup>1</sup> Über die Einnahmen aus Gemeindesteuern berichtet das Statistische Bundesamt vierteljährlich. Diese Einnahmeergebnisse werden in der Fachserie 14 „Finanzen und Steuern“, Reihe 4 „Steuerhaushalt“ im Rahmen eines Gesamtüberblicks über die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden veröffentlicht.

Die Aufkommenssituation bei der **veranlagten Einkommensteuer** war nach der ersten Jahreshälfte 2005 um 2 352 Mio. € günstiger als im vergleichbaren Vorjahreszeitraum. Im 3. Quartal hat sie sich weiter verbessert: Das Aufkommen lag um + 31,8 % über dem Ergebnis des entsprechenden Vorjahresquartals. Insgesamt übersteigt das Einkommensteueraufkommen bis einschließlich September 2005 das Vorjahresaufkommen um 3 354 Mio. €. Eine wesentliche Ursache für diesen starken Zuwachs ist der Rückgang der aus dem Einkommensteueraufkommen geleisteten Erstattungen an veranlagte Arbeitnehmer. Diese fielen im Berichtszeitraum um 2 334 Mio. € niedriger aus als im Vorjahr. Einerseits ist dies auf eingeschränkte Abzugsmöglichkeiten zurückzuführen, andererseits wurden in diesem Jahr aufgrund EDV-technischer Probleme zumindest in einigen Bundesländern bisher deutlich weniger Veranlagungsfälle abgeschlossen als im Vorjahr. Ob bis zum Jahresende dieser Rückstau noch abgearbeitet werden kann, bleibt abzuwarten. Im Übrigen hat sich die positive Entwicklung der Unternehmensgewinne über höhere Vorauszahlungen aufkommenssteigernd ausgewirkt.

Dies gilt gleichfalls für die **Körperschaftsteuer**. Deren Einnahmen lagen im 3. Quartal 2005 um + 38,7 % über dem Ergebnis des 3. Quartals 2004. Aufgrund des schwachen 2. Quartals 2005 ergibt sich jedoch insgesamt für das 1. bis 3. Quartal 2005 nur ein Anstieg um 16,3%.

Die Entwicklung beim **Zinsabschlag** ist seit dem 2. Quartal 2005 ebenfalls aufwärts gerichtet. Nach einem Zuwachs von + 9,6 % im 2. Quartal 2005 stieg das Zinsabschlagsvolumen im 3. Quartal 2005 um + 5,9 %. Da das 1. Quartal 2005 mit – 3,6 % noch schwach war und im 1. Quartal jeden Jahres fast die Hälfte des Jahresaufkommens erzielt wird, ergibt sich für das 1. bis 3. Quartal 2005 insgesamt nur ein leichter Anstieg um + 1,0 %. Eine wesentliche Ursache für den Aufkommensanstieg im 2. und 3. Quartal

2005 dürfte die Senkung des Sparerfreibetrages von 1 550 € auf 1 370 € sein.

Die **nicht veranlagten Steuern vom Ertrag** sanken im 1. bis 3. Quartal um – 4,1 %. Im 3. Quartal 2005 war mit – 14,7 % wie im 1. Quartal 2005 (– 23,6 %) ein starker Rückgang zu verzeichnen. Dieser konnte auch durch den kräftigen Zuwachs von + 20,0 % im 2. Quartal, das wegen der Ausschüttungen vieler großer Aktiengesellschaften im Frühjahr sehr aufkommensstark ist, nicht voll ausgeglichen werden.

Die Einnahmen aus den **Steuern vom Umsatz** haben sich im 1. bis 3. Quartal 2005 im Vorjahresvergleich mit + 1,3 % verbessert. Im 3. Quartal 2005 stiegen die Einnahmen kräftig um 3,8 % an, wobei sowohl die Umsatzsteuer (+ 3,8 %) als auch die Einfuhrumsatzsteuer (+ 4,0 %) deutlich zulegten. Eine Ursache hierfür dürfte in den zuletzt stark angestiegenen Energiepreisen liegen. Offenbar haben die Verbraucher auf gestiegene Kraftstoff-, Heizöl- und Strompreise noch nicht mit Verbrauchseinschränkungen an anderer Stelle reagiert. Ein Indiz für eine durchgreifende Besserung bei der privaten Konsumnachfrage ist das gestiegene Aufkommen aus den Steuern vom Umsatz noch nicht.

Die Dynamik bei der Entwicklung der Energiepreise hat offensichtlich zu höheren Ausgaben für Energie geführt, gleichzeitig aber eine Reduktion der verbrauchten Mengen induziert. Dies schlägt sich im Aufkommen der mengenbezogenen Verbrauchsteuern nieder. So ging die Mineralölsteuer im 1. bis 3. Quartal 2005 um – 4,3 % zurück, das Aufkommen der Stromsteuer lag um – 1,7 % unter dem Vorjahreswert. Allerdings war das Ergebnis im 3. Quartal 2005 mit – 1,8 % bei der Mineralölsteuer und + 2,6 % bei der Stromsteuer noch vergleichsweise gut.

Besser als von vielen erwartet hat sich hingegen das Tabaksteueraufkommen entwickelt. Es liegt bis einschließlich September 2005 um + 7,7 % über dem Ergebnis des Vorjahres. Im 3. Quartal 2005 ergab sich sogar ein Zuwachs

von + 13,6 %. Zwar ist der Zigarettenkonsum infolge der Tarifierhöhungen deutlich gesunken, doch wird dieser Verbrauchsrückgang bisher durch den höheren Steuersatz überkompensiert.

Insgesamt sind die **reinen Bundessteuern** im 1. bis 3. Quartal 2005 um – 0,8 % zurückgegangen. Nach einem Minus im 1. Quartal in Höhe von – 2,3 % und im 2. Quartal von – 2,0 % war im 3. Quartal ein Zuwachs von + 1,7 % zu verzeichnen.

Die **reinen Ländersteuern** entwickelten sich im 1. bis 3. Quartal mit einer Zunahme um + 1,8 % positiv. Nach einem Rückgang im 1. Quartal in Höhe von – 9,4 % und einer Zunahme im 2. Quartal von + 11,3 % stieg das Aufkommen im 3. Quartal erneut um + 4,5 % an. Dabei schlug im 3. Quartal vor allem der steuerrechtlich bedingte Zuwachs bei der Kraftfahrzeugsteuer (+ 11,9 %) zu Buche. Aber auch die Grunderwerbsteuer stieg um + 7,7 %, während die Erbschaftsteuer um – 9,0 % hinter dem Ergebnis des Vorjahresquartals zurückblieb. Im Gesamtzeitraum Januar bis September 2005 ergibt sich für die Kraftfahrzeugsteuer (+ 9,1 %) und die Erbschaftsteuer (– 6,1 %) ein ähnliches Bild. Die Grunderwerbsteuer war jedoch im Gegensatz zum 3. Quartal mit – 1,3 % leicht rückläufig.



## 2 Entwicklung der Steuereinnahmen in den einzelnen Monaten des 3. Quartals 2005

Die Steuereinnahmen insgesamt (ohne reine Gemeindesteuern) wiesen im **Juli 2005** gegen-

über dem Vorjahresmonat einen Zuwachs von + 2,5 % auf. Dabei verzeichneten die Bundessteuern mit + 5,1 % den stärksten Zuwachs, aber auch die gemeinschaftlichen Steuern (+ 1,7 %) und die Ländersteuern (+ 2,7 %) konnten zulegen.

Im **August 2005** ergab sich mit + 1,2 % ebenfalls ein Anstieg der Steuereinnahmen von Bund und Ländern. Wie im Vormonat entwickelten sich die gemeinschaftlichen Steuern (+ 1,7 %) und die reinen Ländersteuern (+ 6,9 %) positiv, während die Bundessteuern um – 2,0 % unter dem Vorjahresergebnis blieben.

Besonders erfreulich war das Ergebnis im aufkommensstarken Vorauszahlungsmonat **September 2005**. Der Gesamtzuwachs von + 4,3 % ergab sich – wie schon im Juli 2005 – aus Zuwächsen bei allen drei Steuergruppen: Die gemeinschaftlichen Steuern stiegen dank kräftiger Zuwächse bei den gewinnabhängigen Steuern um + 4,5 %, die reinen Bundessteuern legten vor allem infolge stark gestiegener Tabaksteuereinnahmen um + 2,4 % zu und die reinen Ländersteuern (+ 3,9 %) profitierten von Einnahmeverbesserungen bei der Kraftfahrzeug- und der Grunderwerbsteuer.

## 3 Verteilung der Steuereinnahmen auf die Ebenen

Die Verteilung der Steuereinnahmen im 1. bis 3. Quartal 2005 auf Bund, EU, Länder und Gemeinden<sup>2</sup> und die Veränderungen gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum werden in der Tabelle 2 (s. S. 56) dargestellt.

Die Einzelergebnisse der von Bund und Ländern verwalteten Steuern sowie deren Verteilung auf die Gebietskörperschaften im 1. bis 3. Quartal 2005 und in den einzelnen Monaten finden sich im Internetangebot des BMF unter [http://www.bundesfinanzministerium.de/cln\\_02/nn\\_3380/DE/Steuern/Steuerschaetzung\\_einnahmen/node.html](http://www.bundesfinanzministerium.de/cln_02/nn_3380/DE/Steuern/Steuerschaetzung_einnahmen/node.html).

<sup>2</sup> Lediglich Gemeindeanteil an der Einkommensteuer und an den Steuern vom Umsatz.

**Tabelle 2: Verteilung der Steuereinnahmen auf die Ebenen**

	1. bis 3. Quartal in Mio. €		Veränderung gegenüber Vorjahr	
	2005	2004	in Mio. €	in %
Bund <sup>1</sup>	130 554	128 249	2 305	1,8
EU	17 261	16 066	1 195	7,4
Länder <sup>1</sup>	130 487	131 148	– 661	– 0,5
Gemeinden	16 127	16 096	31	0,2
Steuereinnahmen insgesamt (ohne reine Gemeindesteuern)	294 429	291 559	2 870	1,0

<sup>1</sup> Nach Bundesergänzungszuweisungen.



## Wirtschaftslage und -entwicklung in den neuen Mitgliedstaaten der EU und in den Beitrittsländern Mitte 2005

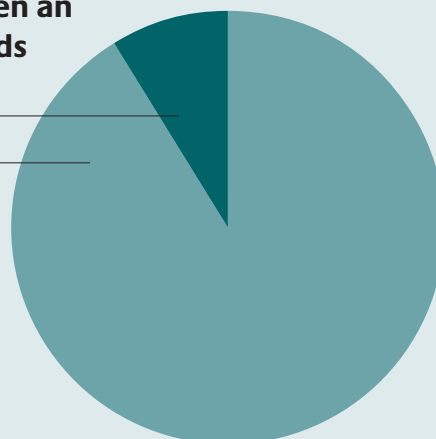
Die zehn neuen EU-Mitgliedstaaten (EU-10) verzeichneten im 1. Halbjahr 2005 ein kräftiges Wirtschaftswachstum (s. Tabelle 1, S. 58). Es lag mit durchschnittlich 3,8 % deutlich über dem der alten Mitgliedstaaten (EU-15). Die Dynamik hat sich aber verlangsamt, auch bedingt durch das hohe Wachstum in der 1. Jahreshälfte des Vorjahres (+ 5,6 %) angesichts des Beitrittstermins am 1. Mai 2004. Vor allem Polen, die größte Volkswirtschaft der EU-10, litt unter einer Wachstumschwäche: Der Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts (BIP) lag dort mit 2,5 % deutlich unter den 6,5 % des 1. Halbjahres 2004. Verantwortlich dafür war in erster Linie die Verlangsamung der Investitionstätigkeit. Auch in Ungarn und Slowenien fiel der BIP-Zuwachs in den ersten sechs Monaten 2005 etwas schwächer aus. Die höchsten Wachstumsraten verzeichneten wiederum die baltischen Staaten, allen voran Lettland mit einer Zuwachsrate von 9,5 %, gefolgt von Estland mit 8,6 %. Auch Tschechien und die Slowakei

lagen mit einem Wachstum von 4,9 % bzw. 5,1 % in den ersten sechs Monaten über dem Durchschnitt. Zu dem hohen Expansionstempo in beiden Ländern trägt auch deren zunehmende Einbindung in westliche Produktionsketten, zum Beispiel in der Automobilindustrie, bei. In den großen und für den Durchschnitt der EU-10 entscheidenden Volkswirtschaften Polen, Ungarn, Tschechien sowie in Slowenien wurde die Inlandsnachfrage als treibende Kraft des Wirtschaftswachstums vom externen Sektor abgelöst. Dies ist vor allem den beachtlichen Exportzuwächsen zu verdanken. Die Gründe dafür liegen u. a. in der Rückbesinnung auf traditionelle Absatzmärkte untereinander und in Russland sowie in der gestiegenen Wettbewerbsfähigkeit in Bereichen wie Fahrzeug- und Maschinenbau. In der Slowakei und den baltischen Staaten blieb die Konsum- und Investitionsnachfrage, gestärkt durch hohe Reallohnzuwächse und geringe Zinsen, hauptverantwortlich für das

**Abbildung 1: Anteil der Wirtschaftsleistung der zehn neuen Mitgliedstaaten an EU-25 in Kaufkraftstandards**

EU-10 (8,8 %)

EU-15 (91,2 %)



Quelle: EUROSTAT.

**Tabelle 1: BIP-Wachstum real**

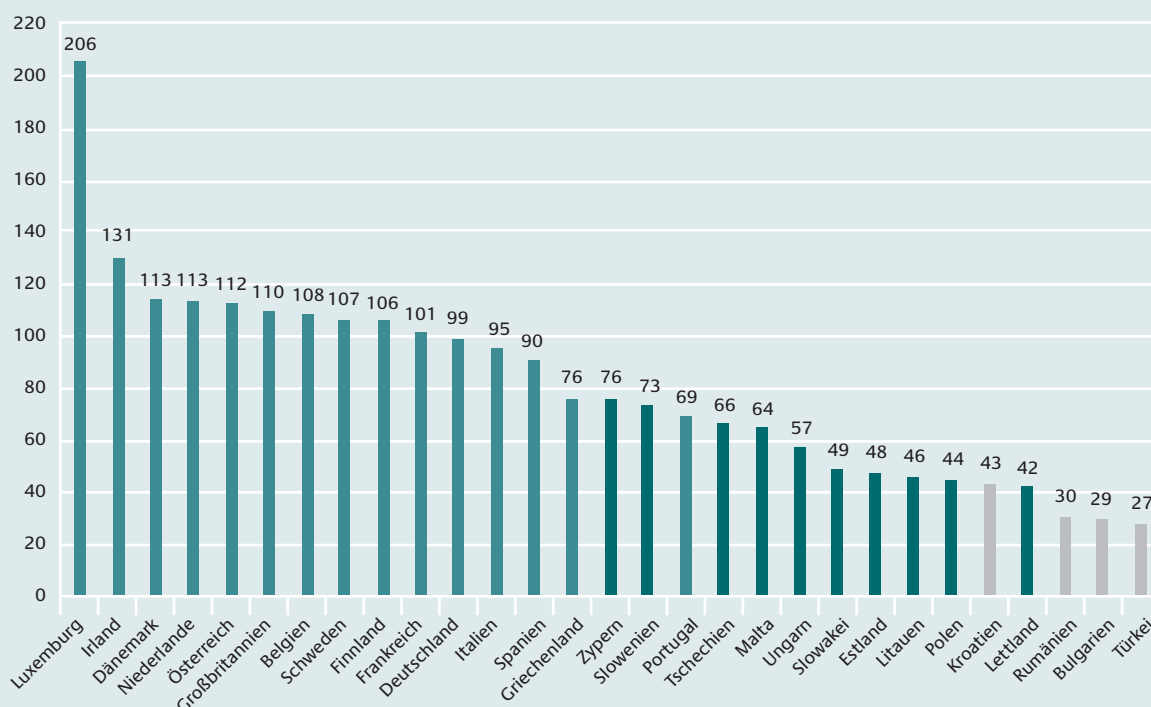
	1. Halbjahr	2005	2006
Polen	2,5	3,0	4,0
Ungarn	3,5	3,4	3,6
Tschechien	4,9	4,1	3,9
Slowakei	5,1	5,0	5,4
Slowenien	3,9	3,9	4,0
Estland	8,6	7,0	6,0
Lettland	9,5	7,8	6,8
Litauen	6,3	6,8	6,5
Malta	1,3	1,5	1,8
Zypern	3,7	3,8	4,0
EU-10	3,8	3,8	4,2
Bulgarien	6,2	5,5	5,5
Rumänien	4,9	5,0	5,0
Kroatien	3,5	3,4	3,9
Türkei	4,5	5,0	5,0

Quelle: 1. Halbjahr 2005: statistische Ämter; 2005/2006: IWF WEO, Herbst 2005.

Wachstum. Der Außensektor wirkte hingegen eher dämpfend. Für das Jahr 2005 insgesamt dürfte sich die bisherige Wachstumsdynamik der neuen Mitgliedstaaten fortsetzen.

Auch bei den EU-Beitrittsländern war in den ersten sechs Monaten 2005 mit Ausnahme von Bulgarien eine leichte (Rumänien, Kroatien) bis deutliche (Türkei) Verringerung des Wachstumstempos zu verzeichnen, die für 2005 auf eine BIP-Zunahme zwischen 3,4% (Kroatien) und 5% (Rumänien) schließen lässt.

Die gute Konjunktur zeigte Erfolge auf dem Arbeitsmarkt, die durchschnittliche Arbeitslosenquote der neuen Mitgliedstaaten lag im September mit 13,2% um fast einen Prozentpunkt unter der des gleichen Vorjahresmonats (s. Abbildung 3, S. 59). In den baltischen Staaten, aber auch im Beitrittsland Bulgarien erreichte sie den tiefsten Stand seit Jahren. Trotz positiver Entwicklung nehmen Polen und die Slowakei

**Abbildung 2: Wohlstandsniveau 2005 in EU-25****BIP pro Kopf in Kaufkraftstandards in % des EU-15-Durchschnitts**

Quelle: EUROSTAT.

mit 17,7 % bzw. 16,4 % nach wie vor die Spitzenplätze innerhalb der EU ein.

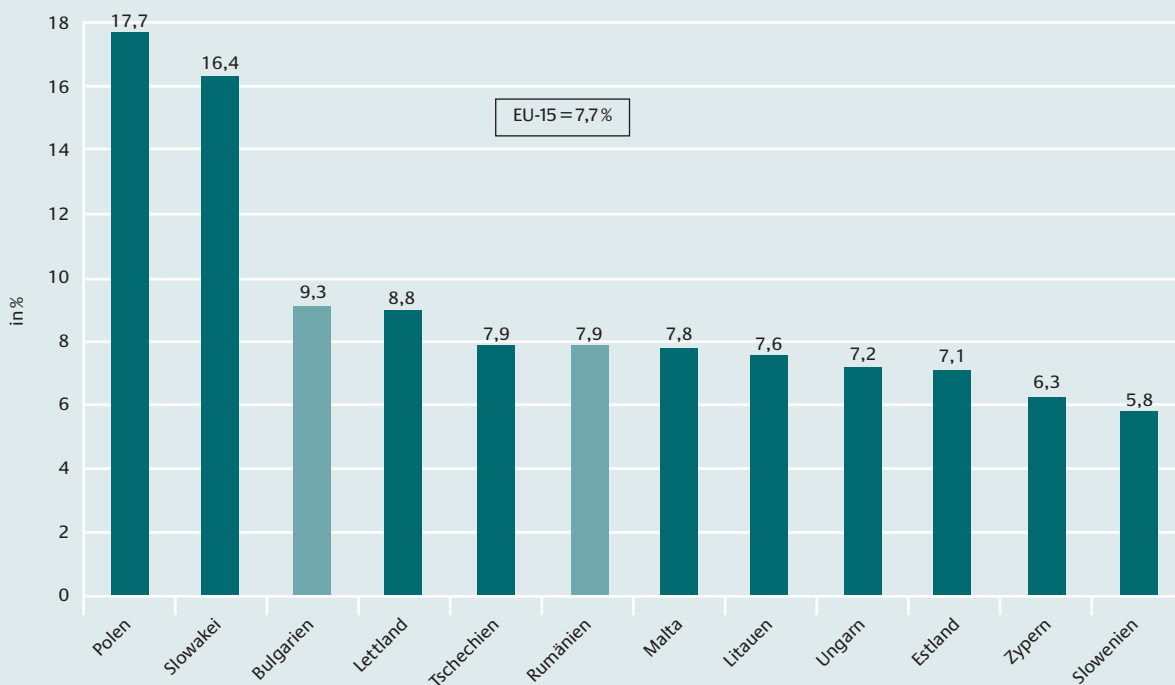
Die Expansion des Exportsektors bei nur moderatem Importwachstum hat zu einer teils deutlichen Entspannung der außenwirtschaftlichen Defizite in den neuen Mitgliedstaaten beigetragen. Mit Ausnahme der Slowakei (aufgrund hoher Investitionen in der Automobilindustrie) und Malta wurden in allen neuen Mitgliedstaaten geringere Leistungsbilanzdefizite verbucht; in Polen hat das höher als erwartete Exportwachstum teilweise zu monatlichen Überschüssen geführt. Allerdings sind die Leistungsbilanzdefizite insbesondere in den baltischen Staaten und Ungarn nach wie vor überdurchschnittlich hoch und in Estland und Lettland liegen sie bei über 10 % des BIP.

Anders verlief die Entwicklung in den Beitrittsländern: Dort sorgte die starke Binnennachfrage in Form von privatem Konsum und hoher

Investitionsdynamik für ein anhaltendes Importwachstum und damit eine weitere Ausdehnung der Handels- und Leistungsbilanzdefizite. Dies dürfte in Rumänien und Bulgarien im Vorfeld des EU-Beitritts weiter anhalten. Die überwiegende Finanzierung dieser Defizite über ausländische Direktinvestitionen sollte aufgrund der Attraktivität der Beitrittsländer als Investitionsstandorte auch angesichts des günstigen steuerlichen Umfeldes und des dynamischen Wachstums weiterhin möglich sein.

Die neuen Mitgliedstaaten wiesen im bisherigen Jahresverlauf insgesamt ein sinkendes Inflationstempo auf. Die durchschnittliche Verbraucherpreissteigerung lag im September bei 2,6 % gegenüber dem Vergleichsmonat des Vorjahres. Auch für das Gesamtjahr 2005 wird von einer gegenüber dem Vorjahr (4,1 %) deutlich geringeren Rate von durchschnittlichen 2,7 % ausgegangen, dieses Niveau dürfte auch in

**Abbildung 3: Arbeitslosenquoten (saisonbereinigt)  
September 2005**



Quelle: EUROSTAT.

2006 nicht überschritten werden. Dem ölpreisbedingten Inflationsdruck standen sinkende Lebensmittelpreise und Währungsaufwertungen entgegen. Angesichts der geringeren Inflationsdynamik agierte die Geldpolitik in Polen, Ungarn und der Slowakei expansiv, die Leitzinsen wurden zum Teil mehrmals gesenkt. Die tschechische Zentralbank hat ihre Leitzinsen Ende Oktober hingegen leicht angehoben.

In den baltischen Staaten kommt der Disinflationprozess nicht wie geplant voran. Neben den höheren Energiepreisen erzeugt hier vor allem die Binnennachfrage Druck auf die Preise. Insbesondere Lettland, das derzeit die höchsten Verbraucherpreissteigerungen innerhalb der EU verzeichnet, und Estland dürften in diesem Jahr das Inflationskriterium für die Euro-Einführung (Durchschnitt der drei preisstabilsten EU-Mitgliedstaaten plus 1,5 Prozentpunkte) verfehlen; auch die Prognosen für 2006 deuten auf eine Überschreitung des Referenzwertes. Anfang Mai 2005 sind mit Lettland, Malta und Zypern drei weitere Mitgliedstaaten dem Wechselkursmechanismus II (WKM II) beigetreten. Die bereits seit Juni 2004 im WKM II befindlichen Mitgliedstaaten Estland, Litauen und Slowenien streben den Beitritt zur Währungsunion zum 1. Januar 2007 an. Die Konvergenzprüfung der Kommission im Jahr 2006 wird zeigen, ob diese Länder alle Konvergenzkriterien und damit die Voraussetzung für die Einführung des Euro erfüllen.

In den Beitrittsländern Bulgarien und Rumänien hatten die Hochwasserkatastrophen negative Auswirkungen auf die Inflation. Die Zentralbanken versuchten hier wie auch in den baltischen Staaten, mit restriktiven geldpolitischen Maßnahmen (Kredit Höchstgrenzen, Straffung der Mindestreservepolitik) das rapide Kreditwachstum einzudämmen.

Die Haushaltskonsolidierung verlief in allen neuen Mitgliedstaaten mit Ausnahme Ungarns in diesem Jahr planmäßig (s. Tabelle 2). Die Defizitziele können voraussichtlich einge-

**Tabelle 2: Haushaltssalden**

in % des BIP	2005 Septemberrmeldung	2006 Konvergenzprogramm
Polen	– 3,7 <sup>2</sup>	– 3,2 <sup>2</sup>
Ungarn <sup>1</sup>	– 6,1 <sup>2</sup>	– 5,2 <sup>2</sup>
Tschechien	– 4,8 <sup>2</sup>	– 3,8 <sup>2</sup>
Slowakei	– 3,2 <sup>2</sup>	– 2,9
Slowenien	– 1,9	– 1,8
Estland	0,9	0,0
Lettland	– 1,9	– 1,5
Litauen	– 2,3	– 1,8
Malta	– 3,9 <sup>2</sup>	– 2,3
Zypern	– 2,9	– 1,7
EU-10	– 4,0 <sup>2</sup>	– 3,3 <sup>2</sup>

<sup>1</sup> 2006: aktuelle Korrektur, Konvergenzprogramm – 2,9 %.  
<sup>2</sup> Werte oberhalb des Referenzwertes von 3 % des BIP.

halten bzw. unterschritten werden. Die gute Konjunktorentwicklung trägt dazu bei, dass die Steuereinnahmen trotz Steuersenkungen (Polen, Slowakei) besser als erwartet fließen. Die baltischen Staaten und Slowenien werden auch in 2005 die Maastricht-Grenze von 3 % des BIP unterschreiten, in Zypern sollte dies erstmalig gelingen. Polen, die Slowakei und Malta bewegen sich bei einem Defizit unter 4 % des BIP, Tschechien plant für das laufende Jahr 4,8 %.

In Ungarn wird es dagegen in 2005 zu einer erheblichen Überschreitung des Defizitzieles kommen; statt 3,6 % werden 6,1 % des BIP erwartet. Ursache dafür ist vor allem das Ergebnis der Überprüfung durch Eurostat, das die Autobahnfinanzierung über öffentlich-private Partnerschaften nicht als defizitmindernd anerkennt. Dies führt zur Erhöhung des Defizits um 1,9 % des BIP. Der ECOFIN-Rat hat am 8. November 2005 eine abermalige Verschärfung des Defizitverfahrens gegen Ungarn beschlossen.

In 2006 nähert sich das durchschnittliche Budgetdefizit der zehn neuen Mitgliedstaaten mit 3,3 % des BIP dem Konvergenzkriterium für die Euro-Einführung weiter an. Sieben der zehn Staaten könnten dann unter der Marke von 3 % des BIP liegen. Ungarn musste hingegen die

Planzahlen auch für 2006 nach oben korrigieren und geht nunmehr von einem Defizit von 5,2 % des BIP aus.

Die derzeitige Budgetlage von Bulgarien und Rumänien ist entspannt: In beiden Ländern wurden zur Jahresmitte Haushaltsüberschüsse verzeichnet, die auf überplanmäßigen Steuereinnahmen aufgrund des anhaltenden Wachstums beruhen. Auch die Türkei befindet sich auf einem strikten Konsolidierungspfad, in 2006 soll die Budgetlücke nur noch 2,8 % des BIP betragen. Problematischer ist die Lage in Kroatien, wo 2005 auf Grund von Einnahmeausfällen ein höher als geplantes Defizit zu erwarten ist.

Die Bruttoverschuldung bleibt in den osteuropäischen Mitglied- und Beitrittsstaaten auch in diesem Jahr vergleichsweise gering, Ungarn und Polen weisen hierbei mit geplanten 57,1 % bzw. 46,2 % des BIP die höchsten Stände auf. Malta und Zypern sowie die Türkei liegen zum Teil deutlich über der 60 %-Grenze.

Reformfortschritte waren in den neuen Mitgliedstaaten und in den Beitrittsländern, u. a. bedingt durch stattgefundene Wahlen in 2005 (Polen, Bulgarien) und bevorstehende Wahlen in 2006 (u. a. Ungarn, Tschechien), kaum zu verzeichnen. Die größte Aufmerksamkeit wird Steuerreformen zuteil. Konkrete Schritte zur Senkung der Einkommensteuer erfolgen in Estland, Litauen, Tschechien sowie in Bulgarien; Pläne dafür gibt es auch in Slowenien. Auch in Ungarn wurden trotz großer Haushaltsprobleme für 2006 umfangreiche Senkungen bei Mehrwert- und Einkommensteuer angekündigt. Sinkende Steuersätze werden somit auch im kommenden Jahr in der Wirtschafts- und Finanzpolitik der neuen Mitgliedstaaten eine Rolle spielen; Spielraum dafür erwächst zum Teil aus der guten Konjunkturlage. Inwieweit die erhoffte Nachfragestimulierung ausreichen wird, um die gesunkenen Einnahmen dauerhaft auszugleichen, wird abzuwarten sein.



# Treffen der G 20-Finanzminister und Notenbankgouverneure am 15./16. Oktober 2005 in China

Am 15./16. Oktober 2005 fand in Xianghe, in der Nähe von Peking, das 7. Treffen der G 20-Finanzminister und Notenbankgouverneure statt. Das Bundesministerium der Finanzen wurde vertreten durch Staatssekretär Caio Koch-Weser. Für die Deutsche Bundesbank nahm ihr Präsident Professor Axel Weber teil. Bei dem Treffen wurden verschiedene Themen diskutiert, wobei sich folgende Ergebnisse festhalten lassen:

## Lage der Weltwirtschaft

Insgesamt wurde das fortdauernde Wachstum der Weltwirtschaft begrüßt. Die Risiken würden aber an Bedeutung gewinnen. Sie bestünden in hohen und volatilen Ölpreisen, wachsenden globalen Ungleichgewichten und protektionistischen Tendenzen. Es wurde verabredet, diesen Risiken durch geeignete fiskal-, geld-, währungs- und strukturpolitische Maßnahmen zu begegnen. Die internationale Gemeinschaft wurde aufgerufen, ihre Kooperation bei der Förderung und Raffinierung von Öl zu verstärken, den Dialog zwischen Ölexporteurs und -importeuren zu intensivieren, die Transparenz am Ölmarkt zu erhöhen, neue Technologien und alternative Energien zu fördern sowie Subventionen zu reduzieren. Die G 20-Staaten riefen dazu auf, die Doha-Runde der Welthandelsorganisation mit konkreten Ergebnissen bei der kommenden Ministerkonferenz in Hongkong fortzuführen und 2006 abzuschließen. Die G 20 verpflichteten sich, den Marktzugang für Güter und Dienstleistungen signifikant zu verbessern, handelsverzerrende Maßnahmen zu reduzieren, Exportsubventionen im Agrarsektor abzuschaffen sowie Entwicklungsländern eine besondere Behandlung zu gewähren.

## Reform der Bretton-Woods-Institutionen

Es herrschte Einigkeit, dass die Ziele der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds – Sicherung makroökonomischer Stabilität; Finanzmarktstabilität; Entwicklungsförderung und Armutsbekämpfung – weiterhin Gültigkeit besitzen. Allerdings seien Reformen notwendig, um die Institutionen noch effektiver zu machen. Bestätigt wurde die geltende Regelung, dass die jeweiligen Entscheidungsstrukturen weiterhin den weltwirtschaftlichen Gewichten der Mitgliedsländer entsprechen sollten. Es wurde vereinbart, bis zur nächsten Jahresversammlung der beiden Institutionen Prinzipien zu identifizieren, die Änderungen in der Bedeutung einzelner Länder abbilden und bei einer Reform der Quoten Beachtung finden sollten. Die Effektivität der Bretton-Woods-Institutionen solle auch mittels verbesserter Auswahlprozesse des Managements sowie der operationalen Strategien gesteigert werden.

## Entwicklungsfragen – Millennium-Entwicklungsziele

Die G 20 verabredeten, durch gesteigerte Kooperation und Dialog über geeignete Entwicklungsansätze die „Millennium-Entwicklungsziele“ zu erreichen. Die internationale Gemeinschaft wurde aufgefordert, ihre bereits gemachten Zusagen zu erfüllen: Entwicklungsländer sollten vernünftige Wirtschafts- und Sozialpolitik verfolgen, Industrieländer dies insbesondere durch offene Märkte sowie effektivere und gesteigerte Entwicklungshilfe unterstützen. Neben den Zusagen des jüngsten G 8-Gipfels zum multilateralen Schuldenerlass wurden innovative

Finanzierungsinstrumente wie Flugticketsteuern und eine internationale Finanzierungsfazilität als Möglichkeiten erwähnt, zusätzliche Ressourcen zu generieren. Interessierte Geber sollten deren Vorteile weiter untersuchen.

### **Demografie und Migration**

Nationale Anstrengungen wurden als äußerst wichtig erachtet, den unterschiedlichen Herausforderungen der demografischen Entwicklung Rechnung zu tragen. Gleichzeitig sei aber globale Kooperation erforderlich, zum Beispiel bei Gastarbeiterüberweisungen, die mittlerweile eine bedeutsame Einkommensquelle in Entwicklungsländern darstellen. Hier haben die G 20 an die betroffenen Länder und internationalen Institutionen appelliert, zu einem möglichst reibungslosen Transfer beizutragen.

### **Innovative Ansätze für nachhaltiges Wachstum – „G 20-Akkord“**

Der beim letzten G 20-Treffen in Berlin begonnene Dialog über wachstumsfördernde Strategien wurde fortgesetzt; die Politikprioritäten der Mitgliedsländer wurden in der aktualisierten „G 20-

Reformagenda“ festgehalten. Deutschland hat sich darin verpflichtet, das Steuersystem wettbewerbsfähiger zu gestalten, Arbeitsmarktreformen vollständig zu implementieren, Reformen der Gesundheits- und Rentensysteme voranzutreiben sowie die Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen sicherzustellen. Verabschiedet wurde eine vom chinesischen Vorsitz, Bundesfinanzministerium und Bundesbank erstellte Broschüre, die die Inhalte des „G 20-Akkord“ veranschaulicht.

### **Sonstiges**

Die in Berlin verabschiedete „Erklärung zu Informationsaustausch und Transparenzsteigerung im Steuerbereich“ wurde erneuert und in diesem Zusammenhang die Arbeit des „OECD Global Tax Forum“ begrüßt. Positiv vermerkt wurde die zunehmende Integration von Kollektivklauseln in internationalen Anleihen. Begrüßt wurden auch die Anstrengungen, den Konsens über die „Principles for Stable Capital Flows“ zu verbreitern. Im nächsten Jahr wird Australien die G 20-Präsidentschaft übernehmen. Vereinbart wurde, 2007 Südafrika den Vorsitz zu übertragen. Weitere Informationen können im Internet unter [www.g20.org](http://www.g20.org) abgerufen werden.



# Bundesfinanzministerium übernimmt Führung bei Basel II<sup>1</sup>

Die Weichen für die Anpassung des deutschen Bankenaufsichtsrechts an Basel II sind gestellt: Die Verhandlungen zur neuen Baseler Eigenkapitalvereinbarung sind abgeschlossen, die entsprechende EU-Richtlinie über Eigenkapitalanforderungen ist fertig gestellt. Die neuen Anforderungen gelten erstmals ab dem 1. Januar 2007.

Das Bundesfinanzministerium bereitet die Umsetzung von Basel II in das deutsche Bankenaufsichtsrecht derzeit vor. Dazu sind die folgenden Rechtssetzungsmaßnahmen geplant:

- Änderung des Kreditwesengesetzes (KWG),
- Erlass einer Solvabilitätsverordnung zur Festlegung von Ausführungsbestimmungen zu den Eigenkapitalanforderungen (ersetzt den bisherigen Grundsatz I),
- Überarbeitung und Ergänzung der bereits bestehenden Großkredit- und Millionenkreditverordnung.

Zu ersten Diskussionsentwürfen haben die Spitzenverbände der Institute Stellungnahmen eingereicht. Diese werden derzeit ausgewertet. Die überarbeiteten Entwürfe der Regelungstexte werden dann dem Finanzgewerbe und der übrigen Wirtschaft zur Konsultation gestellt.

## Vorrangige Ziele

Das Kreditgewerbe, aber auch die Kreditnehmenden Unternehmen und Haushalte sollen von der Neufassung der bankaufsichtsrechtlichen Eigenkapitalanforderungen profitieren. Die künftig differenziertere Erfassung der Risiken aus dem Kreditgeschäft ermöglicht den

Instituten eine exaktere Kalkulation der regulatorischen Kapitalkosten. Damit wird die Voraussetzung für eine risikogerechtere Gestaltung der Kreditkonditionen geschaffen.

Nach dem neuen Regelungswerk steht sämtlichen Instituten grundsätzlich die Möglichkeit offen, die modernisierten Verfahren zur Risiko-Anrechnung zu nutzen. Der Anreiz zur Anwendung ausgefeilter, fortgeschrittener Verfahren besteht in der Aussicht auf spürbare Erleichterungen bei den bankaufsichtsrechtlichen Eigenkapitalanforderungen.

Die Sorge vor allem kleinerer Institute, das neue Bankenaufsichtsrecht könnte übermäßig hohe Hürden für sie darstellen, wird im Bundesfinanzministerium sehr ernst genommen. Einseitige Belastungen oder unverhältnismäßige Anforderungen sind nicht geplant.

Die bei den Baseler und Brüsseler Verhandlungen erzielten Erfolge bei der Mittelstandsfinanzierung werden nun im deutschen Bankenaufsichtsrecht festgeschrieben. Sämtliche Wahlrechte aus der neuen EU-Richtlinie zugunsten von Mittelstandskrediten sollen ausgeübt werden.

Was Verlässlichkeit und Nachvollziehbarkeit der Kreditvergabeentscheidungen angeht, so gibt es keine Beeinträchtigungen auf Grund des neuen Bankenaufsichtsrechts. Die mitunter geäußerte Besorgnis, der Gebrauch von (bankinternen) Ratings zu regulatorischen Zwecken könnte die Stellung der Kunden gegenüber ihren Banken bei der Kreditvergabe schwächen, wird durch die Vorgaben aus der EU-Richtlinie über die Eigenkapitalanforderungen nicht gestützt.

<sup>1</sup> Grundlage dieses Beitrags ist ein Artikel von Ministerialdirektor Jörg Asmussen, Leiter der Abteilung „Nationale und internationale Finanzmarkt- und Währungspolitik“ im Bundesministerium der Finanzen, in der Börsenzeitung Nr. 210 vom 1. November 2005, S. 4.

Ganz generell soll die Umsetzung strikt an den Mindestvorgaben aus der EU-Richtlinie über Eigenkapitalanforderungen ausgerichtet werden. Eine Überregulierung wäre unerwünscht. Allerdings weisen allein schon die Mindestvorgaben aus Brüssel einen beträchtlichen Umfang auf.



## Kernpunkte bei der Umsetzung

Eine Darstellung der zahlreichen Neuerungen aus der EU-Richtlinie über Eigenkapitalanforderungen würde den Umfang dieses Beitrags sprengen. Folgende Kernpunkte sollen hier jedoch angesprochen werden:

### **1) Arrangements für die Zusammenarbeit der EU-Bankenaufsichtsbehörden bei der aufsichtlichen Überprüfung und Zulassung interner Risikomesssysteme bei grenzüberschreitend tätigen Instituten**

Vor dem Hintergrund der fortgeschrittenen EU-Finanzmarktintegration sind in der neuen EU-Richtlinie die Voraussetzungen für eine noch engere Zusammenarbeit der jeweils zuständigen Bankaufsichtsbehörden bei der Beaufsichtigung grenzüberschreitend tätiger Institute geschaffen worden. Zu erwähnen sind vor allem die Regelungen für einen verstärkten Informationsaustausch sowie die Verfahren über die europaweite Zulassung für interne Risikomessverfahren bei grenzüberschreitend tätigen Gruppen.

### **2) Anwendung der neuen Eigenkapitalanforderungen auf das einzelne Institut sowie die Institutsgruppe**

Das EU-Bankenrecht lässt nunmehr zu, dass die zuständigen Bankaufsichtsbehörden auf die Beaufsichtigung der Solvabilität und der Eigenkapitalausstattung beim einzelnen Institut verzichten, wenn das Institut einer beaufsichtigten Institutsgruppe angehört und bestimmte Bedingungen vor allem hinsichtlich der Kapitalallokation innerhalb der Gruppe erfüllt sind (sog. „Waiver“-Regelung). Dann ist bankaufsichtsrechtlich vertretbar, die Institutsgruppe als eine Risikoeinheit zu betrachten und die regulatorischen Eigenkapitalanforderungen auf diese Einheit zu richten.

### **3) Behandlung von Intergruppenforderungen**

Kann ein Bankkonzern bzw. ein ähnlich strukturierter Haftungsverbund als eine Risikoeinheit eingestuft werden, ist es nahe liegend, die Kreditbeziehungen innerhalb dieser Einheit auf Grund ihres internen Charakters bei der Ermittlung der bankaufsichtsrechtlichen Eigenkapitalanforderungen zu vernachlässigen. Unter welchen Voraussetzungen eine solche Anrechnungsfreistellung (= „Null-Gewichtung“) von Intergruppen-Forderungen möglich ist, ist in der neuen EU-Richtlinie geregelt. Es können Eigenkapitaleinsparungen in einstelliger Milliardenhöhe erreicht werden, wenn die strengen Anforderungen an die Vorkehrungen der Sicherungssysteme zur Risikovermeidung erfüllt werden.

### **4) Anforderungen an die organisatorischen Pflichten von Instituten**

Entsprechend den Vorgaben aus der EU-Richtlinie werden geeignete Vorkehrungen für die Ermittlung und Sicherstellung der Risikotragfähigkeit des Instituts verlangt. Außerdem müssen angemessene interne Kontrollverfahren eingerichtet werden. Die in diesem Zusammenhang geäußerte Befürchtung, die Bankenaufsicht solle zur Überprüfung der Geschäftsstrategie eines Instituts ermächtigt werden, entspricht tatsächlich nicht der Absicht.

## 5) Implementierung der neuen Ansätze für die Ermittlung der Risikoanrechnungsbeträge

Die auf interne Ratings und Verfahren gestützten Ansätze bilden einen Kern von Basel II. Die diesbezüglichen Ausführungsbestimmungen sind überwiegend technischer Art und sollen in der Solvabilitätsverordnung geregelt werden. Eine für sämtliche Institute praktikable Ausgestaltung der aufsichtsrechtlichen Anforderungen erscheint dabei ganz besonders wichtig.

### Errichtung einer Projektgruppe beim BMF

Im Hinblick auf die große Komplexität und Dringlichkeit der Umsetzungsarbeiten hat das Bundesfinanzministerium eine Projektgruppe mit Vertretern der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) und der Deutschen Bundesbank errichtet. Die Projektstruktur umfasst zwei Ebenen:

- Erstens bereitet eine Projektgruppe unter Federführung des Ministeriums die weiteren Umsetzungsschritte vor.

- Zweitens steuert ein Lenkungsausschuss unter dem Vorsitz von Ministerialdirektor Jörg Asmussen die Tätigkeiten der Projektgruppe.

Diese organisatorischen Vorkehrungen sollen eine termin- und zugleich sachgerechte Erledigung der Arbeiten ermöglichen. Klare und verlässliche Arbeitsstrukturen helfen bei der fachlichen Bewältigung der schwierigen Materie der neuen Eigenkapitalvorschriften. Mit Blick auf eine Straffung der Arbeitsprozesse sind Zeitpläne für die nächsten Arbeitsschritte verabredet worden. Dem Lenkungsausschuss obliegt vor allem die Leitung und Steuerung („Governance“) der Projektarbeiten.

Die getroffenen Arrangements bei der Projektgruppe ersetzen nicht die Fachgespräche zwischen der Bankenaufsicht und dem Kreditgewerbe. Sie sollen vielmehr für eine verbesserte Vorbereitung auf solche Fachgespräche sorgen. Der Dialog mit den Instituten und Verbänden ist auch im weiteren Verlauf der Vorbereitungen auf das Gesetzgebungsverfahren unentbehrlich. Dies gilt selbstverständlich auch für die Gespräche mit Vertretern aus den übrigen Teilen der Wirtschaft und anderen Kreisen der Gesellschaft.





## Statistiken und Dokumentationen

Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung	72
Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte	92
Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	96



# Statistiken und Dokumentationen

## Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung 72

1	Kreditmarktmittel einschließlich der Sondervermögen	72
2	Gewährleistungen	73
3	Bundeshaushalt 2000 bis 2005	73
4	Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2000 bis 2005	74
5	Haushaltsquerschnitt: Gliederungen der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen – Soll 2005	76
6	Der Öffentliche Gesamthaushalt von 1999 bis 2005	80
7	Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2005	82
8	Entwicklung der Steuer- und Abgabenquoten	84
9	Entwicklung der öffentlichen Schulden	85
10	Steueraufkommen nach Steuergruppen	86
11	Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden	87
12	Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich	88
13	Steuerquoten im internationalen Vergleich	89
14	Abgabenquoten im internationalen Vergleich	90
15	Entwicklung der EU-Haushalte von 2000 bis 2005	91

## Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte 92

1	Entwicklung der Länderhaushalte bis September 2005 im Vergleich zum Jahressoll 2005	92
2	Entwicklung der Länderhaushalte bis September 2005	92
3	Die Entwicklung der Einnahmen, der Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis September 2005	93
4	Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis September 2005	94

## Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung 96

1	Wirtschaftswachstum und Beschäftigung	96
2	Preisentwicklung	96
3	Außenwirtschaft	97
4	Einkommensverteilung	97
5	Reales Bruttoinlandsprodukt (BIP) im internationalen Vergleich	98
6	Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich	99
7	Harmonisierte Arbeitslosenquoten im internationalen Vergleich	100
8	Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise, Leistungsbilanz in ausgewählten Schwellenländern	101
9	Entwicklung von DAX und Dow Jones	102
10	Übersicht Weltfinanzmärkte	103

# Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

## 1 Kreditmarktmittel einschließlich der Sondervermögen

### I. Schuldenart

	Stand: 30. September 2005 Mio. €	Zunahme Mio. €	Abnahme Mio. €	Stand: 31. Oktober 2005 <sup>1</sup> Mio. €
Anleihen	533 300	0	10 250	523 050
Bundesobligationen	168 449	5 000	0	173 449
Bundesschatzbriefe	11 060	40	14	11 086
Bundesschatzanweisungen	109 000	7 000	0	116 000
Unverzinsliche Schatzanweisungen	35 842	5 938	5 939	35 842
Finanzierungsschätze	1 075	72	75	1 073
Schuldscheindarlehen	30 680	362	1 655	29 386
Medium Term Notes Treuhand	342	0	0	342
<b>Gesamte umlaufende Schuld</b>	<b>889 749</b>			<b>890 229</b>

### II. Gliederung nach Restlaufzeiten

	Stand: 30. September 2005 Mio. €	Stand: 31. Oktober 2005 <sup>1</sup> Mio. €
kurzfristig (bis zu 1 Jahr)	169 371	158 000
mittelfristig (mehr als 1 Jahr bis 4 Jahre)	280 498	305 232
langfristig (mehr als 4 Jahre)	439 881	426 996
<b>Gesamte umlaufende Schuld</b>	<b>889 749</b>	<b>890 229</b>

<sup>1</sup> Vorläufig.



## 2 Gewährleistungen

Ermächtigungstatbestände	Ermächtigungsrahmen 2005 in Mrd. €	Belegung am 30. September 2005 in Mrd. €	Belegung am 30. September 2004 in Mrd. €
Ausfuhr	117,0	105,9	104,7
Internationale Finanzierungsinstitute	46,6	40,3	40,3
Kapitalanlagen und sonstiger Außenwirtschaftsbereich einschließlich Mitfinanzierung bilateraler FZ-Vorhaben	42,0	27,8	30,0
Binnenwirtschaftliche Gewährleistungen (einschließlich Ernährungsbevorratung und Treuhandanstalt-Nachfolgeeinrichtungen)	103,0	62,1	68,3

## 3 Bundeshaushalt 2000 bis 2005 Gesamtübersicht

Gegenstand der Nachweisung	2000 Ist	2001 Ist	2002 Ist Mrd. €	2003 Ist	2004 Ist	2005 Soll
<b>1. Ausgaben</b>	<b>244,4</b>	<b>243,2</b>	<b>249,3</b>	<b>256,7</b>	<b>251,6</b>	<b>254,3</b>
Veränderung gegen Vorjahr in %	- 1,0	- 0,5	2,5	3,0	- 2,0	1,1
<b>2. Einnahmen</b>	<b>220,5</b>	<b>220,2</b>	<b>216,6</b>	<b>217,5</b>	<b>211,8</b>	<b>232,0</b>
Veränderung gegen Vorjahr in %	- 0,1	- 0,1	- 1,6	0,4	- 2,6	9,5
darunter:						
Steuereinnahmen	198,8	193,8	192,0	191,9	187,0	190,8
Veränderung gegen Vorjahr in %	3,3	- 2,5	- 0,9	- 0,1	- 2,5	2,0
<b>3. Finanzierungsdefizit</b>	<b>- 23,9</b>	<b>- 22,9</b>	<b>- 32,7</b>	<b>- 39,2</b>	<b>- 39,8</b>	<b>- 22,3</b>
<b>Zusammensetzung des Finanzierungsdefizits</b>						
<b>4. Bruttokreditaufnahme (-)</b>	<b>149,7</b>	<b>130,0</b>	<b>175,3</b>	<b>192,3</b>	<b>199,6</b>	<b>217,3</b>
<b>5. Tilgungen (+)</b>	<b>125,9</b>	<b>107,2</b>	<b>143,4</b>	<b>153,7</b>	<b>160,0</b>	<b>195,3</b>
<b>6. Nettokreditaufnahme</b>	<b>- 23,8</b>	<b>- 22,8</b>	<b>- 31,8</b>	<b>- 38,7</b>	<b>- 39,5</b>	<b>- 22,0</b>
<b>7. Münzeinnahmen</b>	<b>- 0,1</b>	<b>- 0,0</b>	<b>- 0,9</b>	<b>- 0,6</b>	<b>- 0,3</b>	<b>- 0,3</b>
<b>8. Finanzierungssaldo</b>	<b>- 23,9</b>	<b>- 22,9</b>	<b>- 32,7</b>	<b>- 39,2</b>	<b>- 39,8</b>	<b>- 22,3</b>
in % der Ausgaben	9,8	9,4	13,1	15,3	15,8	8,8
nachrichtlich:						
Investive Ausgaben	28,1	27,3	24,7	25,7	22,4	22,7
Veränderung gegen Vorjahr in %	- 1,7	- 3,1	- 11,7	6,9	- 13,0	1,6
Bundesanteil am Bundesbankgewinn	3,6	3,6	3,5	3,5	0,2	2,0

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

#### 4 Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2000 bis 2005

Ausgabeart	2000 Ist	2001 Ist	2002 Ist	2003 Ist	2004 Ist	2005 Soll
Mio. €						
<b>Ausgaben der laufenden Rechnung</b>						
<b>Personalausgaben</b>	<b>26 517</b>	<b>26 807</b>	<b>26 986</b>	<b>27 235</b>	<b>26 758</b>	<b>26 865</b>
Aktivitätsbezüge	20 275	20 474	20 551	20 696	20 332	20 147
Ziviler Bereich	8 196	8 430	8 495	8 532	8 748	8 621
Militärischer Bereich	12 079	12 044	12 056	12 164	11 584	11 525
Versorgung	6 242	6 333	6 435	6 539	6 426	6 718
Ziviler Bereich	2 572	2 581	2 579	2 576	2 463	2 524
Militärischer Bereich	3 670	3 752	3 855	3 963	3 963	4 194
<b>Laufender Sachaufwand</b>	<b>20 822</b>	<b>18 503</b>	<b>17 058</b>	<b>17 192</b>	<b>16 878</b>	<b>17 354</b>
Unterhaltung des unbeweglichen Vermögens	1 641	1 619	1 643	1 604	1 522	1 478
Militärische Beschaffungen, Anlagen usw.	7 335	7 985	8 155	7 905	7 985	8 122
Sonstiger laufender Sachaufwand	11 846	8 899	7 260	7 683	7 371	7 754
<b>Zinsausgaben</b>	<b>39 149</b>	<b>37 627</b>	<b>37 063</b>	<b>36 875</b>	<b>36 274</b>	<b>38 875</b>
an andere Bereiche	39 149	37 627	37 063	36 875	36 274	38 875
Sonstige	39 149	37 627	37 063	36 875	36 274	38 875
für Ausgleichsforderungen	42	42	42	42	42	42
an sonstigen inländischen Kreditmarkt	39 104	37 582	37 019	36 830	36 230	38 830
an Ausland	3	3	3	3	3	4
<b>Laufende Zuweisungen und Zuschüsse</b>	<b>126 846</b>	<b>132 359</b>	<b>143 514</b>	<b>149 304</b>	<b>148 950</b>	<b>150 225</b>
an Verwaltungen	16 106	13 257	14 936	15 797	14 797	13 015
Länder	5 650	5 580	6 062	6 503	6 735	7 705
Gemeinden	194	241	236	250	238	59
Sondervermögen	10 259	7 435	8 635	9 042	7 823	5 250
Zweckverbände	2	2	2	2	1	1
an andere Bereiche	110 740	119 102	128 578	133 508	134 153	137 210
Unternehmen	13 271	16 674	16 253	15 702	15 062	16 516
Renten, Unterstützungen u. Ä.						
an natürliche Personen	21 455	20 668	22 319	23 666	25 396	22 223
an Sozialversicherung	72 590	78 143	86 276	90 560	90 079	94 560
an private Institutionen ohne Erwerbscharakter	746	672	814	797	783	855
an Ausland	2 674	2 940	2 911	2 776	2 828	3 051
an Sonstige	4	5	5	5	5	5
<b>Summe Ausgaben der laufenden Rechnung</b>	<b>213 333</b>	<b>215 296</b>	<b>224 622</b>	<b>230 606</b>	<b>228 860</b>	<b>233 318</b>
<b>Ausgaben der Kapitalrechnung</b>						
<b>Sachinvestitionen</b>	<b>6 732</b>	<b>6 905</b>	<b>6 746</b>	<b>6 696</b>	<b>6 891</b>	<b>6 734</b>
Baumaßnahmen	5 580	5 551	5 358	5 298	5 466	5 372
Erwerb von beweglichen Sachen	779	882	960	894	922	917
Grunderwerb	373	473	427	504	503	445
<b>Vermögensübertragungen</b>	<b>19 506</b>	<b>17 085</b>	<b>14 550</b>	<b>16 197</b>	<b>12 912</b>	<b>12 940</b>
Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen	16 579	16 509	13 959	15 833	12 556	12 545
an Verwaltungen	10 011	9 496	6 336	7 998	5 607	5 429
Länder	9 925	9 431	6 268	5 382	5 516	5 354
Gemeinden und Gemeindeverbände	86	65	68	73	91	69
Sondervermögen	0	0	0	2 543	0	6
an andere Bereiche	6 568	7 013	7 623	7 835	6 949	7 116
Sonstige – Inland	4 729	5 370	5 819	5 867	4 931	5 094
Ausland	1 839	1 643	1 803	1 967	2 018	2 022
Sonstige Vermögensübertragungen	2 926	577	592	365	356	395
an andere Bereiche	2 926	577	592	365	356	395
Unternehmen – Inland	101	167	44	0	1	0
Sonstige – Inland	2 542	183	351	167	153	173
Ausland	284	227	196	198	202	222

#### 4 Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2000 bis 2005

Ausgabeart	2000 Ist	2001 Ist	2002 Ist	2003 Ist	2004 Ist	2005 Soll
	Mio. €					
<b>Darlehensgewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen</b>	<b>4 835</b>	<b>3 859</b>	<b>3 369</b>	<b>3 203</b>	<b>2 932</b>	<b>3 466</b>
Darlehensgewährung	4 205	3 185	2 729	2 665	2 383	2 907
an Verwaltungen	197	166	154	106	68	46
Länder	195	166	154	106	68	46
Gemeinden	1	0	0	0	0	0
an andere Bereiche	4 008	3 019	2 574	2 559	2 315	2 860
Inland (auch Gewährleistungen)	2 998	1 841	1 543	1 603	1 384	1 877
Ausland	1 010	1 178	1 031	956	931	983
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	630	674	640	538	548	559
Inland	19	24	53	15	1	0
Ausland	611	651	587	523	547	559
<b>Summe Ausgaben der Kapitalrechnung</b>	<b>31 072</b>	<b>27 850</b>	<b>24 664</b>	<b>26 097</b>	<b>22 734</b>	<b>23 140</b>
Darunter: Investive Ausgaben	28 146	27 273	24 073	25 732	22 378	22 745
<b>Globale Mehr-/Minderausgaben</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>- 2 158</b>
<b>Ausgaben zusammen</b>	<b>244 405</b>	<b>243 145</b>	<b>249 286</b>	<b>256 703</b>	<b>251 594</b>	<b>254 300</b>

## 5 Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen – Soll 2005

– in Mio. € –

Ausgabegruppe/Funktion	Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personal- ausgaben	Laufender Sach- aufwand	Zins- ausgaben	Laufende Zuweisungen und Zuschüsse
<b>0 Allgemeine Dienste</b>	<b>47 932</b>	<b>43 739</b>	<b>24 292</b>	<b>13 555</b>	–	<b>5 892</b>
01 Politische Führung und zentrale Verwaltung	7 991	7 740	3 835	1 422	–	2 483
02 Auswärtige Angelegenheiten	5 818	2 792	443	122	–	2 227
03 Verteidigung	27 871	27 484	15 719	10 967	–	798
04 Öffentliche Sicherheit und Ordnung	2 732	2 440	1 774	640	–	26
05 Rechtsschutz	328	310	225	70	–	15
06 Finanzverwaltung	3 192	2 972	2 295	335	–	341
<b>1 Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten</b>	<b>11 714</b>	<b>8 357</b>	<b>450</b>	<b>615</b>	–	<b>7 292</b>
13 Hochschulen	1 882	956	7	5	–	944
14 Förderung von Schülern, Studenten	1 403	1 403	–	–	–	1 403
15 Sonstiges Bildungswesen	477	418	9	59	–	350
16 Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	6 816	5 293	433	546	–	4 314
19 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 1	1 135	286	1	5	–	281
<b>2 Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung</b>	<b>128 064</b>	<b>127 159</b>	<b>198</b>	<b>347</b>	–	<b>126 615</b>
22 Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	88 886	88 886	35	0	–	88 851
23 Familien-, Sozialhilfe, Förderung der Wohlfahrtspflege u. Ä.	4 245	4 242	–	–	–	4 242
24 Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	3 923	3 689	–	162	–	3 528
25 Arbeitsmarktpolitik, Arbeitsschutz	29 551	29 420	43	115	–	29 262
26 Jugendhilfe nach dem SGB VIII	103	103	–	–	–	103
29 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 2	1 355	819	120	70	–	629
<b>3 Gesundheit und Sport</b>	<b>923</b>	<b>693</b>	<b>230</b>	<b>259</b>	–	<b>205</b>
31 Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesens	344	315	125	144	–	46
312 Krankenhäuser und Heilstätten	–	–	–	–	–	–
319 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 31	344	315	125	144	–	46
32 Sport	132	103	–	22	–	82
33 Umwelt- und Naturschutz	195	148	69	39	–	39
34 Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	251	128	36	54	–	38
<b>4 Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste</b>	<b>1 794</b>	<b>930</b>	<b>2</b>	<b>3</b>	–	<b>925</b>
41 Wohnungswesen	1 232	889	–	3	–	886
42 Raumordnung, Landesplanung, Vermessungswesen	1	1	–	1	–	–
43 Kommunale Gemeinschaftsdienste	46	41	2	–	–	38
44 Städtebauförderung	516	–	–	–	–	–
<b>5 Ernährung, Landwirtschaft und Forsten</b>	<b>1 091</b>	<b>597</b>	<b>27</b>	<b>151</b>	–	<b>418</b>
52 Verbesserung der Agrarstruktur	722	276	–	2	–	274
53 Einkommensstabilisierende Maßnahmen	136	136	–	60	–	76
533 Gasölverbilligung	–	–	–	–	–	–
539 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 53	136	136	–	60	–	76
599 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 5	233	185	27	90	–	68

## 5 Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen – Soll 2005

– in Mio. € –

Ausgabegruppe/Funktion	Sach- investitionen	Vermögens- übertragungen	Darlehens- gewährung, Erwerb von Beteiligungen	Ausgaben der Kapital- rechnung*	*darunter: Investive Ausgaben	Globale Minder- ausgaben
<b>0 Allgemeine Dienste</b>	<b>1 089</b>	<b>1 519</b>	<b>1 585</b>	<b>4 193</b>	<b>4 149</b>	–
01 Politische Führung und zentrale Verwaltung	249	1	0	251	251	–
02 Auswärtige Angelegenheiten	72	1 411	1 542	3 026	3 023	–
03 Verteidigung	281	106	–	386	345	–
04 Öffentliche Sicherheit und Ordnung	292	–	0	292	292	–
05 Rechtsschutz	17	–	–	17	17	–
06 Finanzverwaltung	177	1	42	221	221	–
<b>1 Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten</b>	<b>107</b>	<b>3 251</b>	–	<b>3 357</b>	<b>3 356</b>	–
13 Hochschulen	1	925	–	926	926	–
14 Förderung von Schülern, Studenten	–	–	–	–	–	–
15 Sonstiges Bildungswesen	0	59	–	59	59	–
16 Wissenschaft, Forschung, Entwick- lung außerhalb der Hochschulen	105	1 418	–	1 523	1 522	–
19 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 1	0	849	–	849	849	–
<b>2 Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung</b>	<b>11</b>	<b>892</b>	<b>1</b>	<b>905</b>	<b>555</b>	–
22 Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	–	–	–	–	–	–
23 Familien-, Sozialhilfe, Förderung der Wohlfahrtspflege u. Ä.	–	3	–	3	3	–
24 Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	3	230	1	234	8	–
25 Arbeitsmarktpolitik, Arbeitsschutz	3	128	–	131	8	–
26 Jugendhilfe nach dem SGB VIII	–	–	–	–	–	–
29 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 2	5	531	0	536	536	–
<b>3 Gesundheit und Sport</b>	<b>152</b>	<b>78</b>	–	<b>229</b>	<b>229</b>	–
31 Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesens	21	8	–	29	29	–
312 Krankenhäuser und Heilstätten	–	–	–	–	–	–
319 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 31	21	8	–	29	29	–
32 Sport	–	29	–	29	29	–
33 Umwelt- und Naturschutz	15	33	–	48	48	–
34 Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	116	7	–	123	123	–
<b>4 Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste</b>	–	<b>816</b>	<b>48</b>	<b>864</b>	<b>864</b>	–
41 Wohnungswesen	–	295	48	343	343	–
42 Raumordnung, Landesplanung, Vermessungswesen	–	–	–	–	–	–
43 Kommunale Gemeinschaftsdienste	–	5	–	5	5	–
44 Städtebauförderung	–	516	–	516	516	–
<b>5 Ernährung, Landwirtschaft und Forsten</b>	<b>7</b>	<b>486</b>	<b>2</b>	<b>495</b>	<b>495</b>	–
52 Verbesserung der Agrarstruktur	–	446	–	446	446	–
53 Einkommensstabilisierende Maßnahmen	–	–	–	–	–	–
533 Gasölverbilligung	–	–	–	–	–	–
539 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 53	–	–	–	–	–	–
599 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 5	7	40	2	49	49	–

## 5 Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen – Soll 2005

– in Mio. € –

Ausgabegruppe/Funktion	Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personal- ausgaben	Laufender Sach- aufwand	Zins- ausgaben	Laufende Zuweisungen und Zuschüsse
<b>6 Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen</b>	<b>5 199</b>	<b>2 959</b>	<b>47</b>	<b>383</b>	<b>–</b>	<b>2 529</b>
62 Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau	408	384	–	227	–	157
621 Kernenergie	157	157	–	–	–	157
622 Erneuerbare Energieformen	–	–	–	–	–	–
629 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 62	252	227	–	227	–	–
63 Bergbau und verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	1 930	1 910	–	5	–	1 905
64 Handel	102	102	–	63	–	38
69 Regionale Förderungsmaßnahmen	902	208	–	3	–	205
699 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 6	1 857	355	47	84	–	224
<b>7 Verkehrs- und Nachrichtenwesen</b>	<b>10 522</b>	<b>3 471</b>	<b>1 065</b>	<b>1 757</b>	<b>–</b>	<b>649</b>
72 Straßen	6 933	917	–	801	–	117
73 Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	1 372	756	468	237	–	51
74 Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	334	1	–	–	–	1
75 Luftfahrt	182	181	43	9	–	129
799 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 7	1 701	1 616	554	711	–	351
<b>8 Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen</b>	<b>9 487</b>	<b>5 719</b>	<b>–</b>	<b>19</b>	<b>–</b>	<b>5 700</b>
81 Wirtschaftsunternehmen	4 231	469	–	19	–	450
832 Eisenbahnen	3 736	88	–	4	–	85
869 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 81	495	381	–	15	–	366
87 Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	5 256	5 250	–	–	–	5 250
873 Sondervermögen	5 250	5 250	–	–	–	5 250
879 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 87	6	–	–	–	–	–
<b>9 Allgemeine Finanzwirtschaft</b>	<b>37 574</b>	<b>39 694</b>	<b>554</b>	<b>264</b>	<b>38 875</b>	<b>0</b>
91 Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen	38	–	–	–	–	–
92 Schulden	38.914	38 914	–	39	38 875	–
999 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 9	– 1 378	780	554	226	–	0
<b>Summe aller Hauptfunktionen</b>	<b>254 300</b>	<b>233 318</b>	<b>26 865</b>	<b>17 354</b>	<b>38 875</b>	<b>150 225</b>

## 5 Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen – Soll 2005

– in Mio. € –

Ausgabegruppe/Funktion	Sach- investitionen	Vermögens- übertragungen	Darlehens- gewährung, Erwerb von Beteiligungen	Ausgaben der Kapital- rechnung*	*darunter: Investive Ausgaben	Globale Minder- ausgaben
<b>6 Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen</b>	<b>1</b>	<b>739</b>	<b>1 500</b>	<b>2 240</b>	<b>2 240</b>	<b>–</b>
62 Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau	–	25	–	25	25	–
621 Kernenergie	–	–	–	–	–	–
622 Erneuerbare Energieformen	–	–	–	–	–	–
629 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 62	–	25	–	25	25	–
63 Bergbau und verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	–	20	–	20	20	–
64 Handel	–	–	–	–	–	–
69 Regionale Förderungsmaßnahmen	–	694	–	694	694	–
699 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 6	1	–	1 500	1 501	1 501	–
<b>7 Verkehrs- und Nachrichtenwesen</b>	<b>5 303</b>	<b>1 747</b>	<b>1</b>	<b>7 051</b>	<b>7 051</b>	<b>–</b>
72 Straßen	4 610	1 405	1	6 016	6 016	–
73 Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	617	–	0	617	617	–
74 Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	–	333	–	333	333	–
75 Luftfahrt	0	–	0	0	0	–
799 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 7	76	9	0	85	85	–
<b>8 Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen</b>	<b>64</b>	<b>3 374</b>	<b>330</b>	<b>3 768</b>	<b>3 768</b>	<b>–</b>
81 Wirtschaftsunternehmen	58	3 374	330	3 761	3 761	–
832 Eisenbahnen	–	3 333	315	3 648	3 648	–
869 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 81	58	42	15	114	114	–
87 Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	6	–	–	6	6	–
873 Sondervermögen	–	–	–	–	–	–
879 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 87	6	–	–	6	6	–
<b>9 Allgemeine Finanzwirtschaft</b>	<b>–</b>	<b>38</b>	<b>–</b>	<b>38</b>	<b>38</b>	<b>– 2 158</b>
91 Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen	–	38	–	38	38	–
92 Schulden	–	–	–	–	–	–
999 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 9	–	–	–	–	–	– 2 158
<b>Summe aller Hauptfunktionen</b>	<b>6 734</b>	<b>12 940</b>	<b>3 466</b>	<b>23 140</b>	<b>22 745</b>	<b>– 2 158</b>

## 6 Der Öffentliche Gesamthaushalt von 1999 bis 2005

	1999	2000	2001 <sup>2</sup>	2002 <sup>2</sup>	2003 <sup>2</sup>	2004 <sup>2</sup>	2005 <sup>2</sup>
	Mrd. €						
<b>Öffentlicher Gesamthaushalt<sup>1</sup></b>							
Ausgaben	597,2	599,1	603,5	609,5	618,3	620 ½	624
Einnahmen	570,3	565,1	556,3	552,4	549,8	546 ½	570
Finanzierungssaldo	- 26,9	- 34,0	- 47,1	- 57,1	- 68,5	- 74	- 54
darunter:							
Bund							
Ausgaben	246,9	244,4	243,1	249,3	256,7	255 ½	254 ½
Einnahmen	220,6	220,5	220,2	216,6	217,5	212	232
Finanzierungssaldo	- 26,2	- 23,9	- 22,9	- 32,7	- 39,2	- 44	- 22 ½
Länder							
Ausgaben	246,4	250,7	255,1	257,0	258,6	259 ½	260 ½
Einnahmen	238,1	240,4	229,4	227,7	227,0	233	233 ½
Finanzierungssaldo	- 8,3	- 10,4	- 25,7	- 29,3	- 31,7	- 26	- 27
Gemeinden							
Ausgaben	143,7	146,1	147,9	149,2	149,8	151	156
Einnahmen	145,9	148,0	144,0	144,6	141,4	146 ½	151
Finanzierungssaldo	2,2	1,9	- 3,9	- 4,6	- 8,4	- 5	- 5
Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %							
<b>Öffentlicher Gesamthaushalt</b>							
Ausgaben	2,9	0,3	0,7	1,0	1,4	½	½
Einnahmen	3,4	- 0,9	- 1,6	- 0,7	- 0,5	- ½	4 ½
darunter:							
Bund							
Ausgaben	5,7	- 1,0	- 0,5	2,5	3,0	- ½	- ½
Einnahmen	7,8	- 0,1	- 0,1	- 1,6	0,4	- 2 ½	9 ½
Länder							
Ausgaben	0,7	1,8	1,8	0,7	0,6	½	½
Einnahmen	3,3	0,9	- 4,6	- 0,7	- 0,3	2 ½	0
Gemeinden							
Ausgaben	0,9	1,6	1,3	0,9	0,4	1	3
Einnahmen	0,9	1,4	- 2,7	0,4	- 2,2	3 ½	3

<sup>1</sup> Mit Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, EU-Finanzierung, Fonds Deutsche Einheit, Erblastentilgungsfonds, Entschädigungsfonds, Bundeseisenbahnvermögen, Versorgungsrücklage des Bundes, Steinkohlefonds, Fonds Aufbauhilfe.

<sup>2</sup> 2001, 2002, 2003: vorläufiges Ist-Ergebnis; 2004, 2005: Schätzung.

<sup>3</sup> Steuern des Öffentlichen Gesamthaushalts in % des nominalen BIP.

Stand: Finanzplanungsrat November 2004.



## 6 Der Öffentliche Gesamthaushalt von 1999 bis 2005

	1999	2000	2001 <sup>2</sup>	2002 <sup>2</sup>	2003 <sup>2</sup>	2004 <sup>2</sup>	2005 <sup>2</sup>
	Mrd. €						
	Anteile in %						
<b>Finanzierungssaldo</b>							
(1) in % des BIP (nominal)							
Öffentlicher Gesamthaushalt	- 1,4	- 1,7	- 2,3	- 2,7	- 3,2	- 3 ½	- 2 ½
darunter:							
Bund	- 1,3	- 1,2	- 1,1	- 1,6	- 1,8	- 2	- 1
Länder	- 0,4	- 0,5	- 1,2	- 1,4	- 1,5	- 1	- 1
Gemeinden	0,1	0,1	- 0,2	- 0,2	- 0,4	- 0	0
(2) in % der Ausgaben							
Öffentlicher Gesamthaushalt	- 4,5	- 5,7	- 7,8	- 9,4	- 11,1	- 12	- 8 ½
darunter:							
Bund	- 10,6	- 9,8	- 9,4	- 13,1	- 15,3	- 17	- 9
Länder	- 3,4	- 4,1	- 10,1	- 11,4	- 12,2	- 10	- 10 ½
Gemeinden	1,5	1,3	- 2,6	- 3,1	- 5,6	- 3	- 3 ½
<b>Ausgaben in % des BIP (nominal)</b>							
Öffentlicher Gesamthaushalt	30,2	29,5	29,1	28,9	29,1	28 ½	28
darunter:							
Bund	12,5	12,0	11,7	11,8	12,1	11 ½	11 ½
Länder	12,5	12,4	12,3	12,2	12,2	12	11 ½
Gemeinden	7,3	7,2	7,1	7,1	7,0	7	7
Gesamtwirtschaftliche Steuerquote <sup>3</sup>	22,9	23,0	21,5	21,0	20,8	20 ½	20

<sup>1</sup> Mit Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, EU-Finanzierung, Fonds Deutsche Einheit, Erblastentilgungsfonds, Entschädigungsfonds, Bundeseisenbahnvermögen, Versorgungsrücklage des Bundes, Steinkohlefonds, Fonds Aufbauhilfe.

<sup>2</sup> 2001, 2002, 2003: vorläufiges Ist-Ergebnis; 2004, 2005: Schätzung.

<sup>3</sup> Steuern des Öffentlichen Gesamthaushalts in % des nominalen BIP.

Stand: Finanzplanungsrat November 2004.

## 7 Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2005 (Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1969	1975	1980	1985	1990	1995	1996	1997
Ist-Ergebnisse									
<b>I. Gesamtübersicht</b>									
<b>Ausgaben</b>	Mrd.€	<b>42,1</b>	<b>80,2</b>	<b>110,3</b>	<b>131,5</b>	<b>194,4</b>	<b>237,6</b>	<b>232,9</b>	<b>225,9</b>
Veränderung gegen Vorjahr	%	8,6	12,7	37,5	2,1	.	- 1,4	- 2,0	- 3,0
<b>Einnahmen</b>	Mrd.€	<b>42,6</b>	<b>63,3</b>	<b>96,2</b>	<b>119,8</b>	<b>169,8</b>	<b>211,7</b>	<b>192,8</b>	<b>193,5</b>
Veränderung gegen Vorjahr	%	17,9	0,2	6,0	5,0	.	- 1,5	- 9,0	0,4
<b>Finanzierungssaldo</b>	Mrd.€	<b>0,6</b>	<b>- 16,9</b>	<b>- 14,1</b>	<b>- 11,6</b>	<b>- 24,6</b>	<b>- 25,8</b>	<b>- 40,1</b>	<b>- 32,5</b>
darunter:									
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	- 0,0	- 15,3	- 27,1	- 11,4	- 23,9	- 25,6	- 40,0	- 32,6
Münzeinnahmen	Mrd.€	- 0,1	- 0,4	- 27,1	- 0,2	- 0,7	- 0,2	- 0,1	0,1
Rücklagenbewegung	Mrd.€	-	- 1,2	-	-	-	-	-	-
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	Mrd.€	0,7	-	-	-	-	-	-	-
<b>II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten</b>									
<b>Personalausgaben</b>	Mrd.€	<b>6,6</b>	<b>13,0</b>	<b>16,4</b>	<b>18,7</b>	<b>22,1</b>	<b>27,1</b>	<b>27,0</b>	<b>26,8</b>
Veränderung gegen Vorjahr	%	12,4	5,9	6,5	3,4	4,5	0,5	- 0,1	- 0,7
Anteil an den Bundesausgaben	%	15,6	16,2	14,9	14,3	11,4	11,4	11,6	11,9
Anteil an den Personalausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts <sup>3</sup>	%	24,3	21,5	19,8	19,1	.	14,4	14,3	16,2
<b>Zinsausgaben</b>	Mrd.€	<b>1,1</b>	<b>2,7</b>	<b>7,1</b>	<b>14,9</b>	<b>17,5</b>	<b>25,4</b>	<b>26,0</b>	<b>27,3</b>
Veränderung gegen Vorjahr	%	14,3	23,1	24,1	5,1	6,7	- 6,2	2,3	4,9
Anteil an den Bundesausgaben	%	2,7	5,3	6,5	11,3	9,0	10,7	11,2	12,1
Anteil an den Zinsausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts <sup>3</sup>	%	35,1	35,9	47,6	52,3	.	38,7	39,0	40,6
<b>Investive Ausgaben</b>	Mrd.€	<b>7,2</b>	<b>13,1</b>	<b>16,1</b>	<b>17,1</b>	<b>20,1</b>	<b>34,0</b>	<b>31,2</b>	<b>28,8</b>
Veränderung gegen Vorjahr	%	10,2	11,0	- 4,4	- 0,5	8,4	8,8	- 8,3	- 7,6
Anteil an den Bundesausgaben	%	17,0	16,3	14,6	13,0	10,3	14,3	13,4	12,8
Anteil an den investiven Ausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts <sup>3</sup>	%	34,4	35,4	32,0	36,1	.	37,0	36,1	35,2
<b>Steuereinnahmen<sup>1</sup></b>	Mrd.€	<b>40,2</b>	<b>61,0</b>	<b>90,1</b>	<b>105,5</b>	<b>132,3</b>	<b>187,2</b>	<b>173,1</b>	<b>169,3</b>
Veränderung gegen Vorjahr	%	18,7	0,5	6,0	4,6	4,7	- 3,4	- 7,5	- 2,2
Anteil an den Bundesausgaben	%	95,5	76,0	81,7	80,2	68,1	78,8	74,3	74,9
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	94,3	96,3	93,7	88,0	77,9	88,4	89,8	87,5
Anteil am gesamten Steuer- aufkommen <sup>3</sup>	%	54,0	49,2	48,3	47,2	.	44,9	42,3	41,5
<b>Nettokreditaufnahme</b>	Mrd.€	<b>- 0,0</b>	<b>- 15,3</b>	<b>- 13,9</b>	<b>- 11,4</b>	<b>- 23,9</b>	<b>- 25,6</b>	<b>- 40,0</b>	<b>- 32,6</b>
Anteil an den Bundesausgaben	%	0,0	19,1	12,6	8,7	.	10,8	17,2	14,4
Anteil an den investiven Ausgaben des Bundes	%	0,0	117,2	86,2	67,0	.	75,3	128,3	113,0
Anteil an der Nettokreditaufnahme des öffentlichen Gesamthaushalts <sup>3, 4</sup>	%	0,0	55,8	50,4	55,3	.	51,2	70,4	64,3
<b>nachrichtlich: Schuldenstand<sup>3</sup></b>									
öffentliche Haushalte <sup>2</sup>	Mrd.€	59,2	129,4	236,6	386,8	536,2	1 010,4	1 070,4	1 119,1
darunter: Bund <sup>5</sup>	Mrd.€	23,1	54,8	153,4	200,6	277,2	385,7	426,0	459,7

<sup>1</sup> Nach Abzug der Ergänzungszuweisungen an Länder.

<sup>2</sup> Ab 1991 einschließlich Beitrittsgebiet.

<sup>3</sup> Stand Finanzplanungsrat November 2004; 2001 bis 2003 vorläufiges Ist, 2004 und 2005 = Schätzung.

<sup>4</sup> Ab 2003: Nettokreditaufnahme = Finanzierungssaldo.

<sup>5</sup> Ab 2005 mit Fonds Deutsche Einheit.

## 7 Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2005 (Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005
		Ist-Ergebnisse							Soll
I. Gesamtübersicht									
Ausgaben	Mrd.€	233,6	246,9	244,4	243,1	249,3	256,7	251,6	254,3
Veränderung gegen Vorjahr	%	3,4	5,7	- 1,0	- 0,5	2,5	3,0	- 2,0	1,1
Einnahmen	Mrd.€	204,7	220,6	220,5	220,2	216,6	217,5	211,8	232,0
Veränderung gegen Vorjahr	%	5,8	7,8	- 0,1	- 0,1	- 1,6	0,4	- 2,6	9,5
Finanzierungssaldo	Mrd.€	- 28,9	- 26,2	- 23,9	- 22,9	- 32,7	- 39,2	- 39,8	- 22,3
darunter:									
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	- 28,9	- 26,1	- 23,8	- 22,8	- 31,9	- 38,6	- 39,5	- 22,0
Münzeinnahmen	Mrd.€	- 0,1	- 0,1	- 0,1	- 0,1	- 0,9	- 0,6	- 0,3	- 0,3
Rücklagenbewegung	Mrd.€	-	-	-	-	-	-	-	-
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	Mrd.€	-	-	-	-	-	-	-	-
II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten									
Personalausgaben	Mrd.€	26,7	27,0	26,5	26,8	27,0	27,2	26,8	26,9
Veränderung gegen Vorjahr	%	- 0,7	1,2	- 1,7	1,1	0,7	0,9	- 1,8	0,4
Anteil an den Bundesausgaben	%	11,4	10,9	10,8	11,0	10,8	10,6	10,6	10,6
Anteil an den Personalausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts <sup>3</sup>	%	16,1	16,1	15,7	15,9	15,7	15,8	15,5	15,6
Zinsausgaben	Mrd.€	28,7	41,1	39,1	37,6	37,1	36,9	36,3	38,9
Veränderung gegen Vorjahr	%	5,2	43,1	- 4,7	- 3,9	- 1,5	- 0,5	- 1,6	7,2
Anteil an den Bundesausgaben	%	12,3	16,6	16,0	15,5	14,9	14,4	14,4	15,3
Anteil an den Zinsausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts <sup>3</sup>	%	42,1	58,9	58,0	56,8	56,3	56,4	54,5	57,6
Investive Ausgaben	Mrd.€	29,2	28,6	28,1	27,3	24,1	25,7	22,4	22,7
Veränderung gegen Vorjahr	%	1,3	- 2,0	- 1,7	- 3,1	- 11,7	6,9	- 13,0	1,6
Anteil an den Bundesausgaben	%	12,5	11,6	11,5	11,2	9,7	10,0	8,9	8,9
Anteil an den investiven Ausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts <sup>3</sup>	%	35,5	35,7	35,0	34,2	33,2	36,6	31,7	33,4
Steuereinnahmen <sup>1</sup>	Mrd.€	174,6	192,4	198,8	193,8	192,0	191,9	187,0	190,8
Veränderung gegen Vorjahr	%	3,1	10,2	3,3	- 2,5	- 0,9	- 0,1	- 2,5	2,0
Anteil an den Bundesausgaben	%	74,7	77,9	81,3	79,7	77,0	74,7	74,3	75,0
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	85,3	87,2	90,1	88,0	88,7	88,2	88,3	82,2
Anteil am gesamten Steuer- aufkommen <sup>3</sup>	%	41,0	42,5	42,5	43,4	43,5	43,4	42,3	42,3
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	- 28,9	- 26,1	- 23,8	- 22,8	- 31,9	- 38,6	- 39,5	- 22,0
Anteil an den Bundesausgaben	%	12,4	10,6	9,7	9,4	12,8	15,1	15,7	8,7
Anteil an den investiven Ausgaben des Bundes	%	98,8	91,2	84,4	83,7	132,4	150,2	176,7	96,7
Anteil an der Nettokreditaufnahme des öffentlichen Gesamthaushalts <sup>3,4</sup>	%	88,6	82,3	62,0	57,8	61,6	56,4	53,4	40,7
nachrichtlich: Schuldenstand <sup>3</sup>									
öffentliche Haushalte <sup>2</sup>	Mrd.€	1 153,4	1 183,1	1 198,2	1 203,9	1 253,2	1 325,7	1 394½	1 446
darunter: Bund <sup>5</sup>	Mrd.€	488,0	708,3	715,6	697,3	719,4	760,5	801½	862

<sup>1</sup> Nach Abzug der Ergänzungszuweisungen an Länder.

<sup>2</sup> Ab 1991 einschließlich Beitrittsgebiet.

<sup>3</sup> Stand Finanzplanungsrat November 2004; 2001 bis 2003 vorläufiges Ist, 2004 und 2005 = Schätzung.

<sup>4</sup> Ab 2003: Nettokreditaufnahme = Finanzierungssaldo.

<sup>5</sup> Ab 2005 mit Fonds Deutsche Einheit.

## 8 Entwicklung der Steuer- und Abgabenquoten<sup>1</sup> (Steuer- und Sozialbeitragseinnahmen des Staates)

Jahr	Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen <sup>2</sup>		Abgrenzung der Finanzstatistik	
	Steuerquote	Abgabenquote	Steuerquote	Abgabenquote
	Anteile am BIP in %			
1960	23,0	33,4	22,6	32,2
1965	23,5	34,1	23,1	32,9
1970	23,5	35,6	22,4	33,5
1975	23,5	39,1	23,1	37,9
1976	24,2	40,4	23,4	38,9
1977	25,1	41,2	24,5	39,8
1978	24,6	40,5	24,4	39,4
1979	24,4	40,4	24,3	39,3
1980	24,5	40,7	24,3	39,7
1981	23,6	40,4	23,7	39,5
1982	23,3	40,4	23,3	39,4
1983	23,2	39,9	23,2	39,0
1984	23,3	40,1	23,2	38,9
1985	23,5	40,3	23,4	39,2
1986	22,9	39,7	22,9	38,7
1987	22,9	39,8	22,9	38,8
1988	22,7	39,4	22,7	38,5
1989	23,3	39,8	23,4	39,0
1990	22,1	38,2	22,7	38,0
1991	22,0	38,9	22,0	38,0
1992	22,4	39,6	22,7	39,2
1993	22,4	40,2	22,6	39,6
1994	22,3	40,5	22,5	39,8
1995	21,9	40,3	22,5	40,2
1996	22,4	41,4	21,8	39,9
1997	22,2	41,4	21,3	39,5
1998	22,7	41,7	21,7	39,5
1999	23,8	42,5	22,5	40,2
2000	24,2	42,5	22,7	40,0
2001 <sup>3</sup>	22,6	40,8	21,1	38,3
2002 <sup>3</sup>	22,3	40,4	20,6	37,8
2003 <sup>3</sup>	22,3	40,5	20,4	37,6
2004 <sup>3</sup>	21,7	39,6	20,0	36,8

<sup>1</sup> Ab 1991 Bundesrepublik insgesamt.<sup>2</sup> Ab 1970 in der Abgrenzung des ESVG 1995.<sup>3</sup> Vorläufige Ergebnisse; Stand: August 2005.

## 9 Entwicklung der öffentlichen Schulden

	2001	2002	2003	2004
	<b>in Mrd. €<sup>1</sup></b>			
Öffentliche Haushalte insgesamt <sup>2</sup>	1 203,9	1 253,2	1 325,7	1 395,0
darunter:				
Bund	697,3	719,4	760,5	803,0
Länder	357,7	384,7	415,0	442,9
Gemeinden <sup>3</sup>	89,8	89,8	91,5	91,8
Sonderrechnungen des Bundes	59,1	59,2	58,8	57,3
	<b>in % der Gesamtschulden</b>			
Bund	57,9	57,4	57,4	57,6
Länder	29,7	30,7	31,3	31,8
Gemeinden <sup>3</sup>	7,5	7,2	6,9	6,6
Sonderrechnungen des Bundes	4,9	4,7	4,4	4,1
	<b>in % des BIP</b>			
Öffentliche Haushalte insgesamt <sup>2</sup>	57,0	58,4	61,3	63,0
darunter				
Bund	33,0	33,5	35,2	36,2
Länder	16,9	17,9	19,2	20,0
Gemeinden <sup>3</sup>	4,3	4,2	4,2	4,1
Sonderrechnungen des Bundes	2,8	2,8	2,7	2,6
<b>nachrichtlich</b>	<b>in % des BIP</b>			
Maastricht-Kriterium „Schuldenstand“	58,3	59,8	63,2	64,9

<sup>1</sup> Schuldenstand jeweils am Stichtag 31. Dezember; „Kreditmarktschulden im weiteren Sinn“ (einschließlich Ausgleichsforderungen; ohne Schulden bei öffentlichen Haushalten, innere Darlehen, Kassenverstärkungskredite, kreditähnliche Rechtsgeschäfte, Bürgschaften und sonstige Gewährleistungen).

<sup>2</sup> Bund, Länder, Gemeinden einschließlich Gemeindeverbände, Sonderrechnungen, Zweckverbände.

<sup>3</sup> Ohne Schulden der Krankenhäuser und Eigenbetriebe.

Stand: Finanzplanungsrat Juni 2005.

## 10 Steueraufkommen nach Steuergruppen<sup>1</sup>

Jahr	Steueraufkommen			Anteile am Steueraufkommen insgesamt	
	davon			Direkte Steuern	Indirekte Steuern
	insgesamt	Direkte Steuern	Indirekte Steuern		
	Mrd. €	Mrd. €	Mrd. €	%	%
Gebiet der Bundesrepublik Deutschland nach dem Stand bis zum 3. Oktober 1990					
1950	10,5	5,3	5,2	50,6	49,4
1955	21,6	11,1	10,5	51,3	48,7
1960	35,0	18,8	16,2	53,8	46,2
1965	53,9	29,3	24,6	54,3	45,7
1970	78,8	42,2	36,6	53,6	46,4
1975	123,8	72,8	51,0	58,8	41,2
1980	186,6	109,1	77,5	58,5	41,5
1981	189,3	108,5	80,9	57,3	42,7
1982	193,6	111,9	81,7	57,8	42,2
1983	202,8	115,0	87,8	56,7	43,3
1984	212,0	120,7	91,3	56,9	43,1
1985	223,5	132,0	91,5	59,0	41,0
1986	231,3	137,3	94,1	59,3	40,7
1987	239,6	141,7	98,0	59,1	40,9
1988	249,6	148,3	101,2	59,4	40,6
1989	273,8	162,9	111,0	59,5	40,5
1990	281,0	159,5	121,6	56,7	43,3
Bundesrepublik Deutschland					
1991	338,4	189,1	149,3	55,9	44,1
1992	374,1	209,5	164,6	56,0	44,0
1993	383,0	207,4	175,6	54,2	45,8
1994	402,0	210,4	191,6	52,3	47,7
1995	416,3	224,0	192,3	53,8	46,2
1996	409,0	213,5	195,6	52,2	47,8
1997	407,6	209,4	198,1	51,4	48,6
1998	425,9	221,6	204,3	52,0	48,0
1999	453,1	235,0	218,1	51,9	48,1
2000	467,3	243,5	223,7	52,1	47,9
2001	446,2	218,9	227,4	49,0	51,0
2002	441,7	211,5	230,2	47,9	52,1
2003	442,2	210,2	232,0	47,5	52,5
2004	442,8	211,9	231,0	47,8	52,2
2005 <sup>2</sup>	445,0	211,9	233,0	47,6	52,4
2006 <sup>2</sup>	456,6	219,9	236,6	48,2	51,8
2007 <sup>2</sup>	471,1	231,2	240,4	49,0	51,0
2008 <sup>2</sup>	487,8	244,2	243,6	50,1	49,9
2009 <sup>2</sup>	501,1	254,2	246,9	50,7	49,3

<sup>1</sup> Die Übersicht enthält auch Steuerarten, die zwischenzeitlich ausgelaufen oder abgeschafft worden sind: Notopfer Berlin für natürliche Personen (30.09.1956) und für Körperschaften (31.12.1957); Baulandsteuer (31.12.1962); Wertpapiersteuer (31.12.1964); Süßstoffsteuer (31.12.1965); Beförderungsteuer (31.12.1967); Speiseeissteuer (31.12.1971); Kreditgewinnabgabe (31.12.1973); Ergänzungsabgabe zur Einkommensteuer (31.12.1974) und zur Körperschaftsteuer (31.12.1976); Vermögensabgabe (31.03.1979); Hypothekengewinnabgabe und Lohnsummensteuer (31.12.1979); Essigsäure-, Spielkarten- und Zündwarensteuer (31.12.1980); Zündwarenmonopol (15.01.1983); Kuponsteuer (31.07.1984); Börsenumsatzsteuer (31.12.1990); Gesellschaft- und Wechselsteuer (31.12.1991); Solidaritätszuschlag (30.06.1992); Leuchtmittel-, Salz-, Zucker- und Teesteuer (31.12.1992); Vermögensteuer (31.12.1996); Gewerbe(kapital)steuer (31.12.1997).

<sup>2</sup> Steuerschätzung vom 10. bis 12. Mai 2005.  
Stand: Mai 2005.

## 11 Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden<sup>1</sup>

Land	in % des BIP											
	1980	1985	1990	1995	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	
Deutschland <sup>2</sup>	- 2,9	- 1,1	- 2,0	- 3,3	- 1,2	- 2,8	- 3,7	- 3,8	- 3,7	- 3,3	- 2,8	
Belgien	- 9,5	-10,2	- 6,8	- 4,4	0,2	0,4	0,1	0,4	0,1	- 0,2	- 0,6	
Dänemark	- 2,4	- 1,4	- 1,0	- 2,3	2,6	3,0	1,7	1,2	2,8	2,1	2,2	
Griechenland	-	-	-15,7	-10,2	- 4,1	- 4,1	- 4,1	- 5,2	- 6,1	- 4,5	- 4,4	
Spanien	-	-	-	- 6,6	- 1,0	- 0,5	- 0,3	0,3	- 0,3	0,0	0,1	
Frankreich	0,0	- 3,0	- 2,1	- 5,5	- 1,4	- 1,6	- 3,2	- 4,2	- 3,7	- 3,0	- 3,4	
Irland	-	-10,8	- 2,8	- 2,1	4,4	0,9	- 0,6	0,2	1,3	- 0,6	- 0,6	
Italien	- 7,1	-12,7	-11,8	- 7,6	- 1,8	- 3,0	- 2,6	- 2,9	- 3,0	- 3,6	- 4,6	
Luxemburg	-	-	4,8	2,5	6,2	6,2	2,3	0,5	- 1,1	- 1,5	- 1,9	
Niederlande	- 4,0	- 3,6	- 5,3	- 4,2	1,5	- 0,1	- 1,9	- 3,2	- 2,5	- 2,0	- 1,6	
Österreich	- 1,7	- 2,8	- 2,4	- 5,7	- 1,9	0,3	- 0,2	- 1,1	- 1,3	- 2,0	- 1,7	
Portugal	- 7,6	- 9,1	- 6,6	- 5,5	- 3,1	- 4,4	- 2,7	- 2,9	- 2,9	- 4,9	- 4,7	
Finnland	3,9	3,5	5,5	- 3,9	7,1	5,2	4,3	2,1	2,3	1,7	1,6	
Schweden	-	-	-	- 7,0	5,0	2,5	- 0,3	0,2	1,4	0,8	0,8	
Vereinigtes Königreich	- 3,2	- 2,9	- 1,6	- 5,8	1,4	0,7	- 1,7	- 3,4	- 3,2	- 3,0	- 2,7	
Euro-Zone	-	-	-	- 5,0	- 1,0	- 1,7	- 2,4	- 2,8	- 2,7	- 2,6	- 2,7	
EU-15	-	-	-	- 5,1	- 0,2	- 1,1	- 2,2	- 2,8	- 2,6	- 2,5	- 2,5	
Estland	-	-	-	0,4	- 0,6	0,3	1,4	3,1	1,8	0,9	0,5	
Lettland	-	-	6,9	- 2,0	- 2,8	- 2,1	- 2,7	- 1,5	- 0,8	- 1,6	- 1,5	
Litauen	-	-	-	- 1,9	- 2,5	- 2,0	- 1,5	- 1,9	- 2,5	- 2,4	- 1,9	
Malta	-	-	-	-	- 6,3	- 6,4	- 5,9	-10,5	- 5,2	- 3,9	- 2,8	
Polen	-	-	-	- 2,3	- 1,6	- 3,9	- 3,6	- 4,5	- 4,8	- 4,4	- 3,8	
Slowakei	-	-	-	- 0,9	-12,3	- 6,0	- 5,7	- 3,7	- 3,3	- 3,8	- 4,0	
Slowenien	-	-	-	-	- 3,5	- 2,8	- 2,4	- 2,0	- 1,9	- 2,2	- 2,1	
Tschechien	-	-	-	-13,4	- 3,7	- 5,9	- 6,8	-11,7	- 3,0	- 4,5	- 4,0	
Ungarn	-	-	-	-	- 2,4	- 3,7	- 8,5	- 6,2	- 4,5	- 3,9	- 4,1	
Zypern	-	-	-	-	- 2,4	- 2,3	- 4,5	- 6,3	- 4,2	- 2,9	- 1,9	
EU-25	-	-	-	-	-	- 1,2	- 2,3	- 2,9	- 2,6	- 2,6	- 2,5	
Japan	- 4,5	- 1,4	2,1	- 4,7	- 7,5	- 6,1	- 7,9	- 7,7	- 7,0	- 6,6	- 6,1	
USA	- 2,6	- 5,1	- 4,3	- 3,2	1,6	- 0,4	- 3,8	- 4,6	- 4,4	- 3,9	- 3,8	

- = keine Angaben

<sup>1</sup> Für EU-Mitgliedstaaten ab 1995 nach ESVG 95.

<sup>2</sup> Abweichend Statistisches Bundesamt, April 2005, für 2002: - 3,6% und für 2004: - 3,6%.

Quellen: Für die Jahre 1980 bis 1995: EU-Kommission, „Europäische Wirtschaft“, April 2005.

Für die Jahre 2000 bis 2006: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, April 2005 (ohne UMTS-Erlöse).

Stand: April 2005.

## 12 Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich

Land	in % des BIP										
	1980	1985	1990	1995	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
Deutschland	31,2	40,7	42,3	57,0	60,2	59,4	60,9	64,2	66,0	68,0	68,9
Belgien	78,6	122,3	129,2	134,0	109,1	108,0	105,4	100,0	95,6	94,9	91,7
Dänemark	39,8	76,4	63,1	73,2	52,3	47,8	47,2	44,7	42,7	40,5	38,2
Griechenland	25,0	53,6	79,6	108,7	114,0	114,8	112,2	109,3	110,5	110,5	108,9
Spanien	16,8	42,3	43,6	63,9	61,1	57,8	55,0	51,4	48,9	46,5	44,2
Frankreich	19,8	30,8	35,1	54,6	56,8	57,0	59,0	63,9	65,6	66,2	67,1
Irland	69,8	101,7	94,2	82,0	38,3	35,8	32,6	32,0	29,9	29,8	29,6
Italien	58,2	82,3	97,2	124,3	111,2	110,7	108,0	106,3	105,8	105,6	106,3
Luxemburg	11,3	11,7	5,4	6,7	5,5	7,2	7,5	7,1	7,5	7,8	7,9
Niederlande	45,9	70,3	76,9	77,2	55,9	52,9	52,6	54,3	55,7	57,6	57,9
Österreich	36,2	49,2	56,1	68,8	66,7	67,1	66,7	65,4	65,2	64,4	64,1
Portugal	32,3	61,5	58,3	64,3	53,3	55,9	58,5	60,1	61,9	66,2	68,5
Finnland	11,5	16,2	14,2	57,1	44,6	43,8	42,5	45,3	45,1	44,3	43,7
Schweden	40,0	61,9	42,0	73,7	52,8	54,3	52,4	52,0	51,2	50,3	49,2
Vereinigtes Königreich	53,2	52,7	34,0	51,8	42,0	38,8	38,3	39,7	41,6	41,9	42,5
Euro-Zone	34,0	51,6	57,7	73,6	70,4	69,6	69,5	70,8	71,3	71,7	71,9
EU-15	38,1	52,3	53,8	70,8	64,1	63,3	62,7	64,3	64,7	65,0	65,1
Estland	–	–	–	–	4,7	4,4	5,3	5,3	4,9	4,3	4,0
Lettland	–	–	–	–	12,9	14,9	14,1	14,4	14,4	14,0	14,3
Litauen	–	–	–	–	23,8	22,9	22,4	21,4	19,7	21,2	20,9
Malta	–	–	–	–	57,0	62,4	62,7	71,8	75,0	76,4	77,1
Polen	–	–	–	–	36,8	36,7	41,2	45,4	43,6	46,8	47,6
Slowakei	–	–	–	–	49,9	48,7	43,3	42,6	43,6	44,2	44,9
Slowenien	–	–	–	–	27,4	28,1	29,5	29,4	29,4	30,2	30,4
Tschechien	–	–	–	–	18,2	27,2	30,7	38,3	37,4	36,4	37,0
Ungarn	–	–	–	–	55,4	52,2	55,5	56,9	57,6	57,8	57,9
Zypern	–	–	–	–	59,9	61,9	65,2	69,8	71,9	69,1	66,6
EU-25	–	–	–	–	62,9	62,2	61,7	63,3	63,8	64,1	64,2
Japan	55,0	72,1	68,6	87,1	134,1	142,3	149,5	157,5	163,2	169,5	173,4
USA	45,7	59,5	67,2	74,8	58,6	58,3	60,5	62,9	63,8	64,7	66,7

– = keine Angaben

Quellen: Für die Jahre 1980 bis 1990 und 2000 bis 2006: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, April 2005.

Für das Jahr 1995: EU-Kommission, „Europäische Wirtschaft“, April 2005.

Für USA und Japan (alle Jahre): EU-Kommission, „Europäische Wirtschaft“, April 2005.

Stand: April 2005.



### 13 Steuerquoten im internationalen Vergleich<sup>1</sup>

Land	Steuern in % des BIP							
	1970	1980	1990	1995	2000	2001	2002	2003 <sup>2</sup>
Deutschland <sup>3,4</sup>	22,5	24,6	22,3	23,3	23,0	22,2	21,5	21,5
Belgien	24,8	30,2	28,8	30,1	31,6	31,5	31,7	31,3
Dänemark	37,7	43,2	45,7	47,8	47,3	47,7	47,2	47,3
Finnland	29,1	27,8	33,0	31,8	35,9	33,6	33,7	32,9
Frankreich	21,7	23,3	24,0	25,3	29,0	28,7	27,7	27,5
Griechenland	15,7	16,2	20,5	21,9	26,4	24,9	24,1	–
Irland	26,4	26,9	28,5	28,1	27,9	25,8	24,1	25,5
Italien	16,2	18,9	26,1	28,2	30,8	30,7	30,1	30,5
Japan	15,2	18,0	21,4	17,7	17,2	17,1	15,9	–
Kanada	27,8	27,7	31,5	30,6	30,8	29,9	28,7	28,7
Luxemburg	19,1	29,1	29,7	31,1	30,3	29,8	30,6	30,1
Niederlande	23,1	27,0	26,9	24,4	25,2	25,5	25,3	24,7
Norwegen	28,9	33,5	30,6	31,5	34,3	34,2	33,6	34,0
Österreich	25,8	27,5	27,2	26,5	28,6	30,4	29,4	28,4
Polen	–	–	–	25,8	23,0	22,3	23,1	–
Portugal	14,7	17,0	21,3	23,5	25,5	24,6	24,7	–
Schweden	32,8	33,6	38,7	35,1	39,0	36,6	35,1	36,1
Schweiz	16,7	19,5	19,9	20,3	23,1	22,3	22,5	22,2
Slowakei	–	–	–	–	20,0	17,5	18,8	–
Spanien	10,2	11,9	21,4	21,0	22,9	22,5	23,0	23,2
Tschechien	–	–	–	23,4	21,8	21,6	22,0	22,6
Ungarn	–	–	–	27,3	27,6	27,5	26,7	–
USA	22,7	20,6	20,5	20,9	23,0	22,0	19,6	18,6
Vereinigtes Königreich	31,9	29,3	30,3	28,8	31,1	30,9	29,7	28,9

<sup>1</sup> Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD.

<sup>2</sup> Vorläufig.

<sup>3</sup> Nicht vergleichbar mit Quoten in Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen oder der deutschen Finanzstatistik (vgl. für Deutschland hierzu Monatsbericht 09/2004 des BMF, S. 106).

<sup>4</sup> 1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 bis 2003, Paris 2004.

Stand: Oktober 2004.

## 14 Abgabenquoten im internationalen Vergleich<sup>1</sup>

Land	Steuern und Sozialabgaben in % des BIP							
	1970	1980	1990	1995	2000	2001	2002	2003 <sup>2</sup>
Deutschland <sup>3,4</sup>	32,3	37,5	35,7	38,2	37,8	36,8	36,0	36,2
Belgien	34,8	42,4	43,2	44,8	45,7	45,9	46,4	45,8
Dänemark	39,2	43,9	47,1	49,4	49,6	49,9	48,9	49,0
Finnland	32,0	36,2	44,3	46,0	48,0	46,0	45,9	44,9
Frankreich	34,1	40,6	43,0	43,9	45,2	44,9	44,0	44,2
Griechenland	22,4	24,2	29,3	32,4	38,2	36,6	35,9	–
Irland	28,8	31,4	33,5	32,8	32,2	30,1	28,4	30,0
Italien	26,1	30,4	38,9	41,2	43,2	43,0	42,6	43,4
Japan	19,6	25,3	30,2	27,8	27,1	27,4	25,8	–
Kanada	30,8	30,9	35,9	35,6	35,6	35,0	33,9	33,9
Luxemburg	26,8	40,8	40,8	42,3	40,2	40,7	41,8	41,6
Niederlande	35,6	43,6	42,9	41,9	41,2	39,8	39,2	38,8
Norwegen	34,4	42,5	41,5	41,1	43,2	42,4	43,5	43,9
Österreich	34,6	39,8	40,4	41,6	43,4	45,2	44,0	43,0
Polen	–	–	–	37,0	32,5	31,9	32,6	–
Portugal	19,4	24,1	29,2	33,6	36,4	35,6	33,9	–
Schweden	38,5	47,3	53,2	48,5	53,8	51,9	50,2	50,8
Schweiz	21,8	28,0	26,0	27,8	30,5	30,0	30,3	29,8
Slowakei	–	–	–	–	34,0	31,6	33,1	–
Spanien	16,3	23,1	33,2	32,8	35,2	35,0	35,6	35,8
Tschechien	–	–	–	39,8	39,0	38,5	39,3	39,9
Ungarn	–	–	–	42,4	39,0	39,0	38,3	–
USA	27,0	26,4	27,3	27,9	29,9	28,9	26,4	25,4
Vereinigtes Königreich	37,0	35,2	36,5	35,0	37,4	37,2	35,8	35,3

<sup>1</sup> Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD.

<sup>2</sup> Vorläufig.

<sup>3</sup> Nicht vergleichbar mit Quoten in Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen oder der deutschen Finanzstatistik (vgl. für Deutschland hierzu Monatsbericht 09/2004 des BMF, S. 106).

<sup>4</sup> 1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 bis 2003, Paris 2004.

Stand: Oktober 2004.

## 15 Entwicklung der EU-Haushalte von 2000 bis 2005

	2000	2001	2002	2003	2004	2005
<b>Ausgabenseite</b>						
a) Ausgaben insgesamt (in Mrd. €)	83,44	79,99	85,14	90,56	101,81	106,30
davon:						
Agrarpolitik	40,51	41,53	43,52	44,38	43,99	49,11
Strukturpolitik	27,59	22,46	23,50	28,53	34,52	32,40
Interne Politiken	5,37	5,30	6,57	5,67	7,51	7,92
Externe Politiken	3,84	4,23	4,42	4,29	4,95	5,48
Verwaltungsausgaben	4,74	4,86	5,21	5,30	6,12	6,35
Reserven	0,19	0,21	0,17	0,15	0,44	0,44
Heranführungsstrategien	1,20	1,40	1,75	2,24	2,86	3,29
Ausgleichszahlungen					1,41	1,30
b) Zuwachsraten (in %)						
Ausgaben insgesamt	3,9	- 4,1	6,4	6,4	12,4	4,4
davon:						
Agrarpolitik	1,8	2,5	4,8	2,0	- 0,9	11,6
Strukturpolitik	3,5	- 18,6	4,6	21,4	21,0	- 6,1
Interne Politiken	20,1	- 1,3	24,0	- 13,7	32,5	5,5
Externe Politiken	- 16,3	10,2	4,5	9,5	15,4	10,7
Verwaltungsausgaben	5,1	2,5	7,2	1,7	15,5	3,8
Reserven	- 36,7	10,5	- 19,0	- 11,8	193,3	0,0
Heranführungsstrategie		16,7	25,0	54,9	27,7	15,0
Ausgleichszahlungen						- 7,8
c) Anteil an Gesamtausgaben (in % der Ausgaben):						
Agrarpolitik	48,5	51,9	51,1	49,0	43,2	46,2
Strukturpolitik	33,1	28,1	27,6	31,5	33,9	30,5
Interne Politiken	6,4	6,6	7,7	6,3	7,4	7,5
Externe Politiken	4,6	5,3	5,2	4,7	4,9	5,2
Verwaltungsausgaben	5,7	6,1	6,1	5,9	6,0	6,0
Reserven	0,2	0,3	0,2	0,2	0,4	0,4
Heranführungsstrategie	1,4	1,8	2,1	2,5	2,8	3,1
Ausgleichszahlungen					1,4	1,2
<b>Einnahmenseite</b>						
a) Einnahmen insgesamt (in Mrd. €)	92,72	94,28	94,08	97,82	101,81	106,30
davon:						
Zölle	13,11	12,83	9,50	9,63	10,66	10,75
Agrarzölle und Zuckerabgaben	2,16	1,82	1,49	1,43	1,74	1,61
MwSt-Eigenmittel	35,19	30,69	22,69	21,73	13,58	15,31
BSP/BNE-Eigenmittel	37,58	34,46	45,85	55,34	69,01	77,58
b) Zuwachsraten (in %)						
Einnahmen insgesamt	6,7	1,7	- 0,2	4,0	4,1	4,4
davon:						
Zölle	12,0	- 2,1	- 26,0	1,4	10,7	0,8
Agrarzölle und Zuckerabgaben	0,5	- 15,7	- 18,1	- 4,0	21,7	- 7,5
MwSt-Eigenmittel	12,3	- 12,8	- 26,1	- 4,2	- 37,5	12,7
BSP/BNE-Eigenmittel	0,2	- 8,3	33,1	20,7	24,7	12,4
c) Anteil an Gesamteinnahmen (in % der Einnahmen):						
Zölle	14,1	13,6	10,1	9,8	10,5	10,1
Agrarzölle und Zuckerabgaben	2,3	1,9	1,6	1,5	1,7	1,5
MwSt-Eigenmittel	38,0	32,6	24,1	22,2	13,3	14,4
BSP/BNE-Eigenmittel	40,5	36,6	48,7	56,6	67,8	73,0

### Bemerkungen:

1996 bis 2003: Ist-Angaben gem. EU-Haushaltsrechnung und ERH-Jahresbericht.

2004: EU-Haushalt einschl. Nachtrags- und Berichtigungshaushalte Nr. 1-10.

2005: Endgültige Feststellung vom Dezember 2004.

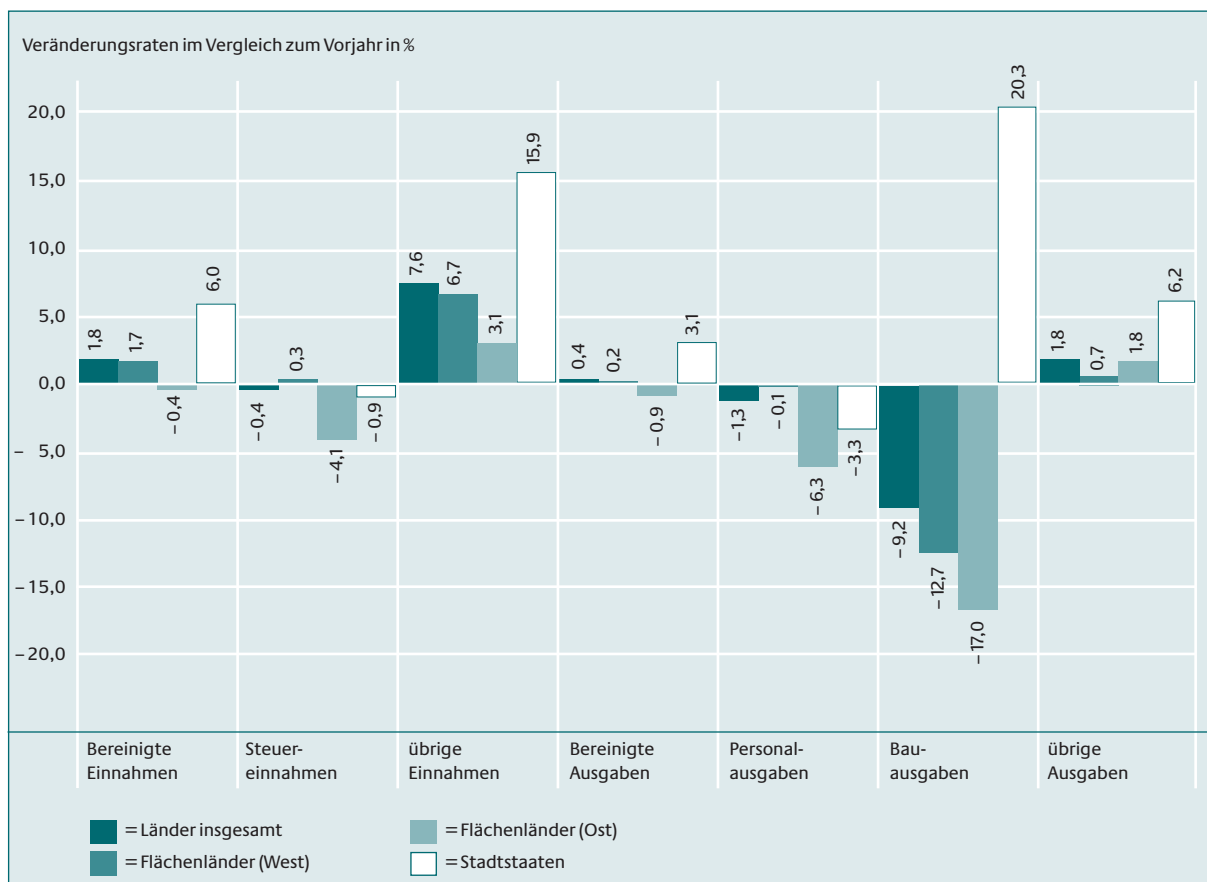
Stand: März 2005.

# Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte

## 1 Entwicklung der Länderhaushalte bis September 2005 im Vergleich zum Jahressoll 2005

in Mio. €	Flächenländer (West)		Flächenländer (Ost)		Stadtstaaten		Länder zusammen	
	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist
<b>Bereinigte Einnahmen</b>	<b>159 997</b>	<b>116 452</b>	<b>49 179</b>	<b>34 661</b>	<b>28 767</b>	<b>22 698</b>	<b>232 593</b>	<b>169 844</b>
darunter:								
Steuereinnahmen	123 401	90 282	22 774	16 472	17 385	12 508	163 559	119 261
übrige Einnahmen	36 597	26 170	26 406	18 190	11 383	10 190	69 034	50 583
<b>Bereinigte Ausgaben</b>	<b>177 656</b>	<b>131 433</b>	<b>52 915</b>	<b>36 401</b>	<b>34 409</b>	<b>26 656</b>	<b>259 629</b>	<b>190 524</b>
darunter:								
Personalausgaben	72 190	54 923	13 068	9 554	11 597	8 571	96 856	73 048
Bauausgaben	2 459	1 241	1 581	776	890	507	4 930	2 524
übrige Ausgaben	103 007	75 269	38 265	26 072	21 921	17 578	157 843	114 952
<b>Finanzierungssaldo</b>	<b>- 17 653</b>	<b>- 14 982</b>	<b>- 3 736</b>	<b>- 1 740</b>	<b>- 5 641</b>	<b>- 3 958</b>	<b>- 27 031</b>	<b>- 20 679</b>

## 2 Entwicklung der Länderhaushalte bis September 2005



### 3 Die Entwicklung der Einnahmen, der Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis September 2005; in Mio. €

Lfd. Nr.	Bezeichnung	September 2004			August 2005			September 2005		
		Bund	Länder <sup>3</sup>	Ins-gesamt	Bund	Länder	Ins-gesamt	Bund	Länder	Ins-gesamt
1	Seit dem 1. Januar gebuchte									
<b>11</b>	<b>Bereinigte Einnahmen<sup>1</sup></b>									
	für das laufende Haushaltsjahr	<b>142 936</b>	<b>166 789</b>	<b>298 888</b>	<b>142 302</b>	<b>145 915</b>	<b>277 707</b>	<b>159 975</b>	<b>169 827</b>	<b>318 052</b>
111	darunter: Steuereinnahmen	126 902	119 784	246 686	112 789	103 223	216 012	129 150	119 261	248 411
112	Länderfinanzausgleich <sup>1</sup>	–	–	–	–	–	–	–	–	–
113	nachr.: Kreditmarktmittel (brutto)	172 792 <sup>4</sup>	58 679	231 470	161 538 <sup>4</sup>	52 764	214 302	175 984 <sup>4</sup>	61 731	237 715
<b>12</b>	<b>Bereinigte Ausgaben<sup>1</sup></b>									
	für das laufende Haushaltsjahr	<b>196 639</b>	<b>189 724</b>	<b>375 526</b>	<b>184 627</b>	<b>168 149</b>	<b>342 265</b>	<b>203 834</b>	<b>190 506</b>	<b>382 590</b>
121	darunter: Personalausgaben (inklusive Versorgung)	19 984	74 033	94 017	17 567	65 417	82 984	19 574	73 048	92 622
122	Bausubstanz	3 253	2 778	6 032	2 709	2 099	4 807	3 263	2 524	5 786
123	Länderfinanzausgleich <sup>1</sup>	–	–201	–201	–	–284	–284	–	–189	–189
124	nachr.: Tilgung von Kreditmarktmitteln	140 414	37 883	178 297	138 066	40 013	178 079	153 019	47 684	200 703
<b>13</b>	<b>Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) (Finanzierungssaldo)</b>	<b>– 53 703</b>	<b>– 22 935</b>	<b>– 76 638</b>	<b>– 42 325</b>	<b>– 22 234</b>	<b>– 64 558</b>	<b>– 43 859</b>	<b>– 20 679</b>	<b>– 64 538</b>
14	Einnahmen der Auslaufperiode des Vorjahres	–	–	–	–	483	483	–	–	0
15	Ausgaben der Auslaufperiode des Vorjahres	–	–	–	–	89	89	–	–	0
16	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) (14–15)	–	–	–	–	394	394	–	–	0
17	Abgrenzungsposten zur Abschlussnachweisung der Bundeshauptkasse/Landeshauptkassen <sup>2</sup>	32 698	18 986	51 684	23 745	12 795	36 540	23 253	14 180	37 433
2	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) des noch nicht abgeschlossenen Vorjahres (ohne Auslaufperiode)	–	–531	–531	–	–1 466	–1 466	–	–1 071	–1 071
22	der abgeschlossenen Vorjahre (Ist-Abschluss)	–	–1 243	–1 243	–	–981	–981	–	–981	–981
3	Verwahrungen, Vorschüsse usw.									
31	Verwahrungen	17 181	6 643	23 824	10 470	7 733	18 203	14 019	8 576	22 595
32	Vorschüsse	–	10 598	10 598	–	9 971	9 971	–	9 044	9 044
33	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	–	3 863	3 863	–	4 649	4 649	–	4 573	4 573
34	Saldo (31–32+33)	17 181	–92	17 089	10 470	2 411	12 881	14 019	4 105	18 124
4	Kassenbestand ohne schwebende Schulden (13+16+17+21+22+34)	–3 823	–5 815	–9 638	–8 110	–9 081	–17 191	–6 586	–4 447	–11 034
5	Schwebende Schulden									
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	3 823	4 631	8 454	8 110	7 150	15 260	6 586	3 482	10 069
52	Schatzwechsel	–	–	–	–	–	–	–	–	–
53	Unverzinsliche Schatzanweisungen	–	–	–	–	–	–	–	–	–
54	Kassenkredit vom Bund	–	–	–	–	–	–	–	–	–
55	Sonstige	–	1 138	1 138	–	110	110	–	396	396
56	Zusammen	3 823	5 769	9 592	8 110	7 260	15 370	6 586	3 878	10 465
6	Kassenbestand insgesamt (4+56)	0	–47	–47	0	–1 821	–1 821	0	–569	–569
7	Nachrichtl. Angaben (oben enthalten)									
71	Innerer Kassenkredit <sup>5</sup>	–	390	390	–	630	630	–	537	537
72	Nicht zum Bestand der Bundeshauptkasse/Landeshauptkasse gehörende Mittel (einschließlich 71)	–	921	921	–	1 326	1 326	–	1 180	1 180

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. <sup>1</sup> In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich, Summe Bund und Länder ohne Verrechnungsverkehr zwischen Bund und Ländern. <sup>2</sup> Haushaltstechnische Verrechnungen, Brutto-/Nettostellungen, Abwicklung der Vorjahre, Rücklagenbewegung, Nettokreditaufnahme/Nettokredittilgung. <sup>3</sup> Einschl. der Sanierungshilfen des Bundes für Bremen und Saarland. <sup>4</sup> Ohne sonstige Einnahmen zur Schuldentilgung. <sup>5</sup> Nur aus nicht zum Bestand der Bundes-/Landeshauptkasse gehörenden Geldbeständen der Rücklagen und Sondervermögen aufgenommene Mittel; Ausnahme Hamburg: innerer Kassenkredit insgesamt, rechnerisch ermittelt.  
Stand: Oktober 2005.

## 4 Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis September 2005; in Mio. €

Lfd. Nr.	Bezeichnung	Baden-Württ.	Bayern	Brandenburg	Hessen	Mecklbg.-Vorpom.	Niedersachsen	Nordrh.-Westf.	Rheinl.-Pfalz	Saarland
1	Seit dem 1. Januar gebuchte									
<b>11</b>	<b>Bereinigte Einnahmen<sup>1</sup></b>									
	für das laufende Haushaltsjahr	<b>21 157,7</b>	<b>24 020,4<sup>6</sup></b>	<b>6 487,2</b>	<b>11 241,2</b>	<b>4 762,1</b>	<b>14 204,3</b>	<b>32 227,7</b>	<b>7 647,0</b>	<b>1 810,4</b>
111	darunter: Steuereinnahmen	16 108,8	18 820,8	3 183,4	9 254,0	2 071,0	10 649,2	25 168,2 <sup>7</sup>	5 223,0	1 354,4
112	Länderfinanzausgleich <sup>1</sup>	–	–	415,3	–	317,5	326,5	–	207,7	83,5
113	nachr.: Kreditmarktmittel (brutto)	6 595,0	3 658,1	879,2	2 152,0	788,9	6 865,5	13 162,4	4 435,0	1 076,4
<b>12</b>	<b>Bereinigte Ausgaben<sup>1</sup></b>									
	für das laufende Haushaltsjahr	23 733,5	25 296,5 <sup>6</sup>	6 772,4	12 985,8	4 835,1	16 193,7	36 498,8	8 888,0	2 436,2
121	darunter: Personalausgaben (inklusive Versorgung)	10 304,1	11 468,1	1 663,3	5 032,2	1 291,1	6 239,8 <sup>3</sup>	14 606,7 <sup>3</sup>	3 738,7	998,7
122	Baus Ausgaben	216,2	469,2	96,9	216,7	123,8	65,8	119,6	38,5	51,8
123	Länderfinanzausgleich <sup>1</sup>	1 569,8	1 598,9	–	978,9	–	–	314,7	–	–
124	nachr.: Tilgung von Kreditmarktmitteln	4 709,0	1 607,6	1 190,8	1 739,8	1 106,5	5 405,2	11 483,3	3 943,9	510,7
<b>13</b>	<b>Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) (Finanzierungssaldo)</b>	<b>– 2 575,8</b>	<b>– 1 276,1<sup>6</sup></b>	<b>– 285,2</b>	<b>– 1 744,7</b>	<b>– 73,0</b>	<b>– 1 989,4</b>	<b>– 4 271,1</b>	<b>– 1 241,0</b>	<b>– 625,8</b>
14	Einnahmen der Auslaufperiode des Vorjahres	–	–	–	–	–	–	–	–	–
15	Ausgaben der Auslaufperiode des Vorjahres	–	–	–	–	–	–	–	–	–
16	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) (14–15)	–	–	–	–	–	–	–	–	–
17	Abgrenzungsposten zur Abschlussnachweisung der Landeshauptkasse <sup>2</sup>	1 900,7	2 234,3	– 119,3	439,0	– 303,8	1 322,8	1 676,9	394,4	562,9
<b>2</b>	<b>Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) des noch nicht abgeschlossenen Vorjahres (ohne Auslaufperiode)</b>	<b>– 112,3</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>–</b>
21										
22	der abgeschlossenen Vorjahre (Ist-Abschluss)	–	– 762,1	–	0,1	–	–	–	–	–
<b>3</b>	<b>Verwahrungen, Vorschüsse usw.</b>									
31	Verwahrungen	1 613,6	1 677,3	616,9	852,1	119,8	173,1	1 180,5	1 108,3	196,3
32	Vorschüsse	1 092,4	4 225,6	7,8	119,4	3,7	580,2	– 5,6	663,6	11,7
33	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	200,5	2 352,2	–	182,2	134,2	666,4	131,2	0,7	6,0
34	Saldo (31–32+33)	721,7	– 196,1	609,1	914,9	250,3	259,3	1 317,3	445,4	190,6
<b>4</b>	<b>Kassenbestand ohne schwebende Schulden (13+16+17+21+22+34)</b>	<b>– 65,7</b>	<b>0,0</b>	<b>204,6</b>	<b>– 390,6</b>	<b>– 126,5</b>	<b>– 407,3</b>	<b>– 1 276,9</b>	<b>– 401,3</b>	<b>127,7</b>
<b>5</b>	<b>Schwebende Schulden</b>									
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	–	0,0	56,6	–	62,5	–	1 283,0	402,0	– 127,3
52	Schatzwechsel	–	–	–	–	–	–	–	–	–
53	Unverzinsliche Schatzanweisungen	–	–	–	–	–	–	–	–	–
54	Kassenkredit vom Bund	–	–	–	–	–	–	–	–	–
55	Sonstige	–	–	–	396,0	–	–	–	–	–
56	Zusammen	0,0	0,0	56,6	396,0	62,5	–	1 283,0	402,0	– 127,3
<b>6</b>	<b>Kassenbestand insgesamt (4+56)<sup>4</sup></b>	<b>– 65,7</b>	<b>0,0</b>	<b>261,2</b>	<b>5,4</b>	<b>– 64,0</b>	<b>– 407,3</b>	<b>6,1</b>	<b>0,7</b>	<b>0,0<sup>9</sup></b>
<b>7</b>	<b>Nachrichtl. Angaben (oben enthalten)</b>									
71	Innerer Kassenkredit <sup>8</sup>	–	–	–	–	–	463,0	–	–	–
72	Nicht zum Bestand der Bundeshauptkasse/Landeshauptkasse gehörende Mittel (einschließlich 71)	–	–	–	–	–	666,4	127,5	–	–

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. <sup>1</sup> In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich. <sup>2</sup> Haushaltstechnische Verrechnungen, Brutto-/Nettostellungen, Abwicklung der Vorjahre, Rücklagenbewegung, Nettokreditaufnahme/Nettokredittilgung. <sup>3</sup> Ohne Oktober-Bezüge. <sup>4</sup> Minusbeträge beruhen auf später erfolgten Buchungen. <sup>5</sup> SH – Wegen Umstellung des Mittelbewirtschaftungsverfahrens zzt. nicht zu ermitteln. <sup>6</sup> BY – Nach Ausklammerung der Zuführungen an den Grundstock (=Sondervermögen nach Art. 81 BV) über die Offensive Zukunft Bayern betragen die Einnahmen 23 952,4 Mio. €, die Ausgaben 25 150,1 Mio. € und der Finanzierungssaldo – 1197,7 Mio. €. <sup>7</sup> NW – Darin enthalten 327,8 Mio. € Zuschlag zur Gewerbesteuerumlage. <sup>8</sup> Nur aus nicht zum Bestand der Bundes-/Landeshauptkasse gehörenden Geldbeständen der Rücklagen und Sondervermögen aufgenommene Mittel; Ausnahme Hamburg: innerer Kassenkredit insgesamt, rechnerisch ermittelt. <sup>9</sup> SL – Abweichung in der Summe aufgrund einer Nachbuchung.  
Stand: Oktober 2005.

## 4 Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis September 2005; in Mio. €

Lfd. Nr.	Bezeichnung	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schlesw.-Holst.	Thüringen	Berlin	Bremen	Hamburg	Länder zusammen
1	Seit dem 1. Januar gebuchte								
<b>11</b>	<b>Bereinigte Einnahmen<sup>1</sup></b>								
	für das laufende Haushaltsjahr	<b>11 077,5</b>	<b>6 470,3</b>	<b>4 810,0</b>	<b>5 864,2</b>	<b>13 665,8</b>	<b>2 209,3</b>	<b>7 104,0</b>	<b>169 827,1</b>
111	darunter: Steuereinnahmen	5 343,2	2 988,9	3 703,7	2 885,1	5 864,0	1 315,6	5 328,1	119 261,4
112	Länderfinanzausgleich <sup>1</sup>	625,8	429,5	49,4	418,0	1 820,0	238,8	–	–
113	nachr.: Kreditmarktmittel (brutto)	1 510,5	4 911,6	3 371,2	2 046,3	9 149,9	1 541,7	– 412,4	61 731,3
<b>12</b>	<b>Bereinigte Ausgaben<sup>1</sup></b>								
	für das laufende Haushaltsjahr	<b>10 639,3</b>	<b>7 517,4</b>	<b>6 067,7</b>	<b>6 637,2</b>	<b>16 427,4</b>	<b>2 996,6</b>	<b>7 512,8</b>	<b>190 506,4</b>
121	darunter: Personalausgaben (inklusive Versorgung)	3 100,8	1 700,2	2 534,5	1 798,3	5 207,4	938,6	2 425,3	73 047,8
122	Baus Ausgaben	391,5	44,2	63,5	119,5	123,9	82,6	300,2	2 523,9
123	Länderfinanzausgleich <sup>1</sup>	–	–	–	–	–	–	281,2	– 188,5
124	nachr.: Tilgung von Kreditmarktmitteln	896,2	3 647,5	2 439,0	1 277,9	6 589,9	1 136,4	0,0	47 683,7
<b>13</b>	<b>Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) (Finanzierungssaldo)</b>	<b>438,2</b>	<b>– 1 047,1</b>	<b>– 1 257,7</b>	<b>– 773,0</b>	<b>– 2 761,6</b>	<b>– 787,3</b>	<b>– 408,8</b>	<b>– 20 679,4</b>
14	Einnahmen der Auslaufperiode des Vorjahres	–	–	–	–	–	–	–	–
15	Ausgaben der Auslaufperiode des Vorjahres	–	–	–	–	–	–	–	–
16	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) (14–15)	–	–	–	–	–	–	–	–
17	Abgrenzungsposten zur Abschlussnachweisung der Landeshauptkasse <sup>2</sup>	613,2	1 258,9	953,9	764,4	2 433,8	452,2	– 404,7	14 179,6
2	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) des noch nicht abgeschlossenen Vorjahres (ohne Auslaufperiode)	–	–	–	– 192,7	–	–	– 765,8	– 1 070,8
22	der abgeschlossenen Vorjahre (Ist-Abschluss)	–	–	–	– 219,1	–	–	–	– 981,1
3	Verwahrungen, Vorschüsse usw.								
31	Verwahrungen	393,5	367,7	–	– 132,2	41,8	241,6	125,5	8 575,8
32	Vorschüsse	1 828,2	746,4	–	101,5	–	– 30,8	– 299,8	9 044,3
33	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	296,2	35,4	–	3,0	300,0	96,2	168,8	4 573,0
34	Saldo (31–32+33)	– 1 138,5	– 343,3	0,0 <sup>5</sup>	– 230,7	341,8	368,6	594,1	4 104,5
4	Kassenbestand ohne schwebende Schulden (13+16+17+21+22+34)	– 87,1	– 131,6	– 303,8	– 651,1	14,0	33,4	– 985,2	– 4 447,4
5	Schwebende Schulden								
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	–	60,0	–	647,0	–	18,6	1 080,0	3 482,4
52	Schatzwechsel	–	–	–	–	–	–	–	–
53	Unverzinsliche Schatzanweisungen	–	–	–	–	–	–	–	–
54	Kassenkredit vom Bund	–	–	–	–	–	–	–	–
55	Sonstige	–	–	–	–	–	–	–	396,0
56	Zusammen	–	60,0	–	647,0	–	18,6	1 080,0	3 878,4
6	Kassenbestand insgesamt (4+56) <sup>4</sup>	– 87,1	– 71,6	– 303,8	– 4,1	14,0	52,0	94,8	– 569,4
7	Nachrichtl. Angaben (oben enthalten)								
71	Innerer Kassenkredit <sup>8</sup>	–	–	–	–	–	–	74,0	537,0
72	Nicht zum Bestand der Bundeshauptkasse/Landeshauptkasse gehörende Mittel (einschließlich 71)	–	–	–	0,6	300,0	– 83,4	168,8	1 179,9

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. <sup>1</sup> In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich. <sup>2</sup> Haushaltstechnische Verrechnungen, Brutto-/Nettostellungen, Abwicklung der Vorjahre, Rücklagenbewegung, Nettokreditaufnahme/Nettokreditilgung. <sup>3</sup> Ohne Oktober-Bezüge. <sup>4</sup> Minusbeträge beruhen auf später erfolgten Buchungen. <sup>5</sup> SH – Wegen Umstellung des Mittelbewirtschaftungsverfahrens zzt. nicht zu ermitteln. <sup>6</sup> BY – Nach Ausklammerung der Zuführungen an den Grundstock (=Sondervermögen nach Art. 81 BV) über die Offensive Zukunft Bayern betragen die Einnahmen 23 952,4 Mio. €, die Ausgaben 25 150,1 Mio. € und der Finanzierungssaldo – 1 197,7 Mio. €. <sup>7</sup> NW – Darin enthalten 327,8 Mio. € Zuschlag zur Gewerbesteuerumlage. <sup>8</sup> Nur aus nicht zum Bestand der Bundes-/Landeshauptkasse gehörenden Geldbeständen der Rücklagen und Sondervermögen aufgenommenen Mittel; Ausnahme Hamburg: innerer Kassenkredit insgesamt, rechnerisch ermittelt. <sup>9</sup> SL – Abweichung in der Summe aufgrund einer Nachbuchung.

Stand: Oktober 2005.

# Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

## 1 Wirtschaftswachstum und Beschäftigung

Jahr	Erwerbstätige im Inland <sup>1</sup>		Erwerbs- quote <sup>2</sup>	Erwerbs- lose	Erwerbs- losen- quote <sup>3</sup>	Bruttoinlandsprodukt (real)			Investitions- quote <sup>4</sup>
	Mio.	Verän- derung in % p. a.	in %	Mio.	in %	gesamt	je Erwerbs- tätigen	je Stunde	in %
						Veränderung in % p. a.			
1991	38,6	–	50,8	2,0	4,9	–	–	–	23,2
1992	38,1	– 1,5	50,1	2,3	5,7	2,2	3,7	2,6	23,6
1993	37,6	– 1,3	49,7	2,8	6,9	– 0,8	0,5	1,6	22,5
1994	37,5	– 0,1	49,7	3,0	7,4	2,7	2,8	3,0	22,6
1995	37,6	0,2	49,5	2,9	7,1	1,9	1,7	2,6	21,9
1996	37,5	– 0,3	49,5	3,1	7,7	1,0	1,3	2,4	21,3
1997	37,5	– 0,1	49,8	3,5	8,6	1,8	1,9	2,5	21,0
1998	37,9	1,2	50,2	3,3	8,1	2,0	0,8	1,2	21,1
1999	38,4	1,4	50,5	3,1	7,5	2,0	0,7	1,4	21,3
2000	39,1	1,9	51,0	2,9	6,9	3,2	1,3	2,6	21,5
2001	39,3	0,4	51,1	2,9	6,9	1,2	0,8	1,8	20,0
2002	39,1	– 0,6	51,2	3,2	7,6	0,1	0,6	1,5	18,3
2003	38,7	– 1,0	51,3	3,7	8,7	– 0,2	0,8	1,2	17,8
2004	38,9	0,4	51,8	3,9	9,2	1,6	1,3	0,9	17,4
1999/1994	37,7	0,5	49,9	3,2	7,7	1,7	1,3	2,0	21,5
2004/1999	38,9	0,2	50,9	3,3	7,8	1,2	1,0	1,6	19,4

<sup>1</sup> Erwerbstätige im Inland nach ESVG 95. <sup>2</sup> Erwerbspersonen (inländische Erwerbstätige + Erwerbslose[ILO]) in % der Wohnbevölkerung nach ESVG 95.

<sup>3</sup> Erwerbslose (ILO) in % der Erwerbspersonen nach ESVG 95. <sup>4</sup> Anteil der Bruttoanlageinvestitionen am Bruttoinlandsprodukt (nominal).

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

## 2 Preisentwicklung<sup>1</sup>

Jahr	Bruttoinlands- produkt (nominal)	Bruttoinlands- produkt (Deflator)	Terms of Trade	Inlands- nachfrage (Deflator)	Konsum der privaten Haushalte (Deflator)	Verbraucher- preisindex (2000=100)	Lohnstück- kosten <sup>2</sup>
				Veränderung in % p. a.			
1991	–	–	–	–	–	–	–
1992	7,3	5,0	3,2	4,1	4,1	5,1	6,4
1993	2,9	3,7	2,0	3,2	3,4	4,4	3,5
1994	5,1	2,4	1,0	2,2	2,5	2,7	0,2
1995	3,8	1,9	1,5	1,5	1,3	1,7	1,9
1996	1,5	0,5	– 0,7	0,7	1,0	1,4	– 0,0
1997	2,1	0,3	– 2,2	0,9	1,4	1,9	– 1,1
1998	2,6	0,6	1,6	0,1	0,5	0,9	0,1
1999	2,4	0,3	0,5	0,2	0,3	0,6	0,4
2000	2,5	– 0,7	– 4,8	0,9	0,9	1,5	0,6
2001	2,5	1,2	– 0,1	1,3	1,7	2,0	0,8
2002	1,5	1,4	2,1	0,8	1,1	1,4	0,8
2003	0,9	1,0	1,0	0,8	1,5	1,1	0,7
2004	2,4	0,8	– 0,2	0,9	1,4	1,6	– 0,9
1999/1994	2,5	0,7	0,1	0,7	0,9	1,3	0,3
2004/1999	1,9	0,8	– 0,4	0,9	1,3	1,5	0,4

<sup>1</sup> Vorjahrespreisbasis. <sup>2</sup> Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmer dividiert durch das reale BIP je Erwerbstätigen (Inlandskonzept).

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.



### 3 Außenwirtschaft<sup>1</sup>

Jahr	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzierungssaldo übrige Welt	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzierungssaldo übrige Welt
	Veränderung in % p. a.		Mrd. €	Mrd. €	Anteile am BIP in %			
1991	–	–	– 6,09	– 23,08	25,8	26,2	– 0,4	– 1,5
1992	0,2	0,6	– 7,48	– 18,62	24,1	24,5	– 0,5	– 1,1
1993	– 4,8	– 6,4	– 0,46	– 17,82	22,3	22,3	– 0,0	– 1,1
1994	8,9	8,1	2,59	– 28,44	23,1	22,9	0,1	– 1,6
1995	7,7	6,2	8,67	– 23,96	24,0	23,5	0,5	– 1,3
1996	5,5	3,7	16,87	– 12,26	24,9	24,0	0,9	– 0,7
1997	12,7	11,6	23,91	– 8,61	27,5	26,2	1,2	– 0,4
1998	7,0	6,8	26,82	– 13,43	28,7	27,3	1,4	– 0,7
1999	5,0	7,0	17,44	– 23,96	29,4	28,5	0,9	– 1,2
2000	16,4	18,7	7,25	– 26,70	33,4	33,0	0,4	– 1,3
2001	6,9	1,8	42,51	– 0,90	34,8	32,8	2,0	0,0
2002	4,1	– 3,6	97,12	47,69	35,7	31,2	4,5	2,2
2003	0,9	2,5	87,56	45,66	35,7	31,7	4,0	2,1
2004	9,1	7,0	109,46	82,36	38,0	33,1	4,9	3,7
1999/1994	7,5	7,0	16,1	– 18,4	26,2	25,4	0,8	– 1,0
2004/1999	7,3	5,0	60,2	20,7	34,5	31,7	2,8	0,9

<sup>1</sup> In jeweiligen Preisen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

### 4 Einkommensverteilung

Jahr	Volks- einkommen	Unternehmens- und Vermögens- einkommen	Arbeitnehmer- entgelte (Inländer)	Lohnquote		Bruttolöhne und -gehälter (je Arbeitnehmer)	Reale Nettolöhne und -gehälter (je Arbeitnehmer) <sup>3</sup>
	Veränderung in % p. a.			unbereinigt <sup>1</sup> in %	bereinigt <sup>2</sup> in %	Veränderung in % p. a.	
1991	–	–	–	71,0	71,0	–	–
1992	6,5	2,0	8,3	72,2	72,5	10,3	4,2
1993	1,4	– 1,1	2,4	72,9	73,4	4,3	1,1
1994	4,1	8,7	2,5	71,7	72,4	1,9	– 2,3
1995	4,2	5,6	3,7	71,4	72,1	3,1	– 0,6
1996	1,5	2,7	1,0	71,0	71,7	1,4	– 1,1
1997	1,5	4,1	0,4	70,3	71,1	0,1	– 2,6
1998	1,9	1,4	2,1	70,4	71,3	0,9	0,6
1999	1,4	– 1,4	2,6	71,2	72,0	1,4	1,6
2000	2,5	– 0,8	3,8	72,2	72,9	1,5	1,2
2001	2,4	3,7	1,9	71,8	72,6	1,8	1,5
2002	1,3	2,8	0,7	71,4	72,3	1,4	– 0,2
2003	1,2	3,6	0,2	70,7	71,8	1,2	– 0,9
2004	3,6	11,7	0,3	68,4	69,8	0,5	0,8
1999/1994	2,1	2,4	2,0	71,0	71,8	1,4	– 0,4
2004/1999	2,2	4,1	1,4	70,9	71,9	1,3	0,5

<sup>1</sup> Arbeitnehmerentgelte in % des Volkseinkommens.

<sup>2</sup> Korrigiert um die Veränderung in der Beschäftigtenstruktur (Basis 1991).

<sup>3</sup> Nettolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer (Inländer) preisbereinigt mit dem Deflator des Konsums der privaten Haushalte (ohne private Organisationen ohne Erwerbszweck).

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

## 5 Reales Bruttoinlandsprodukt (BIP) im internationalen Vergleich

Land	jährliche Veränderungen in %									
	1985	1990	1995	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
Deutschland	2,2	5,7	1,7	2,9	0,8	0,1	– 0,1	1,6	0,8	1,6
Belgien	1,7	3,1	2,4	3,9	0,7	0,9	1,3	2,7	2,2	2,3
Dänemark	3,6	1,0	2,8	2,8	1,6	1,0	0,4	2,0	2,3	2,1
Griechenland	2,5	0,0	2,1	4,5	4,3	3,8	4,7	4,2	2,9	3,1
Spanien	2,3	3,8	2,8	4,4	2,8	2,2	2,5	2,7	2,7	2,7
Frankreich	1,5	2,6	1,7	3,8	2,1	1,2	0,5	2,5	2,0	2,2
Irland	3,1	7,6	9,8	9,9	6,0	6,1	3,7	5,4	4,9	5,1
Italien	3,0	2,0	2,9	3,0	1,8	0,4	0,3	1,2	1,2	1,7
Luxemburg	2,9	5,3	1,4	9,0	1,5	2,5	2,9	4,2	3,8	4,0
Niederlande	2,7	4,1	3,0	3,5	1,4	0,6	– 0,9	1,3	1,0	2,0
Österreich	2,4	4,6	1,9	3,4	0,7	1,2	0,8	2,0	2,1	2,1
Portugal	2,8	4,0	4,3	3,4	1,7	0,4	– 1,1	1,0	1,1	1,7
Finnland	3,4	– 0,3	3,4	5,1	1,1	2,2	2,4	3,7	3,3	2,9
Schweden	2,2	1,0	4,1	4,3	1,0	2,0	1,5	3,5	3,0	2,8
Vereinigtes Königreich	3,6	0,8	2,9	3,9	2,3	1,8	2,2	3,1	2,8	2,8
Euro-Zone	2,2	3,6	2,2	3,5	1,6	0,9	0,6	2,0	1,6	2,1
EU-15	2,5	3,0	2,4	3,6	1,7	1,1	0,9	2,3	1,9	2,2
Estland	–	–	4,5	7,8	6,4	7,2	5,1	6,2	6,0	6,2
Lettland	–	–	– 0,9	6,9	8,0	6,4	7,5	8,5	7,2	6,9
Litauen	–	–	3,3	3,9	6,4	6,8	9,7	6,7	6,4	5,9
Malta	–	–	6,2	6,4	– 1,7	2,2	– 1,8	1,5	1,7	1,9
Polen	–	–	7,0	4,0	1,0	1,4	3,8	5,3	4,4	4,5
Slowakei	–	–	5,8	2,0	3,8	4,6	4,5	5,5	4,9	5,2
Slowenien	–	–	4,1	3,9	2,7	3,3	2,5	4,6	3,7	4,0
Tschechien	–	–	5,9	3,9	2,6	1,5	3,7	4,0	4,0	4,2
Ungarn	–	–	1,5	5,2	3,8	3,5	3,0	4,0	3,9	3,8
Zypern	–	–	9,9	5,0	4,1	2,1	2,0	3,7	3,9	4,2
EU-25	–	–	2,5	3,6	1,8	1,1	1,0	2,4	2,0	2,3
Japan	5,1	5,2	2,0	2,4	0,2	– 0,3	1,4	2,7	1,1	1,7
USA	3,8	1,7	2,5	3,7	0,8	1,9	3,1	4,5	3,6	3,0

– = keine Angaben

Quellen: Für die Jahre 1985–1995: EU-Kommission, „Europäische Wirtschaft“, Statistischer Anhang, April 2005.

Für die Jahre ab 2000: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, April 2005.

Stand: April 2005.

## 6 Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich

Land	jährliche Veränderungen in %						
	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
Deutschland	1,4	1,9	1,3	1,0	1,8	1,3	1,1
Belgien	2,7	2,4	1,6	1,5	1,9	2,0	1,8
Dänemark	2,7	2,3	2,4	2,0	0,9	1,4	1,7
Griechenland	2,9	3,7	3,9	3,4	3,0	3,2	3,2
Spanien	3,5	2,8	3,6	3,1	3,1	2,9	2,7
Frankreich	1,8	1,8	1,9	2,2	2,3	1,9	1,8
Irland	5,3	4,0	4,7	4,0	2,3	2,1	2,4
Italien	2,6	2,3	2,6	2,8	2,3	2,0	1,9
Luxemburg	3,8	2,4	2,1	2,5	3,2	3,1	1,9
Niederlande	2,3	5,1	3,9	2,2	1,4	1,3	-3,0
Österreich	2,0	2,3	1,7	1,3	2,0	2,3	1,7
Portugal	2,8	4,4	3,7	3,3	2,5	2,3	2,1
Finnland	3,0	2,7	2,0	1,3	0,1	1,1	1,4
Schweden	1,3	2,7	2,0	2,3	1,0	0,4	1,4
Vereinigtes Königreich	0,8	1,2	1,3	1,4	1,3	1,7	2,0
Euro-Zone	2,1	2,4	2,3	2,1	2,1	1,9	1,5
EU-15	1,9	2,2	2,1	2,0	2,0	1,8	1,6
Estland	3,9	5,6	3,6	1,4	3,0	3,3	2,7
Lettland	2,6	2,5	2,0	2,9	6,2	5,0	3,6
Litauen	0,9	1,3	0,4	- 1,1	1,1	2,9	2,6
Malta	3,0	2,5	2,6	1,9	2,7	2,4	2,1
Polen	10,1	5,3	1,9	0,7	3,6	2,1	2,3
Slowakei	12,2	7,2	3,5	8,5	7,4	3,7	2,9
Slowenien	8,9	8,6	7,5	5,7	3,6	2,6	2,6
Tschechien	3,9	4,5	1,4	- 0,1	2,6	1,9	2,6
Ungarn	10,0	9,1	5,2	4,7	6,8	3,8	3,6
Zypern	4,9	2,0	2,8	4,0	1,9	2,3	2,1
EU-25	2,4	2,5	2,1	1,9	2,1	1,9	1,7
Japan	-0,7	- 0,6	- 0,9	- 0,3	0,0	- 0,1	0,2
USA	3,4	2,8	1,6	2,3	2,7	2,6	2,3

Quellen: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, April 2005.  
Stand: April 2005.

## 7 Harmonisierte Arbeitslosenquoten im internationalen Vergleich

Land	in % der zivilen Erwerbsbevölkerung									
	1985	1990	1995	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
Deutschland	7,2	4,8	8,0	7,2	7,4	8,2	9,0	9,5	9,7	9,3
Belgien	10,1	6,6	9,7	6,9	6,7	7,3	8,0	7,8	7,7	7,5
Dänemark	6,7	7,2	6,7	4,4	4,3	4,6	5,6	5,4	4,9	4,6
Griechenland	7,0	6,4	9,2	11,3	10,8	10,3	9,7	10,3	10,5	10,3
Spanien	17,7	13,1	18,8	11,3	10,6	11,3	11,3	10,8	10,4	10,3
Frankreich	9,6	8,5	11,1	9,1	8,4	8,9	9,5	9,6	9,4	9,1
Irland	16,8	13,4	12,3	4,3	3,9	4,3	4,6	4,5	4,6	4,6
Italien	8,2	8,9	11,2	10,1	9,1	8,6	8,4	8,0	7,9	7,7
Luxemburg	2,9	1,7	2,9	2,3	2,1	2,8	3,7	4,2	4,6	4,3
Niederlande	7,9	5,8	6,6	2,9	2,5	2,7	3,8	4,7	5,2	5,0
Österreich	3,1	3,1	3,9	3,7	3,6	4,2	4,3	4,5	4,1	3,9
Portugal	9,1	4,8	7,3	4,1	4,0	5,0	6,3	6,7	7,0	7,0
Finnland	4,9	3,2	15,4	9,8	9,1	9,1	9,0	8,8	8,4	8,0
Schweden	2,9	1,7	8,8	5,6	4,9	4,9	5,6	6,3	5,9	5,3
Vereinigtes Königreich	11,2	6,9	8,5	5,4	5,0	5,1	4,9	4,7	4,7	4,7
Euro-Zone	9,3	7,6	10,5	8,2	7,8	8,2	8,7	8,8	8,8	8,5
EU-15	9,4	7,3	10,0	7,6	7,2	7,6	7,9	8,0	8,0	7,8
Estland	–	0,6	9,7	12,5	11,8	9,5	10,2	9,2	8,7	8,2
Lettland	–	0,5	18,9	13,7	12,9	12,6	10,4	9,8	9,4	9,2
Litauen	–	–	12,7	16,4	16,4	13,5	12,7	10,8	10,2	9,7
Malta	–	4,9	5,0	6,8	7,7	7,7	8,0	7,3	7,1	7,0
Polen	–	–	13,2	16,4	18,5	19,8	19,2	18,8	18,3	17,6
Slowakei	–	–	13,3	18,7	19,4	18,7	17,5	18,0	17,6	16,8
Slowenien	–	–	7,0	6,6	5,8	6,1	6,5	6,0	5,9	5,6
Tschechien	–	–	3,9	8,7	8,0	7,3	7,8	8,3	8,3	8,2
Ungarn	–	–	10,0	6,3	5,6	5,6	5,8	5,9	6,3	6,2
Zypern	–	–	3,9	5,2	4,4	3,9	4,5	5,0	4,8	4,6
EU-25	–	–	10,7	8,6	8,4	8,7	8,9	9,0	9,0	8,7
Japan	2,6	2,1	3,1	4,7	5,0	5,4	5,3	4,7	4,4	4,1
USA	7,2	5,5	5,6	4,0	4,8	5,8	6,0	5,5	5,2	5,0

– = keine Angaben

Quellen: Für die Jahre 1985–1995: EU Kommission, „Europäische Wirtschaft“, April 2005.

Für die Jahre ab 2000: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, April 2005.

Stand: April 2005.

## 8 Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise, Leistungsbilanz in ausgewählten Schwellenländern

	Reales Bruttoinlandsprodukt				Verbraucherpreise				Leistungsbilanz in % des nominalen Bruttoinlandsprodukts			
	Veränderungen gegenüber Vorjahr in %											
	2003	2004	2005 <sup>1</sup>	2006 <sup>1</sup>	2003	2004	2005 <sup>1</sup>	2006 <sup>1</sup>	2003	2004	2005 <sup>1</sup>	2006 <sup>1</sup>
<b>Gemeinschaft der unabhängigen Staaten</b>	<b>7,9</b>	<b>8,4</b>	<b>6,0</b>	<b>5,7</b>	<b>12,0</b>	<b>10,3</b>	<b>12,6</b>	<b>10,5</b>	<b>6,3</b>	<b>8,3</b>	<b>10,6</b>	<b>10,3</b>
darunter												
Russische Föderation	7,3	7,2	5,5	5,3	13,7	10,9	12,8	10,7	8,2	10,3	13,2	13,0
Ukraine	9,6	12,1	5,5	5,4	5,2	9,0	14,2	12,1	5,8	10,5	5,0	0,2
<b>Asien</b>	<b>7,5</b>	<b>7,9</b>	<b>7,3</b>	<b>6,9</b>	<b>2,4</b>	<b>4,0</b>	<b>3,9</b>	<b>4,4</b>	<b>4,3</b>	<b>4,1</b>	<b>3,7</b>	<b>3,4</b>
darunter												
China	9,5	9,5	9,0	8,2	1,2	3,9	3,0	3,8	3,2	4,2	6,1	5,6
Indien	7,4	7,3	7,1	6,3	3,8	3,8	3,9	5,1	1,2	-0,1	-1,8	-2,0
Indonesien	4,9	5,1	5,8	5,8	6,8	6,1	8,2	6,5	3,4	1,2	-0,4	0,7
Korea	3,1	4,6	3,8	5,0	3,5	3,6	2,8	2,9	2,0	4,1	2,0	1,5
Thailand	6,9	6,1	3,5	5,0	1,8	2,7	4,2	2,7	5,6	4,5	-2,5	-2,5
Türkei <sup>2</sup>	5,8	8,9	5,0	5,0	25,2	10,3	8,4	6,9	-3,3	-5,1	-5,6	-5,3
<b>Lateinamerika</b>	<b>2,2</b>	<b>5,6</b>	<b>4,1</b>	<b>3,8</b>	<b>10,6</b>	<b>6,5</b>	<b>6,3</b>	<b>5,4</b>	<b>0,4</b>	<b>0,9</b>	<b>0,9</b>	<b>0,6</b>
darunter												
Argentinien	8,8	9,0	7,5	4,2	13,4	4,4	9,5	10,4	5,8	2,0	1,3	0,1
Brasilien	0,5	4,9	3,3	3,5	14,8	6,6	6,8	4,6	0,8	1,9	1,7	0,7
Chile	3,7	6,1	5,9	5,8	2,8	1,1	2,9	3,3	-1,5	1,5	0,3	-0,7
Mexiko	1,4	4,4	3,0	3,5	4,5	4,7	4,3	3,6	-1,4	-1,1	-1,1	-0,8
Venezuela	-7,7	17,9	7,8	4,5	31,1	21,7	16,6	18,0	13,6	12,7	15,9	14,9

<sup>1</sup> Prognosen des IWF.

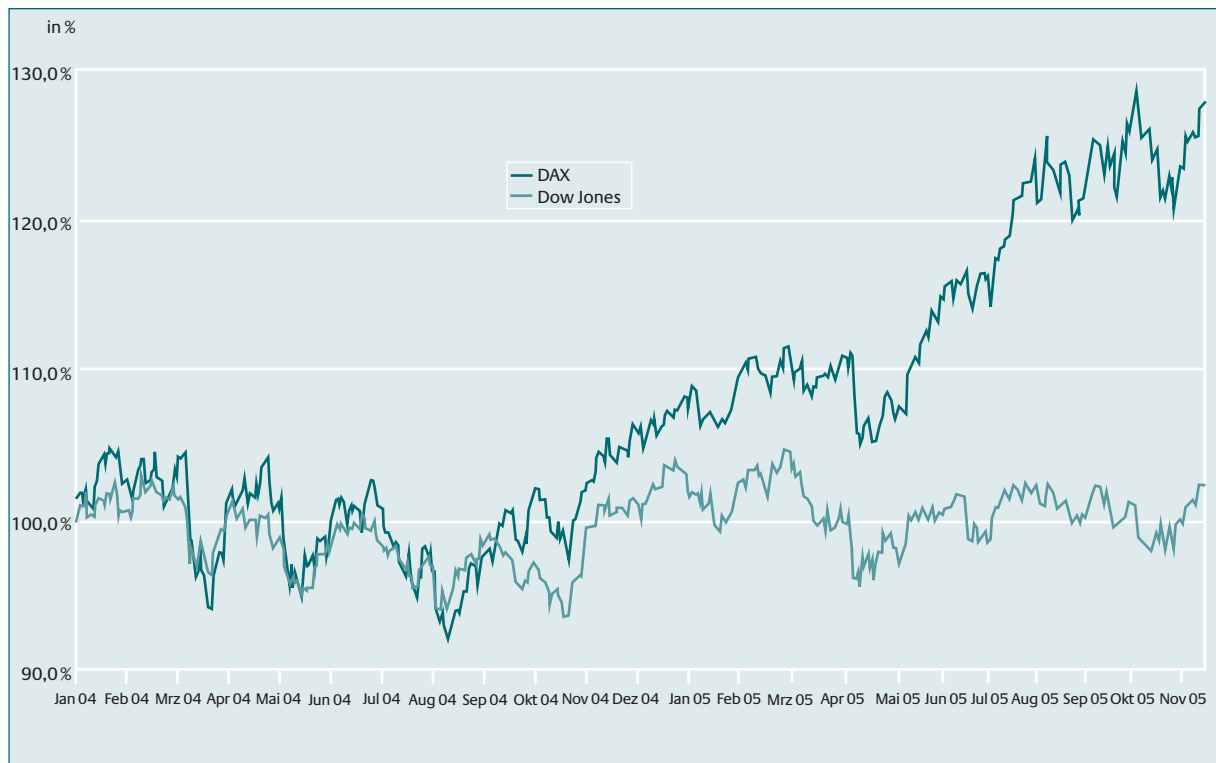
<sup>2</sup> Zuordnung lt. IWF World Economic Outlook.

Quelle: IWF World Economic Outlook, September 2005.

## 9 Entwicklung von DAX und Dow Jones

Eröffnungskurs 2. Januar 2004 = 100%

(2. Januar 2004 bis 15. November 2005)



## 10 Übersicht Weltfinanzmärkte

### Aktienindizes

	Stand 14.11.2005	Anfang 2005	Änderung in % zu Anfang 2005	Tief 2005	Hoch 2005
Dow Jones	10 697	10 783	- 1,43	10 012	10 984
Eurostoxx 50	3 295	2 775	18,10	2 924	3 464
Dax	5 092	4 256	10,41	4 190	5 138
CAC 40	4 548	3 821	14,39	3 616	4 651
Nikkei	14 116	11 489	2,40	10 771	14 219

### Renditen staatlicher Benchmarkanleihen

10 Jahre	Aktuell 15.11.2005	Anfang 2005	Spread zu US-Bond in %	Tief 2005	Hoch 2005
USA	4,61	4,22	-	3,89	4,64
Bund	3,55	3,69	- 1,06	3,00	3,7
Japan	1,48	1,43	- 3,14	1,17	1,58
Brasilien	7,78	7,70	3,17	7,57	9,43

### Währungen

	Aktuell 15.11.2005	Anfang 2005	Änderung in % zu Anfang 2005	Tief 2005	Hoch 2005
Dollar/Euro	1,17	1,36	-13,76	1,19	1,36
Yen/Dollar	118,82	102,45	15,98	102,00	113,00
Yen/Euro	138,89	138,82	- 2,56	131,00	150,00
Pfund/Euro	0,67	0,71	- 2,67	0,66	0,71





**Herausgeber:**

Bundesministerium der Finanzen  
Referat Information und Publikation  
Wilhelmstraße 97  
10117 Berlin  
<http://www.bundesfinanzministerium.de> oder  
<http://www.bmf.bund.de>

**Redaktion:**

Bundesministerium der Finanzen  
Arbeitsgruppe Monatsbericht  
[Redaktion.Monatsbericht@bmf.bund.de](mailto:Redaktion.Monatsbericht@bmf.bund.de)  
Berlin, November 2005

**Satz und Gestaltung:**

Heimbüchel PR, Kommunikation und Publizistik GmbH,  
Berlin/Köln

**Druck:**

Bonifatius GmbH, Paderborn

Bezugsservice für Publikationen des Bundesministeriums der Finanzen:

telefonisch	0 18 88 / 80 80 800 (0,12 €/Min.)
per Telefax	0 18 88 / 10 80 80 800 (0,12 €/Min.)

ISSN 1618-291X

**Diese Druckschrift** wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Bundesministeriums der Finanzen herausgegeben. Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags- und Kommunalwahlen. Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken und Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Schrift dem Empfänger zugesagt ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Bundesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.